

A portrait of Hans Katschthaler, an older man with light brown hair, wearing a dark suit, white shirt, and a blue patterned tie. He is looking slightly to the right. The background is a warm, brownish-orange color.

Hans Katschthaler für Bildung, Kultur und Natur

Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft

Veröffentlichungen der
Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft

Band 16

Hans Katschthaler
für Bildung, Kultur und Natur

Im Auftrag der
Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
herausgegeben von
Michael Neureiter

Salzburg 2013

DER INHALT

Zum 80. Geburtstag Michael Neureiter	9
--	---

ZUM GEDENKEN

Dank für ein erfülltes Leben Wilfried Haslauer, Salzburger Volkspartei	11
Im Dienst des Gemeinwohls Herbert Batliner, Stiftung Propter Homines	14
Für viele ein Vorbild Heinz Dopsch, Gesellschaft für Salzburger Landeskunde	16

FÜR WERTE UND REGIONEN

Quereinsteiger mit Reformwillen Christian Struber	19
Politischer Klimawandel in Salzburg. Die ÖVP im Salzburger Landtag 1989 – 1996 Franz Schausberger	28
Föderalismus zwischen Bund und Ländern Martin Purtscher	56
Gestaltungswille und persönliches Engagement für ein Europa der Regionen Andreas Kiefer	60
Eintreten für Überzeugung nicht scheuen! Mitglied katholischer Verbindungen und Grabesritter Alfred Berghammer	76

Gedruckt mit Unterstützung des Landes Salzburg,
der Landeshauptstadt Salzburg,
des ÖVP-Landtagsklubs
und der Salzburger ÖVP

© Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
im Eigenverlag
5020 Salzburg, Pfeifergasse 14, Österreich
Tel. /Fax +43 662 844652
E-Mail: office@lechner-forschungsgesellschaft.at
www.lechner-forschungsgesellschaft.at

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Layout und Druck: Druckerei Schönleitner, Markt 86, 5431 Kuchl

FÜR BILDUNG, KULTUR UND NATUR

Der Bildungssprecher der ÖVP-Bundespartei Othmar Karas	81
Engagement für den Dialog mit den Ostkirchen Dietmar W. Winkler	88
Qualität und Vielfalt in der Kultur Heinz Erich Klier	97
Naturbewusst und ökologisch – auch für das Haus der Natur Eberhard Stüber	103
Die ökologische Großtat Nationalpark Hohe Tauern Roland Floimair	111

DIE REGIERUNGSARBEIT HANS KATSCHTHALERS

Ressortinitiativen Hans Katschthalers als Mitglied der Salzburger Landesregierung 1974 – 1996 Andreas Kiefer	121
--	-----

ANHANG

Die Autoren	151
Fotonachweis	153



Im Bild v.l. Friedrich Steinkellner, Franz Schausberger, Altlandeshauptmann Hans Lechner und Landeshauptmann Hans Katschthaler vor dem Lechner-Gemälde Wilhelm Kaufmanns anlässlich der Bestellung Steinkellners zum Geschäftsführer der Lechner-Forschungsgesellschaft

Zum 80. Geburtstag

Michael Neureiter, Vorsitzender der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft

Hans Katschthaler ist nach einem erfüllten Leben am 5. Juli 2012 verstorben. Die Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft, die er durch Jahrzehnte als Vorsitzender leitete, widmet ihm dieses Buchs in dankbarer Verbundenheit: als Zeichen des Danks für seinen Einsatz für diese Einrichtung, die 1978 mit dem Namen seines politischen Mentors als „Gedächtnis der ÖVP“ gegründet wurde, und als Zeichen der Verbundenheit mit den Werten, für die er sich eingesetzt, für die er gelebt hat.

Wir legen dieses Buch zu seinem 80. Geburtstag vor: Es versucht, mit Beiträgen wichtiger Wegbegleiter Kernbereiche von Hans Katschthalers Wirken darzustellen. Es geht um sein Wirken in der Volkspartei und in der Landespolitik, es geht um seinen Einsatz als Föderalist und glühender Europäer, es geht um seine Mitgliedschaft in katholischen Gemeinschaften.

Im Abschnitt „Für Bildung, Kultur und Natur“ wird klar, dass Hans Katschthaler im aktiven Einsatz in der Politik und in zahlreichen ehrenamtlichen Engagements während seiner politischen Aufgaben und danach seine Anliegen gelebt und umgesetzt hat.

Die Übersicht über seine Ressortinitiativen in den 22 Jahren seiner Arbeit in der Salzburger Landesregierung ermöglicht einen Blick in die Vielfalt seines Wirkens.

Wir verstehen dieses Buch als Ergänzung zu Hans Katschthalers Autobiografie, die 2008 erschienen ist, und verweisen auch auf die vom Salzburger Landtag herausgegebene Dokumentation des Abschieds vom Altlandeshauptmann im Chiemseehof und im Salzburger Dom am 13. Juli 2012.

Wir gedenken Hans Katschthalers in dankbarer Erinnerung. Sein Vermächtnis ist uns Verpflichtung!

ZUM GEDENKEN

Dank für ein erfülltes Leben

Wilfried Haslauer, Salzburger Volkspartei

„Das offizielle Salzburg hat sich von Landeshauptmann a.D. Dr. Hans Katschthaler mit einer Trauersitzung der Regierung, einer Sondersitzung des Landtages, bei der Vertreter aller vier im Landtag vertretenen Parteien das Wort ergriffen haben, und mit dem Requiem im Dom zu Salzburg verabschiedet.

Angesichts des Todes, seiner Unermesslichkeit, der Trostlosigkeit des Augenblickes, aber auch der Hoffnung, die ihm innewohnt, sind in uns Gedanken und Empfindungen in Erinnerung an Hans Katschthaler, an den Ehemann und Familienvater, den Landeshauptmann, den Freund.

Nichts sagt in vielfältiger Weise mehr über Hans Katschthaler aus als der Satz auf dem Sterbebildchen, der auch am Hochaltar unseres Salzburger Doms zu lesen ist: „Notas mihi fecisti vias vitae“ „Du hast mir den Weg des Lebens gewiesen“. In diesem Satz aus Psalm 16,11 kommt die tiefe Gläubigkeit von Hans Katschthaler, seine Ergebenheit in die göttliche Offenbarung und seine persönliche Demut allen Schicksalsschlägen gegenüber zum Ausdruck, aber auch: was er anderen gewesen ist, seiner Familie etwa, seinen Freunden und Weggefährten. So wie er empfunden hat, hat er also auf andere gewirkt.

Und seine menschliche Bescheidenheit und persönliche Demut hat Hans Katschthaler auf den letzten Seiten seines Buches mit 75 Jahren selbst formuliert: „Ich weiß, mein Leben ist erfüllt. Wenn es noch einige Zeit dauert, bin ich dankbar, jetzt aber bereits zufrieden, weil ich es schon 75 Jahre so gut habe. Gott sei Dank!“

Hier steht der Abschied vom Menschen Hans Katschthaler im Mittelpunkt, denn vor der Ewigkeit zählen Funktion und Verdienst nicht, sondern nur, was du als Mensch aus deinem Leben gemacht hast:

- Hans Katschthaler war aus innerer Bescheidenheit ein vornehmer Mensch; Zurückhaltung war für ihn eine politische Tugend, er war keiner, der sich mit Ellbogen nach vorne drängte, sein Credo hieß berufen werden und sich nicht verweigern, aber dann aus Berufung sein Amt zu erfüllen und dieses nicht als bloße Machtposition zu definieren. Für ihn, der aus ärmlichen Verhältnissen stammte, war der Dienst das Prägende am Amt des Landeshauptmannes, er war im besten Sinn Minister, er diente also seinem Land, ohne sich, seine Persönlichkeit je zu verleugnen.
- Hans Katschthaler hatte großen Respekt vor der Schöpfung, er sah in der

Natur Gottes gestaltende Hand; zugleich war ihm bewusst, dass es auch darum geht, die materiellen Lebensumstände zu gestalten und zu verbessern, also beides zu verbinden, Ökonomie und Ökologie.

- Letztlich wollte Hans Katschthaler, dass dieses unser Land für die Salzburgerinnen und Salzburger Heimat bleiben konnte, in seiner Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit, in seiner ganzen Schönheit, aber auch in seinem Chancenreichtum; es ging ihm um eine Gesellschaft des Miteinander und nicht des Gegeneinander, der Gemeinsamkeit und nicht der Auseinandersetzung.

- Hans Katschthaler war ein fürsorglicher, ein verantwortungsvoller, ein guter Landeshauptmann.

- Er war aber vor allem ein liebevoller und fürsorgender Familienvater, ein treuer und humorvoller Freund, der sich nie verweigert hat, auch als er schon längst aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war.

So ist es an mir, ganz persönlich Danke zu sagen: Danke der Familie, an erster Stelle der Witwe Frau Mag. Brigitte Katschthaler und den Kindern; sie haben einen wichtigen Teil zum positiven und verantwortungsvollen Wirken von Hans Katschthaler beigetragen, sie haben ihn gestützt und gestärkt, sie haben ihn auch zurückgeholt, wenn es erforderlich gewesen sein sollte, und sie haben ihn bis zu seinem Tod begleitet. Dafür möchte ich Danke sagen und unser aller Mitgefühl zum Ausdruck bringen.

Verabschieden heißt aber nicht vergessen. Hans Katschthaler geht mit seinen Verdiensten als Landeshauptmann von Salzburg in die Geschichte dieses Landes ein, er wird historisch gewürdigt werden. Als Mensch bleibt er unvergessen und unersetzbar.“

(Aus der Dankansprache Wilfried Haslauer am Schluss des Requiem für Hans Katschthaler am 13. Juli 2012 im Dom zu Salzburg)



Im Bild v.l. Michael Neureiter, sein Vorgänger als Vorsitzender der Lechner-Forschungsgesellschaft bis 2009, Hans Katschthaler, und Wilfried Haslauer bei der Veranstaltung zum 15. Todestag Hans Lechners am 10. Juni 2009 in der Salzburg Kulisse im Haus für Mozart

Im Dienst des Gemeinwohls

Herbert Batliner, Stiftung Propter Homines

Wie gerne hätten wir von der Stiftung Propter Homines in Vaduz unserem langjährigen Ratsmitglied und Vizepräsidenten zu seinem 80. Geburtstag am 13. März 2013 gratuliert, den zu erleben ihm leider nicht mehr vergönnt ist.

Nun gibt mir dieses Buch die wunderbare Gelegenheit, eine wertvolle Zeit festzuhalten und einer Persönlichkeit zu gedenken, die sich in vielen von uns in der Erinnerung verankert hat. Von einer schweren Krankheit am 5. Juli 2012 befreit, hinterließ mein Freund Hans Katschthaler in unserer Stiftung eine Lücke, die schwer zu schließen sein wird.

Die tief empfundene Freundschaft, die ich seit ca. 1990 mit ihm geteilt habe, hat mich dazu bewogen, ihn als Stiftungsrat der Stiftung Propter Homines vorzuschlagen. Eindrücklich hat er seine Schaffenskraft, die sich in der Sache äußerst kompetent auszeichnete, in unsere Stiftung eingebracht und ihr Profil seit seinem Einsitz im Sommer 1996 mitgestaltet und geschärft. Ich denke an seine Beurteilung der Stiftungsagenden, die den Humanisten zeigte, der orientiert an der christlich-abendländischen Werteordnung den Menschen stets im Zentrum behielt. Ich denke an sein feinsinniges Gespür für das Wesentliche, das uns darin unterstützt hat, große Ziele zu erreichen.



Zu den großen Bausteinen, mit denen die Stiftung Propter Homines in den Jahren von Hans Katschthalers Vizepräsidentschaft Salzburger Projekte unterstützte, gehört die Generalsanierung der Pfarrkirche Bad Vigaun: Im Bild aus 2009 die spätgotische Kirche, vorne v.l. Pfarrgemeinderat Josef Gumpold, Pfarrkirchenratsobmann Herbert Wallmann, Hans Katschthaler, Alois Huber und Pfarrer Egon Katinsky

Die Mitarbeit in unserer Stiftung bedeutete für Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler insbesondere auch das Selbstverständnis, dass vieles gelingen kann. Zahlreiche Projekte der Gemein-

nützigkeit im deutschsprachigen Raum konnten wir gemeinsam im wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich umsetzen. Ich erinnere mich an die für jeden sichtbar gewordene Heimatliebe meines Freundes, wenn der Stiftungsrat sich dazu motiviert sah, seine massgebende Unterstützung für besonders förderungswürdige Projekte in Salzburg bereitzustellen.

Im Dienste des Gemeinwohls tätig zu sein und Verantwortung zu übernehmen

hat unseren hochverehrten Stiftungsrat und Vizepräsidenten nie losgelassen. Unsere Stiftung hatte stets hohe Priorität für ihn.

Ein Menschenfreund ist nicht mehr unter uns, aber er hat Spuren hinterlassen, an denen wir uns orientieren können. Es ist mir eine Ehrenpflicht, unserem langjährigen Stiftungsratsmitglied und Freund Landeshauptmann a.D. Dr. Hans Katschthaler ein mit grossem Dank verbundenes Andenken zu bewahren.

Im Jahr 2008 konnte mit dem Bau des rumänisch-orthodoxen Pfarrzentrums in Salzburg-Schallmoos begonnen werden, das wie die neue Holzkirche von Propter Homines wesentlich unterstützt wurde: Im Bild die Präsentation des Modells



Für viele ein Vorbild

Heinz Dopsch, Gesellschaft für Salzburger Landeskunde

Die Salzburger Landeskunde trauert um MMag. Dr. Hans Katschthaler, Landeshauptmann a. D., geboren am 13. 3. 1933 in Embach, gestorben am 5. 7. 2012 in Anif. Er war seit 1957 ihr Mitglied.

Der eigentlich als Johann Rupert Katschthaler geborene Politiker erlebte den Zweiten Weltkrieg und die schweren Nachkriegsjahre im Pinzgau, wo er in seinem Heimatort Embach die Volksschule und dann bis 1948 in Lend die Hauptschule besuchte. In Salzburg legte er 1953 an der Bundeslehrerbildungsanstalt die Matura mit Auszeichnung ab und wirkte dann ein Jahr als Volksschullehrer in Großarl. Ab dem Wintersemester 1954 studierte er an der Universität Innsbruck Geschichte, Geographie, Pädagogik und Philosophie und promovierte dort 1959 zum Dr. phil. Seine Dissertation über „Die Steuerreform des Erzbischofs Hieronymus Colloredo“ gilt noch heute als Standardwerk der Salzburger Landes- und Wirtschaftsgeschichte.

Nach Absolvierung der Lehramtsprüfung in den Fächern Geschichte und Geographie wirkte Katschthaler, der auch die Titel eines Mag. phil. und rer. nat. erworben hatte, 1959-1961 als Lehrer und Erzieher an der Bundeserziehungsanstalt Saalfelden und dann als

Professor an der Bundeslehrerbildungsanstalt Salzburg. In der Folge war er am Musisch-pädagogischen Bundesrealgymnasium tätig, das er 1973 – 1974 als Direktor leitete, außerdem wirkte er an mittleren und höheren berufsbildenden Schulen und der Pädagogischen Akademie. Bald nach der Wiedererrichtung der Universität Salzburg wurde er dort als Lehrbeauftragter im Fach Geschichte aktiv, gehörte als Vertreter der Lehrbeauftragten der Institutskonferenz an, war Mitglied der Studienkommission und von Prüfungskommissionen. Außerdem fand er immer noch Zeit für wissenschaftliche Publikationen zu Themen der Regionalgeschichte und der Pädagogik.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang war Katschthaler Mitglied der Salzburger Landesregierung, davon 1974 – 1977 als Landesrat für Schul- und Bildungsangelegenheiten, 1977 – 1989 als Landeshauptmannstellvertreter und 1989 – 1996 als Landeshauptmann. In seine Amtszeit fielen eine Reihe schwieriger Entscheidungen. So hielt er an der Widmung des Toskanatraktes der Salzburger Residenz für die Juridische Fakultät der Universität trotz zahlreicher Proteste fest, ebnete aber zugleich den Weg für das Salzburger Museum C. A. in seine heutige Heimstätte im Neugebäude. Sein besonderes



Die Familie Katschthaler 1993 in Anif: Dr. Hans Katschthaler, Mag. Brigitte Katschthaler, Astrid, Clemens und Birgit Katschthaler

Interesse galt neben dem Bildungswesen dem Nationalpark Hohe Tauern, dem Föderalismus und der Europäischen Integration. Die Vielfalt der Regionen zu erhalten und ihre Kompetenzen zu stärken, war eines seiner wichtigsten Anliegen. Als Landeshauptmann wirkte er stets sehr korrekt, bisweilen auch etwas vorsichtig distanziert. Im engeren Freundeskreis, abseits der großen Politik, verblüffte er jedoch bei gelöster Stimmung durch seine Schlagfertigkeit, seinen Humor und sein schauspielerisches Talent. Manchen österreichischen Politiker konnte er derart gut imitieren oder durch treffende Witze charakterisieren, dass die Zuhörer Tränen lachten.

Nach sieben Jahren als Landeshauptmann zog sich Katschthaler, der das Amt nach einer Wahlniederlage der ÖVP übernommen und diese Partei als Obmann wieder konsolidiert hatte, auf eigenen Wunsch aus der Politik zurück. Er

lebte als allseits geachteter Privatmann, dessen großes Wissen immer wieder konsultiert wurde, in Anif. Eine tödliche Tumorerkrankung hat diesen so vitalen Mann, der für viele Mitbürger ein Vorbild war, zu früh dem Leben entrissen.

Die Gesellschaft für Salzburger Landeskunde hat Katschthaler zu dessen 60. Geburtstag den 133. Band (1993) ihrer Mitteilungen gewidmet und sich dabei auch für das große Interesse des Landeshauptmanns an der Geschichte und an der Tätigkeit unserer Gesellschaft bedankt. Sie wird Dr. Hans Katschthaler, der schon als Student ihr Mitglied wurde und ihr 55 Jahre lang die Treue hielt, ein ehrendes Andenken bewahren.

(Dieser Nachruf von Heinz Dopsch auf Hans Katschthaler erschien im Band 2012 der „Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde“, S. 415 f.)

FÜR WERTE UND REGIONEN

Quereinsteiger mit Reformwillen

Christian Struber

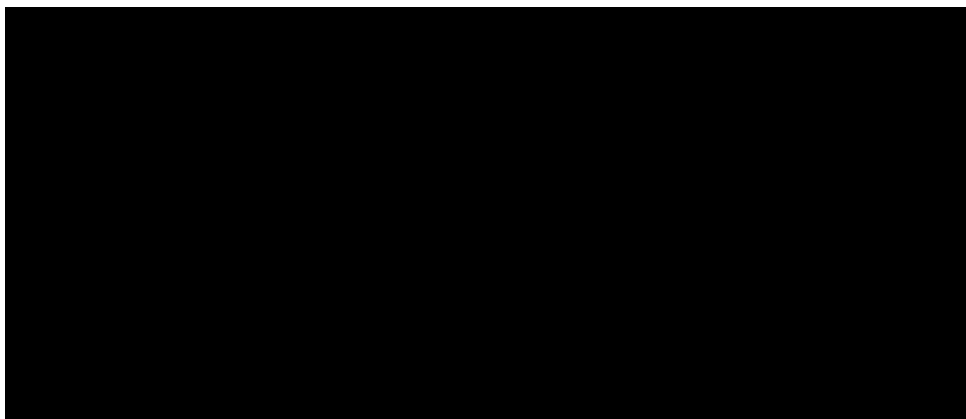
Hans Katschthaler kam als „Quereinsteiger“ in die Politik. Er hatte zwar – bedingt durch seine pädagogische Ausbildung – eine ganze Reihe von Seminaren für die ÖVP Salzburg zu bildungspolitischen Fragen gehalten, aber Parteifunktion hatte er zu Beginn seiner politischen Karriere im Jahre 1974 keine. Natürlich gehörte er ab seinem Eintritt in die Landesregierung dem ÖVP-Landtagsklub, dem Landespartei Vorstand und dem Bezirkspartei Vorstand der ÖVP Flachgau an, diese Funktionen waren aber an seine Regierungsfunktion geknüpft.

Start in der ÖVP Flachgau

Erst mit dem Rücktritt von Landesrat Anton Bonimaier als Bezirksparteiobmann der ÖVP Flachgau kam Hans Katschthaler zu einer wesentlichen Parteifunktion. Er wurde beim Bezirksparteitag am 17. Oktober 1980 in Oberndorf zum neuen Bezirksparteiobmann des Flachgaves gewählt. Diese Funktion übte er sehr erfolgreich bis zur Wahl zum Landesparteiobmann im Jahr 1989 aus.

Beim Eintritt Hans Katschthalers in die Salzburger Landesregierung 1974 war Karl Steinocher (links) noch bis 1976 deren Mitglied, Herbert Moritz (Mitte) noch bis 1984. Im Bild die Drei bei einer Veranstaltung im Landtag 2001





ÖVP-Klubenquete mit (v.l.) Landesrat Anton Bonimaier, Klubobmann Helmut Schreiner, Landtagspräsident Hans Schmidinger, dem pfeifenrauchenden Hans Katschthaler und Richard Schmidjell

Die ÖVP Flachgau stellte damals wie heute das „Kernland“ der ÖVP dar, eine gute Organisation und geordnete Finanzen waren und sind das Fundament einer erfolgreichen Bezirksorganisation.

In diese Zeit fallen unter anderem sehr erfolgreiche Wahlgänge, so z.B. die Landtagswahl 1984. Wilfried Haslauer sen. erreichte erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die absolute Mehrheit in Landtag und Regierung, mit Arno Gasteiger

wurde ein „Quereinsteiger“ in die Landesregierung geholt.

Wechsel von Wilfried Haslauer sen. zu Hans Katschthaler

Fünf Jahre später bei der Landtagswahl 1989 war es leider wieder anders. 1986 übernahm Jörg Haider die FPÖ, und mit ihm kam eine Aufwärtsphase für die Rechtspartei. Diesem Trend konnte sich



Seniorenrunde im Wahlkampf 1989 in Seekirchen



Wahlwerbung auf der Straße

auch Salzburg nicht entziehen, bei den Landtagswahlen 1989 verlor die ÖVP die absolute Mehrheit und 3 Mandate. Wilfried Haslauer legte seine Funktionen zurück und designierte seinen Stellvertreter in der Landesregierung, Hans Katschthaler, sowohl zum Nachfolger in der Landesregierung als auch zum Landesparteiobmann der ÖVP Salzburg.

Durch den Rücktritt von Wilfried Haslauer kam nicht nur Hans Katschthaler an die Spitze der ÖVP, Helmut Schreiner folgte dem ebenfalls zurückgetretenen Landtagspräsidenten Hans Schmidinger nach, Schreiners Position als Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs übernahm der damalige Landespartei sekretär Franz Schausberger. Neuer Landesgeschäfts-

führer wurde mit 1.1.1990 der Tennengauer Bezirkspartei sekretär Christian Struber, der bereits mit 1. Juli 1989 zu Schausbergers Stellvertreter bestellt wurde.

Der Wechsel an der Spitze der ÖVP Salzburg wurde beim 31. ao. Landesparteitag am 19. November 1989 in Saalfelden vollzogen, Hans Katschthaler wurde von den Delegierten mit 95,9% eindrucksvoll in die neue Position gewählt. Gastreferent am Parteitag war der Fraktionsvorsitzende der CDU, Wolfgang Schäuble.

Nach Übernahme der Amtsgeschäfte startete Hans Katschthaler eine Reformdebatte. Wahlniederlagen der ÖVP in



Besuch einer Schulklasse beim neuen Landeshauptmann

Kärnten und Tirol bestärkten Hans Katschthaler in seinen Überlegungen. Katschthaler war es ganz wichtig, im Miteinander, im Gespräch und in der Diskussion politische Ideen zu kreieren und zu präsentieren, die Partei stärker programmatisch zu profilieren, auch das Outfit der Partei wieder stärker demokratisch einzufärben. Für besonderes Aufsehen in der politischen Diskussion sorgten die „13 Punkte von Saalfelden“, der Ausgangsbasis für die Reformdiskussion. Neben der Stärkung der Gesamtpartei, der Verbesserung des Erscheinungsbildes oder der Intensivierung der Nachwuchspflege wurde vor allem die Forderung nach Ausübung nur mehr einer bezahlten politischen Position diskutiert, aber auch kritisiert.

Nach der Stabilisierung der ÖVP und der Neuausrichtung in Regierung und Landtag lag Hans Katschthaler die Modernisierung und die Reform der ÖVP sehr am Herzen, und dies nicht nur im Land, sondern auch im Bund. Sein Engagement in diesen Fragen, aber auch seine Kompetenz in bildungspolitischen Fragen führten dazu, dass Hans Katschthaler zum Bundesparteiobmann-Stv. unter Bundesparteiobmann Vizekanzler Dipl. Ing. Josef Riegler gewählt wurde (19.5.1989 – 28.6.1991).

Die ÖVP Salzburg war unter Hans Katschthaler eine gut aufgestellte Partei. Damals hatte die ÖVP noch 56.490 Mitglieder (23.4.1991) und Ortsgruppen in allen 119 Städten und Gemeinden.

Die Funktion in der Bundes-ÖVP brachte nicht nur mehr Einfluss für Salzburg auf die Bundespolitik, sondern brachte Hans Katschthaler auch den Vorsitz in der „Findungskommission“ für einen neuen Bundesparteiobmann der ÖVP im Jahre 1991, eine sicher nicht ganz einfache Aufgabe. Erhard Busek wurde in der Folge zum Nachfolger von Josef Riegler als Bundesparteiobmann gewählt.

32. o. Landesparteitag am 18. Jänner 1992 in Salzburg

An diesem Parteitag stellte sich Hans Katschthaler zum zweiten Mal als Landesobmann zur Wahl. Er wurde von den Delegierten mit 92,8% als Landesobmann wiedergewählt, seine Stellvertre-

ter wurden Präs. Dr. Helga Rabl Stadler (84,5%) und LABg. Werner Roßmann (94,6%). Höhepunkt des Parteitages war der erstmalige Auftritt des ÖVP-Präsidentschaftskandidaten Dr. Thomas Klestil in Salzburg.

Reform der ÖVP Salzburg

Beim Landesparteitag wurde auch ein neues Statut der ÖVP Salzburg beschlossen, ein Ergebnis einer längeren Reformdiskussion in der ÖVP Salzburg, die von Hans Katschthaler angeregt und gestartet wurde. Ziel war es, die Strukturen zur verschlanken (Einführung eines Präsidiums als zentrales Steuerungsgremium), aber auch die Adaptierung für eine moderne Parteistruktur. Mit dem Beschluss des neuen Statuts

Die Salzburger Landeshauptleute (v.l.) Hans Lechner (1961 – 1977), Josef Klaus (1949 – 1961), Wilfried Haslauer (1977 - 1989) und Hans Katschthaler nach dessen Amtsübernahme 1989



wurde der Reformprozess der ÖVP – sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene – abgeschlossen.

Bundespräsidentenwahlen am 26. April bzw. 24. Mai 1992

Entgegen der Papierform setzte sich der Außenseiter bei der Bundespräsidentenwahl, Dr. Thomas Klestil, gegen den Favoriten Dr. Rudolf Streicher durch. In Salzburg war Thomas Klestil bereits im ersten Wahlgang mit 37,7% vor Rudolf Streicher mit 35,5% gelegen, in der Stichwahl setzte sich Thomas Klestil mit 60,7% durch, ein besonderer Erfolg in der Ära Hans Katschthaler als Landesobmann der ÖVP Salzburg.

Sieg bei der Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Josef Dechant wurde zum Spitzenkandidaten gewählt, das Wahlziel wurde mit „Brechen der absoluten SPÖ-Mehrheit“ definiert und ausgegeben: Mit einem pfiffigen und modernen Wahlkampf gelang diese Ziel. Die ÖVP gewann zwei Mandate und wurde wieder zweistellig, die SPÖ schrumpfte von 21 Mandaten auf 14. Damit nicht genug: Durch eine Abspaltung von vier SPÖ-Mandataren wurde die ÖVP zur stimmen- und mandatsstärksten Partei im Gemeinderat der Landeshauptstadt! Nach sehr guten Verhandlungen durch Dr. Dechant und Klubobmann Erwin Klemm konnte ÖVP-Landesobmann und Landeshauptmann Hans Katschthaler am 25. No-

vember 1992 mit Dr. Josef Dechant den ersten christdemokratischen Bürgermeister seit 1923 angeloben.

Offene Vorwahl für die Landtagswahl 1994

Landesobmann Hans Katschthaler war es sehr wichtig, die ÖVP Salzburg für viele Menschen zu öffnen. So wurde für die Erstellung der Kandidatenlisten für die Landtagswahl 1994 eine offene Vorwahl in allen Bezirken durchgeführt, die auch tatsächlich zu Veränderungen bei der Reihung auf den Listen führte. Darüber hinaus wurde das Wahlkonzept – sowohl inhaltlich wie auch werblich – vor der Beschlussfassung in allen sechs Bezirken präsentiert, die Meinung eingeholt und so auch noch ergänzt und verändert. Hans Katschthaler war immer die Mitwirkung der Basis ganz wichtig, er war nicht als „Diktator“ geeignet.

Die ÖVP erreichte bei der Landtagswahl 38,6% der Stimmen, verfehlte aber um 416 Stimmen das 15. Mandat und damit die absolute Mehrheit in der Landesregierung. Am 2. Mai 1994 wurde Hans Katschthaler erneut als Landeshauptmann angelobt.

Superwahljahr 1994

Nach der Landtagswahl fand am 12. Juni 1994 die EU-Volksabstimmung statt. Hans Katschthaler setzte sich als glühender Europäer für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ein und war im ganzen Bundesland werbend un-



Überreichung einer hohen Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland durch Bundeskanzler Helmut Kohl an Hans Katschthaler im April 1996

terwegs. Besonders erfreulich war, dass in Salzburg in allen 119 Gemeinden eine Mehrheit für den EU Beitritt erreicht werden konnte!

Neben der AK-Wahl am 2. und 3. Oktober fand dann noch am 9. Oktober die Nationalratswahl – erstmals nach einem neuen, stärkeren Persönlichkeitswahlrecht in den neu geschaffenen Regionalwahlkreisen – statt. Auch die ÖVP Salzburg konnte sich nicht dem Trend entziehen und musste mit einem Ergebnis von 29% zufrieden sein.

ÖVP Salzburg schafft Eigentum - das „Dr. Hans Katschthaler Haus“

Nach dem turbulenten Wahljahr 1994 wurde zu Jahresbeginn 1995 dem Landesgeschäftsführer Christian Struber der Auftrag erteilt, Maßnahmen zur Verbesserung und Optimierung der Organisationen und Strukturen der ÖVP Salzburg zu entwickeln.

Neben einer Reihe von personellen Veränderungen (Einsparungen, ohne jemanden zu kündigen) wurde 1995 auch der

Beschluss gefasst, aus dem angemieteten „Miele-Haus“ als Parteizentrale aus-zuziehen und in der Merianstraße in neues Haus zu errichten und damit - ent-sprechend dem Programm der ÖVP - Ei-gentum zu schaffen.

Am 25. März 1996 starteten Landespar-teiobmann LH Dr. Hans Katschthaler und sein designerter Nachfolger Dr. Franz Schausberger die Übersiedlung aus dem „Miele-Haus“ in das neu errichtete ÖVP-Haus in der Merianstraße im Stadtteil Schallmoos, die Eröffnung des neuen „Dr. Hans Katschthaler Hauses“ fand im Vorfeld des LH-Wechsels am 22. April 1996 statt. Es war ein „großes ÖVP Fa-milienfest“ mit allen namhaften Persön-lichkeiten der großen Volkspartei, aus Wien kam Generalsekretär Othmar Karas zu den Feierlichkeiten.

Hans Katschthaler und Christian Struber übergeben ihre Aufgaben

In einer Sitzung des Landespräsidiums am 22. Februar 1996 informierte Lan-desparteiobmann und Landeshauptmann Hans Katschthaler die Entscheidungs-träger der ÖVP Salzburg, dass er im April nach 23 Jahren als Mitglied der Salzburger Landesregierung ausschei-den und auch den Vorsitz in der ÖVP Salzburg abgeben werde. Die Entschei-dung zur Nachfolge ging dann für den Klubobmann im Landtag, Franz Schaus-berger, aus, der Hans Katschthaler in beiden Funktionen nachfolgen sollte.

Der Wechsel an der Spitze der Landes-regierung fand am 24. April 1996 im Beisein von Bundespräsident a.D. Dr. Kurt Waldheim statt, der auch am nach-folgenden „Fest im Chiemseehof“ für Salzburgs Bevölkerung teilnahm.

Neben dem Wechsel an der Spitze des Landes wurde auch ein Wechsel in der Geschäftsführung der ÖVP Salzburg voll-zogen. Landesgeschäftsführer Bgm. Ing. Christian Struber legte diese Funktion mit 30. Juni 1996 zurück und wechselte als Geschäftsführer in das Industrie-Team, ein Unternehmen im Besitz der Heimat-werbung Linz und der ÖVP Salzburg. Der Landespartei Vorstand der ÖVP Salzburg bestellte in der Sitzung am 6. Mai 1996 auf Vorschlag von LH Dr. Franz Schaus-berger die gebürtige Kärntnerin Mag. Ger-linde Rogatsch einstimmig zur neuen Lan-desgeschäftsführerin der ÖVP Salzburg, übrigens die erste Frau in einer solchen Funktion in ganz Österreich!

Der offizielle Wechsel in der ÖVP Salz-burg fand am 33. o. Landesparteitag der Salzburger ÖVP am 27. September 1996 in Saalfelden statt, LH Dr. Franz Schaus-berger wurde zum neuen Landespartei-obmann gewählt. Damit endeten alle Par-teiämter von Hans Katschthaler. Er war aber in vielen anderen Organisationen noch tätig, so unter anderem als Vorsit-zender der Dr. Hans Lechner-For-schungsgesellschaft, diese Funktion übergab er im Sommer 2009 an LT-Präs. a.D. Mag. Michael Neureiter.



Zum 70. Geburtstag 2003 überreichte Landeshauptmann Franz Schausberger seinem Amtsvorgänger ein Aquarell mit den Häusern seines politischen Wirkens: dem Haus Mozartplatz 8-10, dem Chiem-seehof und dem Katschthaler-Haus der ÖVP in der Merianstraße

Politischer Klimawandel in Salzburg. Die ÖVP im Salzburger Landtag 1989 – 1996

Franz Schausberger

Die politischen Aktivitäten der Salzburger ÖVP im Salzburger Landtag, also des Landtagsklubs, darzustellen, soll Aufgabe dieses Beitrags sein.¹ Es geht um die Jahre, in denen Hans Katschthaler Landeshauptmann von Salzburg war.

Die Landtagsklubs sind ein integrierender Bestandteil der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung im Landesparlament, über die Fraktionen konstituiert sich der Landtag. In der Praxis wird die Tätigkeit der Fraktionen nicht in erster Linie durch das Gegenüber von Landtag und Landesregierung, sondern durch die Frontstellung von Regierungsmehrheit und Opposition geprägt. Entsprechend werden die klassischen Aufgaben des Parlaments von den Fraktionen unterschiedlich wahrgenommen. Während sich die Regierungsfaktionen bei der Ausübung der parlamentarischen Wahl-, Artikulations-, Initiativ- und Gesetzgebungsfunktion um die Unterstützung der Regierung bemühen, wenden die Oppositionsfaktionen die Kontroll-, Kritik- und Alternativfunktion gegen die Regierung.

Das Wechselspiel von Regierungsmehrheit und Opposition schlägt sich darin nieder, dass der Zusammenhalt der Regierungs- und Oppositionsfaktionen zugleich die Wahlchancen ihrer Parteien beeinflusst. Eine uneinige Regierungs-

fraktion kann die Politik der Regierung nicht wirksam vertreten, und eine in wichtigen Fragen gespaltene Oppositionsfraktion lässt die Oppositionspartei nicht als glaubwürdige Alternative zur Regierung erscheinen.²

Aus diesen allgemeinen Feststellungen leitete der Salzburger ÖVP-Landtagsklub seine Aufgabe ab, „die vielen neuen politischen Schwerpunkte des Landeshauptmannes (Hans Katschthaler, F. S.) mit aller Kraft zu unterstützen, aber auch die treibende, gestaltende und kontrollierende Kraft für die Ressortbereiche der Regierungsmitglieder von SPÖ und FPÖ zu sein. Dabei geht es vor allem darum, die Positionen der ÖVP in den wichtigen Fragen der Umweltpolitik, der Wohnbau- und Raumordnungspolitik, der sozialen Fragen usw. klar herauszuarbeiten und verständlich darzustellen.“³

Gravierende Veränderungen des „Salzburger Klimas“

Bei der Landtagswahl am 12. März 1989 verlor die Salzburger ÖVP ihre 1984 erstmals errungene absolute Mehrheit wieder.⁴ Damit hatte Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer sein sich selbst gesetztes Wahlziel des Haltens der absoluten Mehrheit nicht erreicht und erklärte noch am Wahlabend seinen Rücktritt als Landeshauptmann und ÖVP-Landespar-

teibmann. Er hatte über diese Konsequenz schon während des Wahlkampfes keinen Zweifel gelassen.

Am Tag nach der Landtagswahl und nach einer Sitzung des Landesparteivorstandes stellte Haslauer seinen bisherigen Stellvertreter Dr. Hans Katschthaler als seinen Nachfolger als Landeshauptmann vor. Der bisherige Klubobmann im Landtag, Prof. Dr. Helmut Schreiner, sollte Hans Schmidinger als Landtagspräsident nachfolgen, und Landespartei sekretär Dr. Franz Schausberger war vom designierten Landesparteiobmann Katschthaler als Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs vorgesehen. (Haslauer hatte Katschthaler

vorgeschlagen, Schausberger in die Regierung aufzunehmen.)

Die Entscheidung über die Besetzung der drei weiteren Regierungssitze blieb Katschthaler vorbehalten. Die ÖVP verfügte nach wie vor in der Salzburger Landesregierung mit vier Regierungsmitgliedern über die absolute Mehrheit. Nachdem die Landesräte Arno Gasteiger und Bertl Göttl von Wirtschaftsbund bzw. Bauernbund als deren Kandidaten bestätigt worden waren, verblieben sie in der Landesregierung. Schwieriger gestaltete sich die Besetzung des vierten Regierungssitzes. Nachdem die Präsidentin der Salzburger Wirtschaftskam-



Regierungsbank im Landtag nach der Angelobung 1989: v.l. Robert Thaller, Othmar Raus, Arno Gasteiger und Hans Katschthaler; hinten im Präsidium v.l. Margot Hofer, Helmut Schreiner und Walther Thaler



Der ÖVP-Landtagsklub im Jahr 1989: 1. Reihe v. l. n. r.: Landeshauptmann Hans Katschthaler; Landtagspräsident Helmut Schreiner; Landeshauptmann-Stellvertreter Arno Gasteiger; Landesrätin Gerheid Widrich; Landesrat Bertl Göttl, Hedwig Wasserbauer, 2. Reihe v. l. n. r.: Klubobmann Franz Schausberger; Rudolf Eder; Hans Lienbacher; Hans Karl, Michael Neureiter; Wolfgang Gmachl, Dritter Landtagspräsident Bertl Emberger; Georg Griessner; Wolfgang Haunsberger; Josef Saller; Werner Roßmann, Reinhard Herok und Gottfried Nindl

mer, Dr. Helga Rabl-Stadler, und der Direktor der Landeskrankenanstalten, Dr. Christian Menzel, abgesagt hatten, entschied sich der künftige Landeshauptmann für die Ärztin Dr. Gerheid Widrich, die als erste Frau in eine Salzburger Landesregierung einzog und das Gesundheits- und Naturschutzressort übernahm.

Im ÖVP-Landtagsklub wurden Dr. Wolfgang Gmachl und Ing. Georg Griessner zu den Stellvertretern von Klubobmann Schausberger gewählt,

Bertl Emberger wurde zum Dritten Präsidenten des Salzburger Landtages nominiert. Bei der konstituierenden Sitzung des Salzburger Landtages am 3. Mai 1989 wurden die von der ÖVP nominierten Persönlichkeiten mit großer Mehrheit – gegen die zwei Vertreter der Bürgerliste – in ihre Funktionen gewählt. Erstmals hatte man sich allerdings nicht auf eine gemeinsame Regierungserklärung des neuen Landeshauptmannes geeinigt, Katschthaler hielt nur eine „Antrittsrede“, in die er jedoch versuchte, möglichst viele Anliegen auch

der anderen Parteien aufzunehmen. Trotzdem konnte man auch schon daran erkennen, dass die Zusammenarbeit in Landesregierung und Landtag komplizierter werden würde.⁵

Um der Bürgerliste die Teilnahme an den Ausschussberatungen zu ermöglichen, hatte die ÖVP-Landtagsfraktion auf einen der ihr zustehenden Ausschusssitze für die neue Landtagspartei verzichtet. Trotzdem hatte sich die Bürgerliste aus den Parteienverhandlungen zurückgezogen, weil in einigen unbedeutenden Bereichen ihre Positionen auf keine Zustimmung stießen.

Aufgaben und Herausforderungen für die ÖVP im Salzburger Landtag waren in der Legislaturperiode 1989 bis 1994 etwas anders als ab 1994. Die ÖVP verfügte zwischen 1989 und 1994 im Salzburger Landtag nur über die relative Mehrheit, in der Salzburger Landesregierung aber über die absolute Mehrheit, die Regierung bestand aus vier ÖVP-, zwei SPÖ-Regierungsmitgliedern und einem FPÖ-Landesrat. Durch die Veränderungen innerhalb der FPÖ entwickelte sich diese immer mehr zur Oppositionspartei mit Regierungsbeteiligung. Die schwierige Aufgabe war es daher, für alles, was die ÖVP in der Regierung mit ihrer absoluten Mehrheit durchsetzen konnte, auch im Landtag eine parlamentarische Mehrheit zu erzielen, wobei die grüne Bürgerliste sowohl politisch als auch zahlenmäßig als Mehrheitsbringer nicht in Frage kam. Die SPÖ versuchte, sich der grünen Bürgerliste anzunähern,

und fand – wie SPÖ-Vorsitzender Buchleitner einräumte – in der Sozial-, Frauen- und Verkehrspolitik Übereinstimmung mit den Grünen, was die Position der ÖVP im Landtag nicht einfacher machte.⁶

Trotzdem wurde seitens der ÖVP die Zusammenarbeit mit der SPÖ als grundsätzlich gut und sachlich bezeichnet, und das Verhältnis zur FPÖ (die nunmehr wieder in der Regierung vertreten war) entwickelte sich (vorerst) vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen besser als in der vorangegangenen Legislaturperiode.⁷

Wie sehr sich die Zeiten nach den Landtagswahlen 1989 geändert hatten, wie fragil der Konsens der durch das Proporzsystem in die Regierungsverantwortung eingebundenen Parteien geworden war, zeigte sich am Beispiel des Budgets 1991. Während das Budget 1990 noch mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ (gegen die Bürgerliste) beschlossen worden war und die Beratungen des Voranschlags für 1991 im Kreise der Regierungsmitglieder durchaus zu einem Konsens geführt und die SPÖ-Regierungsmitglieder überdurchschnittlich viel für ihre Ressorts ausverhandelt hatten, zeigte sich bald, dass im Landesparlament keinesfalls mit einer breiten Mehrheit gerechnet werden konnte.

Der neue SPÖ-Parteivorsitzende Gerhard Buchleitner wollte offensichtlich zeigen, dass das sprichwörtliche „Salzburger Klima“ eine „Klimaveränderung“ erfahren hatte, dass er eigene Wege

gehen würde, dass er die Nähe zu den oppositionellen Grünen suchte, und dass es eben kein gemeinsames Regierungsprogramm gäbe. Im Gegensatz zur Regierung, wo die ÖVP über eine absolute Mehrheit verfügte und das Budget schlimmstenfalls auch allein beschließen hätte können, benötigte sie im Landtag zumindest die Zustimmung eines Regierungspartners, der FPÖ bzw. der SPÖ. Die SPÖ fühlte sich hier nicht an die Zusammenarbeit in der Regierung gebunden. Bald stellte sich nämlich heraus, dass sich die SPÖ von dem seit langem unbestrittenen, gemeinsamen landespolitischen Ziel, ab 1994 keine Neuverschuldung mehr eingehen zu müssen, im Landtag verabschieden würde. Der SPÖ-Landtagsklub sprach sich gegen das „Sparen um des Sparens willen“ aus und verlangte eine Verschiebung des Ziels der Null-Neuverschuldung um zwei Jahre, also bis 1996. Dies lehnte die ÖVP rundweg ab und warf der SPÖ vor, Regierung und Opposition zugleich sein zu wollen und nach der „Rosinentheorie“ vorzugehen, nämlich in der Landesregierung „so viel wie möglich für die eigenen Ressorts herauszuholen und damit eine gemeinsame Verantwortung für das Landesbudget zu signalisieren, und im Landtag dann so tun, als ob einem die gemeinsame Verantwortung in der Regierung überhaupt nichts angehe.“⁸ Es blieb dabei: Die Salzburger SPÖ stimmte erstmals in der Zweiten Republik (gemeinsam mit den Grünen) gegen das Landesbudget. Dies tat sie wohl auch deshalb, weil sie davon ausgehen konnte, dass die Mehrheit für das

Landesbudget durch die Zustimmung der FPÖ gesichert war.

Besonders zur Veränderung des Salzburger Klimas trugen auch die Ereignisse innerhalb der FPÖ bei. Nachdem Jörg Haider im Herbst 1986 zum freihitlichen Bundesparteiobmann gewählt worden war, wurde dessen fundamentaloppositioneller Kurs nach zahlreichen Wahlerfolgen auch von den Freiheitlichen in den Landtagen und Gemeinderäten übernommen. FPÖ-Landesparteiobmann Landesrat Volker Winkler, dem von seinen Parteifreunden vorgeworfen wurde, er sei zu sehr dem Salzburger Klima verhaftet, wurde im Herbst 1992 ziemlich unsanft durch Dr. Karl Schnell abgelöst, der sofort einen regierungsoptionellen Kurs startete.

Erste große Auswirkung dieses Revirements: Das bisher von den drei Regierungsparteien gemeinsam getragene Projekt Gewerbegebiet „Brennhoflehen“ in der Gemeinde Kuchl wurde vom neuen, für Raumordnung zuständigen Landesrat Karl Schnell bekämpft und blockiert. Die Angelegenheit eskalierte, führte zur offenen Spaltung in der Salzburger Landesregierung, bis Landeshauptmann Katschthaler dem zuständigen Landesrat Schnell die Zuständigkeit entzog und an die gesamte Landesregierung übertrug. Ein bis dahin in der Landesregierung beispielloser Eklat.⁹ Auf Grund der neuen Unzuverlässigkeit der FPÖ schlüpfte nun die SPÖ wieder mehr in die Rolle des verlässlichen Partners, allerdings nicht ohne sich dies von der ÖVP mit be-

trächtlichen politischen Preisen und Zugeständnissen abkaufen zu lassen.

Für die ÖVP-Fraktion im Salzburger Landtag bedeuteten diese Entwicklungen, dass die Zeiten der relativen Stabilität, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der beiden Regierungspartner SPÖ und FPÖ im Landesparlament weitgehend vorbei waren. Während die SPÖ auf Grund ihrer zahlreichen innerparteilichen Turbulenzen verzweifelt versuchte, im Landtag durch eigene Wege abseits des Salzburger Klimas Profilierung zu erreichen, schwenkte die FPÖ auf Druck von Jörg Haider und auf Grund der Überzeugung des Haider-Vassallen Karl Schnell auf einen fundamen-

taloppositionellen Kurs um. Die politische Auseinandersetzung verlagerte sich daher sehr stark in den Landtag, wo es für die ÖVP immer schwieriger wurde, eine Mehrheit zu finden. Alle Parteien begannen, sich für die Landtagswahl 1994 zu positionieren.

Die Landtagswahl vom 13. März 1994 hatte zwar eine deutliche Verschiebung der politischen Gewichte gebracht, aber auch wieder eine klare Reihung der Stärke der Parteien vorgenommen. Die beiden großen Parteien hatten (sieht man von der kritischen Landtagswahl 1932 ab) die bislang schlechtesten Ergebnisse seit Bestehen der Republik erzielt. ÖVP-Klubobmann Schausberger wies in der



Die Angelobung der neuen Landesregierung nach der Landtagswahl 1994. Auf der Regierungsbank Zweiter v.r. Landesrat Karl Schnell

konstituierenden Sitzung des Landtags darauf hin, „dass das Unbehagen am und im Parteienstaat zu einem zentralen Charakteristikum der österreichischen politischen Kultur der achtziger und beginnenden neunziger Jahre geworden ist.“¹⁰

Die neuen Machtverhältnisse brachten auch Änderungen in der Arbeitsweise des Landtages. SPÖ, FPÖ und Bürgerliste forderten die generelle Öffentlichkeit der Landtagsausschüsse, was von der ÖVP mit Hinblick auf die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit und die beengten räumlichen Verhältnisse abgelehnt wurde. Schließlich einigte man sich auf eine Öffentlichkeit in der Form, dass die Sitzungen zur Gänze in Wort und Bild in einen öffentlich zugänglichen Raum übertragen wurden.

In der konstituierenden Sitzung des Landtages am 2. Mai 1994 gab es wieder keine gemeinsame Regierungserklärung des Landeshauptmannes, die für die ÖVP kritische Situation wurde schon durch die Tatsache untermauert, dass FPÖ-Chef Schnell dem SPÖ-Vorsitzenden Gerhard Buchleitner angeboten hatte, ihn zum Landeshauptmann zu wählen. Dieser lehnte das Angebot unter Anerkennung des Grundsatzes, dass die stärkste Partei das Anrecht auf die Position des Landeshauptmannes habe, ab. Hans Katschthaler wurde daher wieder zum Landeshauptmann gewählt.

Seitens der ÖVP wurde in der konstituierenden Sitzung die Forderung nach einem stärker persönlichkeitsorientierten

Landtagswahlrecht und nach der Direktwahl der Bürgermeister auf der Basis einer reformierten Gemeindeordnung erhoben, aber klar eine Direktwahl des Landeshauptmannes als Abkehr von der parlamentarischen zur präsidialen Demokratie abgelehnt. Klubobmann Schausberger bezeichnete vertrauensbildende Maßnahmen für die parlamentarische Demokratie als die wichtigste Aufgabe für die politisch Verantwortlichen der neunziger Jahre.¹¹

Nicht zuletzt auf Grund dieser gravierenden Veränderungen des „Salzburger Klimas“ entstand in diesen Jahren die Diskussion um die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit des bestehenden Proporzsystems. Nicht zuletzt waren es die gleichzeitige Fundamentalopposition und Regierungsbeteiligung der FPÖ, die die Stimmen für ein freies Mehrheitssystem bei der Bildung der Landesregierung lauter werden ließ.

Die Position der ÖVP dazu im Salzburger Landtag war vorerst äußerst skeptisch bis ablehnend. Bei der Festsitzung des Salzburger Landtages am 6. Februar 1991 anlässlich 70 Jahre Salzburger Landesverfassung sprach sich ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger gezielt gegen eine Abschaffung des Proporzsystems aus, wies aber gleichzeitig auf die gesamtpolitische Verantwortung der Parteien, die eine Regierung bilden, hin: „Jeder Versuch, die Vorzüge der Regierungsbeteiligung zu genießen und gleichzeitig die Annehmlichkeiten einer Opposition in Anspruch zu neh-

men, muss entschieden abgelehnt werden.“¹² In der Sitzung des Salzburger Landtages vom 15. Dezember 1992 verteidigte der ÖVP-Klubobmann anlässlich eines dringlichen Antrags der Bürgerliste auf Abschaffung des Proporzsystems nochmals vehement das Proporzsystem als ein Konsensmodell, das den sozialen Frieden und den wirtschaftlichen Wohlstand sichere und Salzburg seit Jahrzehnten an der Spitze der Bundesländer stehen lasse.¹³

Ein Jahr später, anlässlich der Festsitzung des Salzburger Landtages „75 Jahre Republik Österreich“ am 11. November 1993, ging der ÖVP-Klubobmann – offensichtlich unter dem Eindruck des Agierens der Freiheitlichen unter Landesrat Schnell – schon einen Schritt weiter und sprach von einer „behutsamen Reform“ des Proporzsystems, indem man die bislang sehr indirekt in der Landesverfassung vorgesehene Möglichkeit für eine Partei, an der proportional zusammengesetzten Regierung nicht teilnehmen zu wollen, explizit in die Verfassung aufnehmen sollte. Die könnte etwa in der Verpflichtung aller Parteien bestehen, nach einer Landtagswahl ausdrücklich zu erklären, ob sie zur Regierungsbeteiligung bereit seien oder nicht. Tue dies eine Partei nicht, obwohl sie dazu berechtigt wäre, sollten die anderen Parteien das Recht der freien Koalitionsbildung erhalten. Während also das Recht auf proportionale Teilhabe an der Regierung bestehen bleiben musste, sollte die Verpflichtung dazu wesentlich gelockert werden.¹⁴ Ein ziemlich krampf-

hafter und unrealistischer Vorschlag, vom Korsett des Proporzsystems abzurücken, der auch keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hatte, da keine Partei freiwillig bereit sein würde, auf eine Regierungsbeteiligung zu verzichten.

Die ernüchternden Ergebnisse der Landtagswahl 1994 und der andauernde Konfrontationskurs der Schnell-FPÖ führten noch im März 1994 zu einem Kurswechsel der ÖVP in der Frage der Reform des Regierungssystems. Innerhalb weniger Tage sprachen sich Landeshauptmann-Stellvertreter Arno Gasteiger und ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger für ein Abgehen vom bisherigen Proporzsystem aus, kurze Zeit später bekräftigte Landeshauptmann Katschthaler diesen neuen Kurs. Die Freiheitlichen, die sich im Wahlkampf vehement gegen den Proporz ausgesprochen hatten, machten eine Kehrtwendung und entdeckten plötzlich die Vorzüge des Proporzsystems.

Bei einer Enquetekommission zur Reform der Landesverfassung und der Landtagsarbeit am 23. 11. 1994 sprachen sich die Experten ziemlich klar für eine Reform des Regierungssystems aus.¹⁵ In ihrer Herbst-Klausurtagung am 22. September 1994 beschloss die ÖVP-Landtagsfraktion, eine Änderung des Proporzsystems anzustreben. Bis etwa 1997 sollte die Neuregelung beschlossen sein. Im April 1998 wurde dann schließlich unter Franz Schausberger als Landeshauptmann die Abschaffung des Proporzsystems in Salzburg mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.¹⁶

Die ÖVP verfügte nach der Landtagswahl 1989 über 16 Mandate, um drei weniger als bisher:

Die ÖVP-Landtagsfraktion in der 10. Gesetzgebungsperiode (1989 – 1994): Ludwig Bieringer, Bundesheerbeamter, Bürgermeister, 1991 ersetzt durch Wolfgang Saliger, Angestellter • Rudolf Eder, Bauer, Bürgermeister • Bertl Emberger, Bauer, Gewerbetreibender • Dr. Wolfgang Gmachl, Kammeramtsdirektor, 1992 ersetzt durch Anton Karl, Fleischhauermeister • Ing. Georg Griessner, Landwirtschaftslehrer • Wolfgang Haunsberger, Tischlermeister • Reinhard Herok, Student • Hans Karl, Bauernbunddirektor • Johann Lienbacher, ÖBB-Betriebsleiter, Nebenerwerbsbauer • Mag. Michael Neureiter, Generalsekretär des Österreichischen Borromäuswerks • Dr. Gottfried Nindl, Hotelier • Werner Roßmann, Bauer, Taxiunternehmer • Dr. Franz Schausberger, Landesparteisekretär • Dr. Helmut Schreiner, Universitätsprofessor • Christina Steinmetzer, Hausfrau, 1989 ersetzt durch Josef Saller, Hauptschuldirektor • Hedwig Wasserbauer, Hausfrau

Im Mai 1995 eskalierte das Agitieren der FPÖ als „Opposition in der Regierung“ unter FPÖ-Landesrat Karl Schnell. Im „größten Überstundenskandal der Landesverwaltung“ hatten die Mitarbeiter Schnells in seinem Landesregierungs-büro für Parteitätigkeiten tausende Überstunden geschrieben, was zu einem

Misstrauensantrag der grünen Bürgerliste führte. Dieser bekam allerdings im Landtag nur die Stimmen von SPÖ und Bürgerliste und wurde mit einer Mehrheit von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Während die SPÖ-Klubvorsitzende Gabi Burgstaller Schnell zum „politischen Sicherheitsrisiko“ erklärte, der das Vertrauen der SPÖ nicht mehr wiedergewinnen könnte, sprach ÖVP-Klubobmann Schausberger – aus strategischen Gründen und um Schnell nicht zum Märtyrer werden zu lassen - von einer letzten Gnadenfrist für den FP-Landesrat.¹⁷

Bei der Landtagswahl am 15. März 1994 verlor die ÖVP nochmals zwei Sitze und hatte nur mehr 14 Landtagsabgeordnete. Sie musste ein Minus von 5,4 Prozentpunkten hinnehmen und verlor einen Regierungssitz. Die SPÖ verlor 4,2 Prozentpunkte und war wieder mit zwei Mitgliedern in der Landesregierung vertreten. Die FPÖ erzielte ihr bestes Ergebnis seit 1949 und konnte einen zweiten Regierungssitz erobern. Mit einem Plus von 3,1 Prozentpunkten kam sie nun auf 19,5 Prozent. Die Bürgerliste gewann leicht dazu und erreichte drei Landtagsmandate. Die ÖVP war durch Landeshauptmann Hans Katschthaler, Arno Gasteiger und Rupert Wolgruber in der Regierung vertreten, Gerheid Widrich schied aus. Landtagspräsident wurde wieder Helmut Schreiner, Klubobmann wieder Franz Schausberger, seine Stellvertreter Georg Griessner und Werner Roßmann.

Die ÖVP-Landtagsfraktion in der 11. Gesetzgebungsperiode (1994 – 1999)

Theresia Fletschberger, Bäuerin • Ing. Georg Griessner, Landwirtschaftslehrer • Margit Hofer, Angestellte • Simon Illmer, Bauer, Schischulleiter • Anton Karl, Fleischhauermeister • Johann Lienbacher, ÖBB-Pensionist, Nebenerwerbsbauer • Helmut Mödlhammer, Journalist, Bürgermeister • Mag. Michael Neureiter, Angestellter • Dr. Gottfried Nindl, Hotelier • Werner Roßmann, Bauer, Taxiunternehmer • Wolfgang Saliger, Angestellter • Josef Saller, Hauptschuldirektor • Dr. Franz Schausberger, Geschäftsführer, Klubobmann, 1996 ersetzt durch Martin Forsthuber, Landesgeschäftsführer • Dr. Helmut Schreiner, Universitätsprofessor, Landtagspräsident

Berufe der Abgeordneten	1989	1994
Öffentlich Bedienstete	4 (3)	4
Privatangestellte	4 (5)	5
Selbständige /		
Gewerbetreibende	2 (3)	2
Landwirt	3	3
Hausfrauen	2 (1)	-
Student	1	-
	16	14

Die Zahlen in der Klammer geben den Stand am Ende der Legislaturperiode auf Grund der Veränderungen wider. Bei den Privatangestellten muss bedacht werden, dass darunter auch die Kammeramtsdirektor der Wirtschaftskammer und der Bauernbunddirektor sind, die eigentlich

als Interessensvertreter der Wirtschaft bzw. der Landwirtschaft zählen müssten. Die Unselbständigen (Öffentlich Bedienstete, Privatangestellte, Hausfrauen und Student) machten daher in der ÖVP-Landtagsfraktion 11 (69 Prozent) aus, die Selbständigen/Gewerbetreibenden 2 bzw. 3 (12 bzw. 19 Prozent) und die Bauern 3 (19 Prozent) aus. 1994 machten die Unselbständigen im ÖVP-Landtagsklub 9 Abgeordnete (64 Prozent), die Selbständigen/Gewerbetreibenden 2 (14 Prozent) und die Bauern 3 (22 Prozent) aus. Das Durchschnittsalter der ÖVP-Abgeordneten betrug 1989 45,6 Jahre und stieg im Jahr 1994 auf 46,4 Jahre.

In diesem Beitrag kann nur auf einige ausgewählte Themenbereiche eingegangen werden und zwar vor allem auf solche, die sich nicht auf die „Alltagsarbeit“ des Landesparlaments beziehen, sondern von einer gewissen „Einmaligkeit“ gekennzeichnet waren. Viele wichtige Politikfelder, die für die ÖVP im Salzburger Landtag eine besondere Herausforderung darstellten, können unter diesem Kriterium und vor allem aus Platzgründen nicht behandelt werden: etwa das Bildungswesen, die Weiterentwicklung des Nationalparks Hohe Tauern und der Streit um diesen, die Aufgabenreform in der Landesverwaltung, die Diskussion um das Museum Carolino Augusteum und das Guggenheim Museum¹⁸, die Umweltpolitik, die Volksbefragung Tempo 80/100, die ökologische Neuorientierung im Fremdenverkehr, die Bemühungen zur Erreichung von Null-Neuverschuldung, die Reform der Kran-



kenanstalten, die aufkommenden Auseinandersetzungen um die Frauenpolitik, die Sicherung der heimischen Landwirtschaft für die Zeit nach dem EG-Beitritt, die ersten Diskussionen über die Abschaffung des Proporzsystems, die Direktwahl der Bürgermeister und die Zusammenlegung der Wahltermine von Landtags- und Kommunalwahlen, Probleme mit geplanten 380-KV-Stromleitungen, Salzburger Flughafen, Saline Hallein, Brennhoflehen, die heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Autokennzeichen von Friedensreich Hundertwasser und Verkehrsminister Rudolf Streicher.¹⁹

Internationale und europäische Ereignisse und ihre Auswirkungen auf den Salzburger Landtag.

Die Periode der Salzburger Landespolitik (1989 – 1996), die in diesem Beitrag einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll, wurde – was erst in der Rückschau wirklich realisiert werden kann –, vielleicht zum ersten Mal in der Zweiten Republik besonders stark von weltpolitischen bzw. europäischen Ereignissen geprägt:

1. von den Vorbereitungen zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union mit 1. Jänner 1995 und den damit verbundenen Maßnahmen auf Landesebene und
2. vom Zerfall des Sowjetimperiums, dem Fall des Eisernen Vorhangs, dem Entstehen neuer Staaten in Ost- und

Südosteuropa und von den Auswirkungen all dieser Vorgänge auch auf die österreichischen Länder.

Ein paar Monate, nachdem Hans Katschthaler 1989 Landeshauptmann geworden war, fielen die Berliner Mauer und in weiterer Folge die kommunistischen Regime Mittel- und Osteuropas. Diese marktwirtschaftliche Transformation der ehemals kommunistischen Länder hatte wirtschaftliche Auswirkungen auch auf die Region Salzburg, etwa im Bereich der Exports, der enorm anstieg, im Tourismus, dem sich neue Märkte eröffneten, aber auch durch die zunehmende Migration, die sich auf den Arbeitsmarkt auswirkte.²⁰

Was die Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa betraf, so war die ÖVP im Salzburger Landtag eine treibende Kraft für die Anerkennung der neuen Staaten, etwa Sloweniens und Kroatiens und der baltischen Staaten. Unterstützt wurde sie dabei von den Grünen und der FPÖ, während die SPÖ vor allem im Bereich der Nachfolgestaaten des Tito-Jugoslawiens äußerst zurückhaltend war – auch noch zu einem Zeitpunkt, als die aktuellen Ereignisse längst vollendete Tatsachen geschaffen hatten.

Die SPÖ zog sich einerseits auf den formalen Standpunkt zurück, dass diese Fragen keinen direkten landespolitischen Bezug hätten und Salzburg nichts zur Lösung der Krise beitragen könnte.

Architekt Hans Hollein stellt dem Landeshauptmann sein Projekt eines Museums im Berg vor.



Besprechung zur Situation Sloweniens: v.l. Wissenschaftsminister Erhard Busek, Landeshauptmann Hans Katschthaler, Karel Smolle und der slowenische Ministerpräsident Lojze Peterle

Die Anerkennung von Kroatien und Slowenien hätte nach Ansicht der SPÖ eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens bedeutet und wurde daher von ihr abgelehnt. Der ÖVP-Klubobmann widersprach dieser Meinung heftig: Wenn am 3. 7. 1991 die jugoslawischen Panzer an der österreichischen Grenze stünden und am gleichen Tag der Salzburger Landtag zusammentrete, sei es unmöglich, diese dramatische Situation nicht zu behandeln und nicht klar Stellung zu beziehen. Außerdem sei Salzburg, so wie Slowenien und Kroatien, Mitglied der ARGE Alpen Adria, weshalb Salzburg die Bestrebungen nach Unabhängigkeit und Demokratie unterstützen müsse, so wie das auch bei den baltischen Staaten der Fall gewesen

sei. Der Platz der Salzburger Abgeordneten müsse an der Seite der Demokraten in diesen Ländern sein.²¹

Der EU-Beitritt und die versäumte Chance der Stärkung des Föderalismus

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des EU-Beitritts sahen vor allem die westlichen Bundesländer die Gefahr auf sich zukommen, dass die europäische Integration gravierende Einschränkungen des Föderalismus und der Länderrechte in Österreich mit sich bringen würde. Auch die Wissenschaft war sich ziemlich einig, dass die Länder nicht nur Zuständigkeiten verlieren würden, sondern sich auch das innerstaatliche Gleichgewicht zwischen Bund und

Ländern zum Nachteil der Länder verändern würde. Vor allem die Länder Tirol, Salzburg und Vorarlberg begannen, Forderungen dagegen zu erheben und Initiativen zu entwickeln, um einen Bedeutungs- und Einflussverlust der Länder zu verhindern. Die ÖVP-dominierten Bundesländer, die ursprünglich zu den vehementen Vertretern des EU-Beitritts zählten, begannen langsam zu erkennen, dass die verstärkten Integrationsbemühungen Österreichs sich auf die Länderrechte ziemlich negativ auswirken würden. Die ursprünglich uneinge-

schränkte Euphorie wich einer realistisch-skeptischen Einschätzung.

Die institutionalisierte Information und Mitwirkung der Länder bei den innerösterreichischen Vorbereitungen des EG-Beitritts und die Frage der Kompensation der Kompetenzverluste durch die Übertragung neuer Zuständigkeiten an die Länder wurden die zentralen Forderungen der Landespolitiker.²² Neben Landeshauptmann Hans Katschthaler waren es vor allem Landtagspräsident Helmut Schreiner und ÖVP-Klubobmann Franz

Vizekanzler Erhard Busek mit ÖVP-Landeshauptleuten bei einer Jause im k.u.k. Hofbeisl in Bad Ischl: v.l. Wendelin Weingartner, Christoph Zernatto, Josef Krainer, Hans Katschthaler, Martin Purtscher, Busek, Josef Ratzenböck, Bernhard Görg, Gerhard Jellaszitz und Erwin Pröll



Schausberger, die sich überdurchschnittlich an dieser Diskussion beteiligten.

Für 1. Juli 1990 hatte Klubobmann Schausberger alle Fraktionsvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Parteien der Alpen-Adria-Länder nach Salzburg eingeladen, um die Möglichkeiten der Stärkung der Regionen und Länder im Zuge der europäischen Integration zu diskutieren. Gemeinsam war man der Überzeugung, dass die Regionalparlamente nicht zu „Kompetenzzwergen“ werden dürften. Wenn schon die Landtage durch die Vorgaben der EG-Gesetzgebungskompetenzen verlieren müssten, sei die Übertragung von Kompetenzen von der nationalen Ebene auf die Regionen (Länder) zu fordern. In Österreich müsse, so forderte der Salzburger ÖVP-Klubobmann, sofort nach der Nationalratswahl am 7. Oktober 1990 die totgelaufene innerstaatliche Föderalismusreform wieder in Gang gesetzt werden. Es könne nicht hingenommen werden, dass die Bundesregierung allein die Vorbereitungen für den EG-Beitritt treffe, ohne die Länder einzubeziehen.²³

In weiterer Folge wurde am 8. Oktober 1992 als Minimalvereinbarung das sogenannte „Perchtoldsdorfer Abkommen“ für eine Novelle der Bundesverfassung zwischen Bund und Ländern geschlossen. Dieses Abkommen wurde in der Folge stark verwässert, weshalb der gemeinsame Antrag von SPÖ, ÖVP, Grünen und LIF von der Landeshauptmännerkonferenz abgelehnt wurde. Gemeinsam mit der SPÖ brachte die ÖVP auf Grund des Erlah-

mens der Bundesstaatsreform auf Bundesebene am 7. Juli 1993 einen dringlichen Antrag betreffend die Neuordnung des Bundesstaates im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt Österreichs ein, zu dem ÖVP-Klubobmann Schausberger erklärte, dass es unbedingt notwendig sei, dass der grundlegende Umbau des Staatsaufbaues zugunsten der Länder vor oder zumindest gleichzeitig zum EG-Beitritt vorgenommen werde, weil diese sonst zu größeren Bezirkshauptmannschaften degradiert würden. Es würde dann viele Jahrzehnte keine Gelegenheit geben, eine Stärkung des Föderalismus zu erreichen. Die westlichen Bundesländer müssten der treibende Teil sein, weil in den östlichen Bundesländern offensichtlich kein so großes Interesse pro Föderalismus bestünde.²⁴

Von der ÖVP im Salzburger Landtag wurde die Vorlage des Bundes zur Bundesstaatsreform als völlig indiskutabel bezeichnet. Es sei dies „ein eklatanter Rückschritt und der Versuch einer stärkeren Zentralisierung und stellt einen der schwersten Angriffe auf die Eigenständigkeit der Länder dar und damit einen massiven Eingriff in das bundesstaatliche Prinzip unserer Republik.“ Wer von der EG Dezentralisierung verlange, dürfe nicht selbst zentralisieren. Man müsse mindestens wieder zum „Perchtoldsdorfer Abkommen“ zurückkehren.²⁵

Auf Grund der Ablehnung durch die Bundesländer blieb die Regierungsvorlage zur Bundesstaatsreform unerledigt, im Arbeitsübereinkommen zwischen

SPÖ und ÖVP zur Bildung der Bundesregierung im November 1994 fand das Thema keine Erwähnung mehr.²⁶

Als auf Bundesebene gar nichts mehr weiterging, erklärte Landtagspräsident Helmut Schreiner im Jahr 1995 unmissverständlich: „Wenn die Bundesstaatsreform nicht doch noch verwirklicht wird, kommt es zum Desaster.“²⁷ Er forderte, dass die Regionen möglichst viel selbst entscheiden sollten, da sonst aus der Politikverdrossenheit eine Staatsverdrossenheit entstünde, was sehr gefährlich sei.

Der Kampf um die Integrationsmitwirkung der Landtage

Der Verlust der absoluten Mehrheiten in Salzburg und in Tirol veranlasste die ÖVP in diesen Bundesländern, ab dem Jahr 1989 ein stärkeres Selbstbewusstsein gegenüber den Integrationsbemühungen ihrer Bundespartei zu entwickeln. Besonders die Landtagfraktionen waren es, die besonders hartnäckig gegen negative Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Länder zu kämpfen begannen. Bereits am 11. Oktober 1989 hielt der Salzburger Landtag eine Landtagsenquete zum EG-Beitritt ab.

Der Salzburger Landtagspräsident und Verfassungsrechtler Helmut Schreiner rief die Landtage auf, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen und für stärkere Mitwirkungsrechte der Landesparlamente zu kämpfen. Dies führte innerhalb der ÖVP zu heftigen Interessenskonflikten und Auseinandersetzungen

zwischen Exekutive und Legislative in den Ländern, sprich zwischen den ÖVP-Landeshauptmännern und den ÖVP-Landtagsklubs. Zu einem besonders heftigen Schlagabtausch kam es mehrmals zwischen dem Salzburger Landtagspräsidenten und dem oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Ratzböck, dem dieses plötzlich erwachte Selbstbewusstsein seitens der Landtage ein besonderer Dorn im Auge war. Die Landtage begannen, ihr Mitspracherecht deshalb besonders vehement einzufordern, weil ihnen bewusst wurde, dass der EG-Beitritt Österreichs vor allem die legislativen Kompetenzen der Landesparlamente wesentlich einschränken würde. Der Streit zwischen Mitgliedern der Landesregierung und der Landtage eskalierte vor allem in der Frage, ob einem gemeinsamen Integrationsausschuss der Länder auch Vertreter der Landtage gleichberechtigt angehören sollten. Nach langem Widerstand einiger Landeshauptmänner stimmte die LH-Konferenz im November 1991 schließlich doch der Forderung der Landtage zu.²⁸ Ein Erfolg von Landtagspräsident Schreiner, der in dieser Frage von Landeshauptmann Katschthaler gegen den Widerstand seines oberösterreichischen Kollegen unterstützt wurde.

Die Salzburger ÖVP sah sich veranlasst, im Landesparlament besonders aktiv zu werden, um in der Vorbereitungsphase des Beitritts alles zu tun, damit die Länder und Gemeinden ihre Identität bewahrten, ihre Interessen beim EG-Beitritt gesichert und der Föderalismus im

Zuge der Beitrittsverhandlungen gestärkt werde. Landtagspräsident Helmut Schreiner und Klubobmann Franz Schausberger engagierten sich dazu auch auf Bundesebene. Schausberger hatte den Vorsitz im Arbeitskreis „Länder und Gemeinden in der EG“ im Europa-Fachausschuss der Bundes-ÖVP übernommen. Es gelang ihm, dass die Position von Landtagspräsident Schreiner dort aufgenommen und einstimmig beschlossen wurde, wonach in allen Fragen, in denen die Belange der Ländergesetzgebung berührt wurden, das Mitwirkungsrecht im EG-Länderbeteiligungsverfahren den Landtagen übertragen werden sollte. Schließlich wurde diese Forderung über Antrag Schausbergers auch beim großen Europakongress der ÖVP „Den besten Weg für Österreich gehen – Aktionsplan für den EG-Beitritt“ am 16. Mai 1991 in Wien beschlossen.

Auch wenn diese Forderung dann tatsächlich nicht in die Realität umgesetzt wurde, gelang es auf Grund dieser Initiative aus dem Salzburger ÖVP-Landtagsklub, dass die Landtagspräsidenten zumindest zur (nicht stimmberechtigten) Teilnahme an der Integrationskonferenz der Länder berechtigt wurden und dort dafür sorgten, dass die Landeshauptmänner nicht gegen die Interessen der Landtage abstimmten und die Landesparlamente außerdem über den gesamten Informationsstand verfügten.²⁹ Eine gleich- und stimmberechtigte Teilnahme der Landtagspräsidenten wurde von den Landeshauptmännern mit Hinweis auf ihr Alleinvertretungsrecht abgelehnt.

Der ÖVP-Landtagsklub legte einen EG-Föderalismus-Forderungskatalog vor, der folgende Punkte umfasste:

1. Eine Informationspflicht des Bundes gegenüber den Ländern und Gemeinden über alle Vorhaben im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt;
2. Die Einräumung der Rechte der Länder und Gemeinden zur Stellungnahme in allen EG-Angelegenheiten;
3. Die Schaffung eines EG-Integrationsrates der Länder und die Umgestaltung des Bundesrates zu einem echten Länderorgan;
4. Gemeinsame Stellungnahmen der Länder in bestimmten wichtigen Landesangelegenheiten sind für die österreichische Vertretung in EG-Organen bindend;
5. Ländervertreter und gegebenenfalls Gemeindevertreter sind zu den EG-Verhandlungen beizuziehen, wenn die entsprechenden Interessen wesentlich berührt werden;
6. Der Bund ist verpflichtet, EG-Rechtsmittel zu ergreifen, wenn von EG-Organen vermeintlich rechtswidrige Akte, die den Wirkungsbereich der Länder berühren, gesetzt werden.³⁰

Am 8. Juli 1992 wurde schließlich die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration, die am 12. März 1992 in Wien unterzeichnet worden war, vom Salzburger Landtag gegen die Stimmen der Bürgerliste beschlossen. Seitens der ÖVP wurde darauf hingewiesen, dass die we-

sentlichen Forderungen des Salzburger Landtages in die Vereinbarung Eingang gefunden hätten. Wenn auch der EG-Beitritt für sich genommen negative Auswirkungen auf den Föderalismus habe, ergäbe sich auch die Chance zu einer neuen Föderalismusdiskussion, die letztlich zur Stärkung der Länder führe. Der ÖVP-Klubobmann zeigte die Konfliktlinien in dieser Föderalismusdiskussion im Zuge des EG-Beitritts auf:

- Bund – Länder
- ÖVP – SPÖ
- Länderparteien – Bundesparteien
- westliche Bundesländer – östliche Bundesländer
- Länderlegislativen – Länderexekutiven.³¹

Der ÖVP-Landtagsklub in Salzburg engagierte sich aber in seiner Arbeit nicht nur unmittelbar in der Frage der Länderbeteiligung und der Länderrechte durch einen EG-Beitritt, sondern auch in anderen, unmittelbar oder mittelbar damit zusammenhängenden Themenbereichen. Dazu zählten die Transitzpolitik gegenüber der EG und die Verhinderung des Ausverkaufs von Grund und Boden - Themen, die vor allem in den Ländern Salzburg und Tirol von eminenter Bedeutung waren. Am 20. Februar 1991 beantragte die ÖVP-Landtagsfraktion die Einrichtung eines Salzburger EG-Büros in Brüssel.³²

Auf Antrag der ÖVP vom 15. Mai 1991 wurde ein Europa-Integrationsausschuss des Landtages eingerichtet³³, der in der Sitzung vom 7. Juli 1993 konstituiert

wurde. Die Bedeutung, die diesem Ausschuss zugemessen wurde, zeigt die hochrangige Besetzung durch die ÖVP: Klubobmann Schausberger, sein Stellvertreter Georg Griessner, Bauernbunddirektor Hans Karl und Gottfried Nindl vom Wirtschaftsbund. Auch alle anderen Fraktionen entsandten ihre Klubvorsitzenden.³⁴

Die ÖVP beantragte im Landtag, die Einrichtung eines Salzburger EG-Büros in Brüssel (eventuell gemeinsam mit einem anderen Bundesland) zu prüfen.³⁵ Natürlich war für die ÖVP die Existenzsicherung der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft nach dem EG-Beitritt ein besonderes Anliegen, weshalb sie sich schon rechtzeitig für eine Optimierung der Förderungsmaßnahmen einsetzte.³⁶

Bei der Salzburger Landtagswahl 1994 spielten EU-relevante Themen offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle für die Wahlentscheidung. Es waren also keinesfalls – im Vorfeld der Volksabstimmung – EU-Testwahlen. Im März 1994 standen in Salzburg 58 Prozent Befürwortern 22 Prozent EU-Skeptiker bzw. Gegner gegenüber, vorwiegend Wechsel- und Grünwähler. Am 12. Juni 1994 stimmten dann 66,6 Prozent der Salzburger für einen EU-Beitritt, 33,4 Prozent dagegen.³⁷

Transitverkehr – ein europäisches Problem

In den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts kam es in der Verkehrspolitik Salzburgs zunehmend zu einem Paradigmen-

wechsel. Die früher angestrebte Anbindung an die Verkehrsströme Europas wurde – zumindest was die Straßen und Autobahnen betraf – zunehmend als gravierender Nachteil angesehen, man sprach immer mehr vom „Durchhaus Europas“ und vom „größten Parkplatz Europas“. Die prognostizierten horrenden Zunahmen des alpenüberquerenden Transitverkehrs, von dem vor allem die Transitländer Tirol und Salzburg betroffen werden würden, schienen durch den angestrebten Beitritt Österreichs zur EG noch weiter verschärft zu werden.

Salzburg musste darauf achten, gegenüber Tirol, das schon wesentlich früher mit der Bewusstseinsbildung und den Protesten begonnen hatte, nicht ins Hintertreffen zu geraten. Verkehrseinschränkende Maßnahmen auf der Inntal- und Brennerautobahn mussten gleichzeitig auch für die Tauernautobahn verfügt werden, weil sich sonst der Verkehr auf die Tauernautobahn verlagert hätte. Am 30. Jänner 1988 beschloss die Salzburger Landesregierung einstimmig, den Bau der zweiten Tunnelröhren auf der Tauernautobahn abzusagen und einigte sich stattdessen auf ein 17-Punkte-Umweltschutzpaket.³⁸

Im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt Österreichs hegten alle Salzburger Parteien starke Befürchtungen, dass durch die Verkehrsfreiheit der Nord-Südverkehr vor allem den Alpenraum vor größte Probleme stellen würde. Das Transitproblem an sich war unabhängig vom EG-Beitritt, da der Verkehr über die Brenner- und

Tauernautobahn generell enorm zugenommen hatte. Allerdings wurde das Problem insofern besonders aktuell, weil man noch vor dem Beitritt einen Transitvertrag mit der EG ausverhandeln wollte. Darin sollte das sogenannte „Verursacherprinzip“ verankert werden, es sollten alle Fahrzeuge, die nicht den strengen österreichischen Abgasnormen entsprachen, ab 1995 auf den heimischen Transitstrecken verboten werden.

Innerösterreichisch forderte die Salzburger ÖVP eine gesamtösterreichische Plafonierung für den Transit-Schwerverkehr und eine Gleichbehandlung der Tauernautobahn mit der Brennerautobahn.³⁹ Alle politischen Parteien wurden im Landesparlament zu diesem Thema aktiv, die ÖVP brachte im Landtag einen umfassenden Antrag betreffend den Transitverkehr im Land Salzburg ein.⁴⁰ Sie verwies darauf, dass die Schweiz bereits seit langem einen beträchtlichen Teil des Güterverkehrs auf ihrem Territorium unterbunden habe. Die Folge waren Extrembelastungen auf der Brennerroute in Tirol und an der Tauernautobahn durch Salzburg, vor allem durch Lärm- und Schadstoffemissionen. Die Alpenregionen mussten Verkehrsinvestitionen tätigen, die auf Grund eines Exportbedarfs notwendig wurden, der weit außerhalb des Alpenraums seinen Ursprung hatte. Die Grenze der Belastbarkeit sowohl in Tirol als auch in Salzburg war erreicht worden. Tirol hatte begonnen, sich wesentlich aggressiver gegen die Transitbelastung zu wehren, etwa durch die Forderung nach dem Nachtfahrverbot

auf der Autobahn, während Salzburg eher zurückhaltend war und die Gefahr bestand, dass es zum schwächsten Glied unter den vom Transitverkehr belasteten Ländern werden würde. Die ÖVP im Salzburger Landtag forderte kurz nach der Landtagswahl im Mai 1989 eine koordinierte Vorgangsweise aller vom Transitverkehr betroffenen Bundesländer, eine Vorsprache einer Delegation der Landesregierung und des Landtages bei den Ministern für Wirtschaft und Verkehr sowie Umwelt, die Einführung einer für Umweltschutzmaßnahmen zweckgebundenen „Ökomaut“ auf der Tauernautobahn, eine Vorsprache der Länder mit dem österreichischen Außenminister bei der EG, strenge Abgas- und Lärmvorschriften, den raschen Ausbau der Schieneninfrastruktur zur Verlagerung des Transportaufkommens auf die Schiene, Flüsterasphalt und die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen auf der TAB sowie die ehestmögliche Einführung von Tempo 100 für PKWs, 80 für Busse und 60 für LKWs auf der gesamten TAB im Bereich des Landes Salzburg.

Am 18. Juli 1989 kam es in München zu einer Aussprache von Klubobmann Schausberger mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück und dem CSU-Landeschef Theo Waigel über die Transitfragen, die zu Spannungen zwischen beiden Ländern geführt hatten. Durch die Einführung des LKW-Nachtfahrverbotes in Österreich erwartete man auf bayrischer Seite große Probleme in den Rückstauzonen vor den Grenzen.

Die Lösung des Transitproblems sei keine Angelegenheit zwischen Bayern und Salzburg bzw. Österreich, sondern könne nur in Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften entschärft werden, erklärten die Gesprächspartner. Nach der Salzburger Entscheidung gegen den Bau einer zweiten Tunnelröhre auf der TAB werde Bayern voraussichtlich auf einen Ausbau der Autobahn Rosenheim-Salzburg auf sechs Fahrstreifen verzichten, erklärte Glück, kündigte aber den Ausbau der Eisenbahnstrecke München-Mühldorf-Salzburg an.⁴¹

Am 20. Februar 1991 legte die ÖVP in einer Aktuellen Stunde im Landtag zum Thema „Transitverkehr“ ihre Position nochmals klar:

1. Die Fragen des Transitverkehrs hängen auch, aber nicht nur mit dem EG-Beitritt zusammen;
2. Durch den Tourismus und den internationalen Handel hat der Transitverkehr für Salzburg unerträgliche Ausmaße angenommen;
3. Die Transitvertragsverhandlungen müssen unabhängig und vor einem EG-Beitritt Österreichs abgeschlossen werden und mindestens 20 Jahre Geltung haben;
4. Ein solcher Vertrag muss eine österreichweite Plafonierung für den Transitschwerverkehr beinhalten;
5. Eine Begrenzung des Transitschwerverkehrs kann nicht nur für die Brennerautobahn gelten, sie muss auch die Tauernautobahn einbeziehen;
6. Festlegung fixer Zeitpunkte für die



Das Transitabkommen wird unterschrieben: Im Bild v.l. die Landeshauptleute Alois Partl, Hans Katschthaler und Luis Durnwalder mit LHStv. Arno Gasteiger

- Einführung der strengen österreichischen Standards für LKWs und PKWs für den Raum der EG;
- 7. Einführung des Grundsatzes der Kostenwahrheit und Harmonisierung der Kostenstruktur nach den österreichischen Transitstrecken;
- 8. Faire Wettbewerbschancen für die österreichische Verkehrswirtschaft;
- 9. Unterstützung seitens der EG für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn bzw. für den Ausbau des kombinierten Verkehrs;
- 10. Einiges und gemeinsames Auftreten gegenüber der EG.⁴²

Am 1. Dezember 1989 wurde in Österreich ein Nachtfahrverbot für nicht lärmarme LKWs von über 7,5t auf den

Autobahnen A8, A9, A10, A12, A13, A14 eingeführt. Für lärmarme LKWs wurde die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h festgesetzt. Sechs Jahre später wurde das Nachtfahrverbot auf ganz Österreich ausgeweitet. Am 21. August 1992 ratifizierte Österreich den Transitvertrag mit der Europäischen Union, der am 1. 1. 1993 in Kraft trat und den Transitverkehr auf Straße und Schiene regelte.⁴³ Am 1. Jänner 1993 wurde das Ökopunktesystem eingeführt, wonach sofort jeder LKW über 7,5t im Transitverkehr durch Österreich eine bestimmte Anzahl an Ökopunkten, die dem Wert seiner Stickoxidemissionen entsprach, benötigte. Am 1. Jänner 1995 wurde schließlich eine fahrleistungsunabhängige Maut (Straßenbenützungsab-

gabe) für Kraftfahrzeuge von über 12 t eingeführt.⁴⁴

„Ausverkauf“ von Grund und Boden durch den EG-Beitritt

Die mit dem EG-Beitritt verbundenen Verkehrsfreiheiten lösten bei der ÖVP große Sorge über einen möglichen Ausverkauf von Grund und Boden an Bürger von EG-Ländern, insbesondere an Interessenten aus Deutschland, aus. Auch hier war es wieder ÖVP-Landtagspräsident Helmut Schreiner, der auf eine (EG-konforme) Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen drängte. Man befürchtete allgemein, dass nach dem EG-Beitritt ein Run zahlungskräftiger deutscher Staatsbürger auf Salzburger Immobilien einsetzen werde. Im Zuge einer umfassenden Novellierung des Salzburger Raumordnungsgesetzes sah der ÖVP-Landtagsklub die Chance, durch ein „Salzburger Modell“ von zivilrechtlichen Verträgen zwischen Gemeinden und Grundbesitzern der Gefahr des Ausverkaufs entgegenwirken zu können.⁴⁵

Der WEB-Bautreuhand-IMMAG-Skandal

Der Beginn der Legislaturperiode 1989 bis 1994 war einschneidend geprägt von einem der größten Wirtschaftsskandale der Zweiten Republik in Österreich, dem WEB-Bautreuhand-IMMAG-Skandal. Die WEB-Gruppe begann 1975 damit, sogenannte Hausanteilsscheine als Anlageprodukte anzubieten, wobei den Anle-

gern hohe Renditen versprochen wurden. Nach außen stellte sich der Konzern als solide Unternehmensgruppe dar, wozu ein dichtes Geflecht an Verbindungen zu Banken und Politik beitrug. Einer der Gründer der WEB war Ex-ÖVP-Landtagspräsident Hans Zyla. Das Unternehmen schien aber bereits Ende 1983 zahlungsunfähig gewesen zu sein. Durch ein Moratorium stundeten die Regionalbanken Sparkasse, Raiffeisen und Hypo bis Mitte 1985 Rückzahlungen von 600 Millionen Schilling. Es wurden Tausende Anleger geworben, mit deren Geld alte Ansprüche abgedeckt wurden.

Ab 1988 mehrten sich die Warnungen, dass der Immobilienkonzern um WEB, Bautreuhand und IMMAG seine Zusagen gegenüber Anlegern nicht mehr erfüllen könne. Durch eine Strafanzeige der Salzburger Arbeiterkammer am 28. Juni 1989 gegen Eigentümer und Manager wegen Betrugs und Untreue wurde das Kartenhaus zum Einsturz gebracht. Es entstand ein Schaden in der Höhe von 167 Millionen Euro.⁴⁶ Wegen der engen Verflechtungen mit der Politik, speziell mit der Landespolitik, wurde der Skandal zu einem landespolitischen Thema, in dessen Verlauf Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Radlegger (SPÖ) wegen seiner persönlich engen, freundschaftlichen Beziehungen zu einem der einflussreichsten Manager sowie später der Salzburger Bürgermeister Josef Reschen (SPÖ) von ihren Ämtern zurücktraten.

Ein Untersuchungsausschuss wurde gebildet. Seitens der ÖVP nahmen die Ab-

geordneten Michael Neureiter und Wolfgang Gmachl die schwierige und zeitraubende Arbeit auf sich. Die ÖVP war in keiner einfachen Ausgangsposition, standen doch einige der Verantwortlichen in der WEB der ÖVP sehr nahe. Nach einem Jahr Tätigkeit und 126 Stunden Tagungszeit endete der Untersuchungsausschuss, ohne sich auf einen gemeinsamen Ausschussbericht zu einigen. Jede der Landtagsparteien legte ihren eigenen Bericht vor, allerdings einigte man sich auf eine gemeinsame Liste von Schlussfolgerungen.

ÖVP-Abgeordneter Neureiter sprach in seinem Schlussbeitrag von einem Wirtschaftsskandal, der in die Landespolitik reichte, und konnte darauf hinweisen, dass von den anfangs erhobenen, gravierenden Vorwürfen Richtung ÖVP betreffend Parteienfinanzierung de facto nichts übrig geblieben war. Bei diesem Skandal handle es sich „um einen Synergismus, ein Zusammenwirken von Charme und Beziehungen, um ein Zusammenfallen von Kontaktfähigkeit und juristischer Spitzfindigkeit, wozu Systemmängel, unzureichendes Durchgreifen und übermäßige Rücksichtnahme kamen“, fasste Neureiter zusammen.⁴⁷

In weiterer Folge kam es nach schwierigen Verhandlungen zu einer von ÖVP und FPÖ gegen den heftigen Protest der SPÖ beschlossenen Neuordnung der Salzburger Wohnbauförderung. Die ÖVP drängte auf eine Umstellung von der Objekt- auf die Subjektförderung, d. h. die finanzielle Förderung für Eigen-

heime und Eigentumswohnungen sollte in Zukunft grundsätzlich an den Käufer und nicht wie bisher an die Wohnbaugenossenschaften gehen. Damit wollte man dem Bürger die freie Wahl des Bauträgers erleichtern und auch den Parteeinfluss auf die Wohnbauförderung wesentlich erschweren.⁴⁸

Damit wurde im Herbst 1990 mehrheitlich ein Wohnbauförderungsgesetz gegen den Willen des in der Landesregierung dafür zuständigen Regierungsmitglieds Gerhard Buchleitner beschlossen, der sogar mit seinem Rücktritt drohte, davon aber letztendlich doch wieder Abstand nahm. Das neue Salzburger Wohnbauförderungsgesetz ging nun von den fixen Quoten von 50 Prozent für den gemeinnützigen Wohnbau ab und sah eine Verteilung der Mittel nach dem Bedarf der Wohnungssuchenden vor. Die SPÖ-Fraktionsvorsitzende Ricky Veichtlbauer sah das Salzburger Klima „schon auf dem Sterbebett“.⁴⁹

„Clubgespräche“ – (inter)nationaler Gedankenaustausch

Um über das landesparlamentarische Tagesgeschäft hinaus auch grundsätzliche und internationale, europäische Fragen zu diskutieren, führte ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger ab 1991 die sogenannten „Clubgespräche“ in der Villa Schmederer in Salzburg-Parsch ein. Erster Referent war der Passauer Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter, es folgte der CDU-Vorsitzende im neuen sächsischen Landtag, Prof. Herbert Gollasch. Weitere Referenten waren etwa

der CDU-Fraktionsvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Joachim Auer, der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayrischen Landtag, Alois Glück, der Politikwissenschaftler und ÖVP-Klubobmann im Nationalrat, Heinrich Neisser, der dänische Grundverkehrsexperte Anders Torbøl, der junge Dirigent Franz Welser-Möst und der bekannte Soziologe Ralf Dahrendorf.

Informationsreisen des ÖVP-Klubvorstands in die neuen Staaten Osteuropas.

Zur Gewinnung unmittelbarer Eindrücke und Kenntnisse über die nach

dem historischen Zusammenbruch des „Eisernen Vorhangs“ entstandenen neuen Staaten reisten die Mitglieder des Vorstands des ÖVP-Landtagsklubs in verschiedene Länder des früheren Ostblocks. Vor allem wurden Kontakte aufgenommen mit Vertretern der neu entstandenen bzw. im Entstehen begriffenen christdemokratischen Parteien. Diese Reisen führten etwa nach Prag, Lemberg, St. Petersburg, Budapest⁵⁰.

Zusammenfassung

Betrachtet man die Jahre, in denen Dr. Hans Katschthaler Landeshauptmann von Salzburg war, so muss man feststellen,

Der Klubvorstand der ÖVP-Landtagsfraktion anlässlich seiner Reise nach Russland am 8. Juli 1994 beim damaligen Stellvertretenden Bürgermeister von St. Petersburg, Wladimir Putin. V.l. Bertl Embberger, Wolfgang Haunsberger, Hans Lienbacher, Georg Griessner, Landtagspräsident Helmut Schreiner, Vizebürgermeister Wladimir Putin, Klubobmann Franz Schausberger, Klubsekretär Hubert Weinberger, Mitarbeiter von Putin



dass sie von einem signifikanten „Klima-
wechsel“ der Politik begleitet waren.
Diese Veränderungen hatten ihre Ursa-
chen außerhalb und innerhalb Salzburgs:

1. Internationale und europäische Ent-
wicklungen, wie etwa die Vorberei-
tungen auf den EG-Beitritt und die
historischen Veränderungen in Ost-
und Südosteuropa und ihre Auswir-
kungen auf Salzburg;
2. Zunehmende Unberechenbarkeit von
SPÖ und FPÖ und deren Versuch, Re-
gierung und Opposition in einem zu
sein;
3. Konfrontation mit einer neuen, grü-
nen Landtagspartei, die sich als fun-
damentale Opposition versuchte.

Vor allem im Zusammenhang mit den
Vorbereitungen auf den Beitritt Öster-
reichs zur EG entwickelte gerade der
Salzburger Landtag ein stärkeres Selbst-
bewusstsein, wobei dies vor allem mit
den Vorschlägen und Vorstößen von
Landtagspräsident Helmut Schreiner
und des ÖVP-Landtagsklubs in Land
und Bund zusammenhing. Bundespoli-
tische Einflüsse wirkten stark auf die
Landespolitik und auch auf das Gesche-
hen im Salzburger Landesparlament.
Anders als in den siebziger und Anfang
der achtziger Jahre hatte die Landes-
ÖVP ihren Oppositionsbonus gegenüber
der Bundespolitik verloren, war doch die

ÖVP auf Bundesebene seit 1987 wieder
in großkoalitionärer Regierungsverant-
wortung und zwar als Juniorpartner, der
unpopuläre Politik voll mittragen
musste. Die ÖVP-Salzburg, insbeson-
dere der ÖVP-Landtagsklub, ersetzte die
föderale Oppositionspolitik durch ver-
stärkte Kritik an der Bundespartei.

Die politische Mobilität stieg gerade in
Salzburg beträchtlich an, neue Gruppen
wie etwa die grün-alternativen hatten
Chancen, in die Vertretungskörper ge-
wählt zu werden. Der bisher nie dage-
wesene politische Populismus des Jörg
Haider brachte seiner Partei auch bei den
Landtagswahlen z. T. enorme Gewinne.
Seine Epigonen versuchten so recht und
schlecht, den Spagat zwischen opposi-
tionellem Populismus und Regierungs-
beteiligung zu schaffen.

Die Salzburger SPÖ bemühte sich, ihr
durch innerparteiliche Turbulenzen
schlingerndes Parteischiff durch Profilie-
rung auf Kosten des „Salzburger Klimas“
wieder zu stabilisieren, und die grüne
Bürgerliste fuhr konsequent den Kurs der
Fundamentalopposition. Zwischen all die-
sen zentrifugalen Kräften im Salzburger
Landtag einigermaßen die Stabilität der
Landespolitik aufrechtzuerhalten, war die
schwierige und unbedankte Aufgabe der
ÖVP-Landtagsfraktion.

Anmerkungen

- ¹ Der Verfasser dieses Beitrags war als
Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs
einer der Hauptakteure in diesem Zeit-
raum. Er weist daher darauf hin, dass die
historische Beurteilung der politischen
Vorgänge auch subjektive Färbungen be-
inhalten kann.
- ² Vgl. Bundeszentrale für politische Bil-
dung: Fraktion. [http://www.bpb.de/nach-
schlagen/lexika/handwoerterbuch-politi-
sches-system/40415/fraktion?p=all](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40415/fraktion?p=all)
(Abgerufen am 18. 1. 2013).
- ³ Salzburger Landeszeitung. Nr. 30/ 1990.
S. 5.
- ⁴ Die ÖVP verlor 6,2 Prozentpunkte und drei
Landtagsmandate (nunmehr 16), die SPÖ
verlor 3,9 Prozentpunkte und ein Mandat
(nunmehr 12) – ihr bis dahin schlechtestes
Landtagswahlergebnis. Die großen Gewin-
ner waren die Freiheitlichen, die ihren
Stimmenanteil von 8,7 Prozent auf 16,4
Prozent fast verdoppeln konnten und zwei
Mandate zu ihren bisherigen vier dazu ge-
wannen. Erstmals zog in den Landtag die
grün-alternative Bürgerliste mit zwei Ab-
geordneten ein. Vgl. dazu: Herbert Dachs:
„Denkzettel“ oder Trend? In: Herbert
Dachs, Roland Floimair (Hg.): Salzburger
Jahrbuch für Politik 1989. Salzburg 1989.
S. 9 – 31.
- ⁵ Vgl. Franz Schausberger: Das politische
Umfeld des 31. Landesparteitages der
Salzburger ÖVP. In: Franz Schausberger,
Friedrich Steinkellner: Politik, wie wir sie
brauchen: Offen, ehrlich, konsequent. 31.
a. o. Landesparteitag der Salzburger Volks-
partei. 19. November 1989. Salzburg 1991.
S. 7 ff.

- ⁶ Vgl. Salzburger Tagblatt. 25. 6. 1990.
- ⁷ Vgl. Salzburger Volkszeitung. 23. 5. 1990.
- ⁸ Roland Floimair (Hg.): Landshaushalt
1991. Salzburg Dokumentationen Nr. 103.
Salzburg 1991. S. 39 (Erklärung von
ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger).
- ⁹ Vgl. Herbert Dachs: Salzburgs Parteien –
Zwischen Berg und Tal. In: Herbert
Dachs, Christian Dirninger, Roland Floi-
mair (Hg.): Übergänge und Veränderun-
gen. Salzburg vom Ende der 1980er-Jahre
bis ins neue Jahrtausend. Wien, Köln,
Weimar 2013. S. 138 f.
- ¹⁰ ÖVP-Klubobmann Dr. Franz Schausber-
ger: Die parlamentarische Demokratie
stärken! In: Roland Floimair (Hg.): Land-
tagswahl 1994. Ergebnisse – Analysen –
Auswirkungen. Salzburg Dokumentatio-
nen Nr. 110. Salzburg 1994. S. 151.
- ¹¹ Vgl. ÖVP-Klubobmann Dr. Franz Schaus-
berger: Die parlamentarische Demokratie
stärken! In: Roland Floimair (Hg.): Land-
tagswahl 1994. Ergebnisse – Analysen –
Auswirkungen. Salzburg Dokumentatio-
nen Nr. 110. Salzburg 1994. S. 153 und S.
155.
- ¹² Franz Schausberger: Die Verfassung von
1921 – ein Kompromiss. In: Roland Floi-
mair (Hg.): 70 Jahre Salzburger Landes-
verfassung. Dokumentation der
Festsitzung. Salzburg Dokumentationen
Nr. 104. Salzburg 1991. S. 26.
- ¹³ Vgl. Protokoll der 3. Sitzung des Salzbur-
ger Landtages der 5. Session der 10. Ge-
setzgebungsperiode vom 15. Dezember
1992. S. 290.
- ¹⁴ Vgl. Franz Schausberger: Politischer Kon-
sens als Grundlage unserer demokratischen
Republik. In: Roland Floimair (Hg.): 75
Jahre Republik Österreich. Salzburg Dis-

- kussionen Nr. 20. Salzburg 1994. S. 79.
- ¹⁵ Vgl. Herbert Dachs: „Es wird kein Stein auf dem anderen bleiben...“? In: Herbert Dachs, Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 1995. Salzburg 1995. S. 49.
- ¹⁶ Vgl. Franz Schausberger: Vom Proporz zum Mehrheitssystem – ein historischer Aufriss. In: Franz Schausberger (Hg.): Vom Regierungsproporz zur Konkurrenz. Die Reform der Salzburger Landesverfassung 1998. Wien 1999. S. 24 – S. 35.
- ¹⁷ Vgl. Salzburg Krone. 12. 5. 1995. S. 11. Schließlich wurde Karl Schnell 1997 in Folge der sogenannten „Datenklau-Affäre“ auf Grund eines Misstrauens-Antrags der SPÖ, der auch die Unterstützung der ÖVP-Fraktion erhielt, als Landesrat abgewählt. Vgl. Franz Schausberger: Vom Proporz zum Mehrheitssystem – ein historischer Aufriss. In: Franz Schausberger (Hg.): Vom Regierungsproporz zur Konkurrenz. Die Reform der Salzburger Landesverfassung 1998. Wien 1999. S. 32 f.
- ¹⁸ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die ÖVP-Landtagsfraktion 1994 vehement die Schaffung des Guggenheim Museums nach den Plänen von Architekt Hollein forderte und zwar mit dem wesentlichen Argument, dass nicht alle großen internationalen Kultureinrichtungen in der Bundeshauptstadt situiert sein sollten. Landeshauptmann Katschthaler lehnte das Projekt später ab. Vgl. ÖVP-Klubobmann Dr. Franz Schausberger: Die parlamentarische Demokratie stärken! In: Roland Floimair (Hg.): Landtagswahl 1994. Ergebnisse – Analysen – Auswirkungen. Salzburg Dokumentationen Nr. 110. Salzburg 1994. S. 152.
- ¹⁹ Vgl. etwa Franz Schausberger: Leistungen dieser Legislaturperiode. In: Salzburger Volkszeitung. 23. 2. 1994. S. 14.
- ²⁰ Vgl. Walter Scherrer: Salzburgs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik 1989 – 2004: Herausforderungen und strategische Reaktionen. In: Herbert Dachs, Christian Dirninger, Roland Floimair (Hg.): Übergänge und Veränderungen. Salzburg vom Ende der 1980er-Jahre bis ins neue Jahrtausend. Wien, Köln, Weimar 2013. S. 369 – 376.
- ²¹ Vgl. Protokoll der 8. Sitzung des Salzburger Landtages der 3. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 3. 7. 1991. S. 1200 ff.
- ²² Vgl. Franz Schausberger: Föderalismus und Länderrechte. S. 376.
- ²³ Vgl. Salzburger Volkszeitung. 2. 7. 1990.
- ²⁴ Vgl. Protokoll der 7. Sitzung des Salzburger Landtages der 5. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 7. Juli 1993, S. 1129 f.
- ²⁵ Franz Schausberger: Politischer Konsens als Grundlage unserer demokratischen Republik. In: Roland Floimair (Hg.): 75 Jahre Republik Österreich. Salzburg Diskussionen Nr. 20. Salzburg 1994. S. 83.
- ²⁶ Vgl. Werner T. Bauer: Die österreichische Staatsreform. Entwicklung und Stand der politischen Positionen. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. 2003. S. 3. <http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/Bundesstaatsreform.pdf> (Abg. am 2. 2. 2013).
- ²⁷ Landtagspräsident Prof. Dr. Helmut Schreiner: Seit 25 Jahren im Landtag und kein bisschen müde. In: Landtag aktuell. 2/1995. S. 5.
- ²⁸ Vgl. Franz Schausberger: Föderalismus und Länderrechte – Ein Problem im Zuge eines österreichischen EG-Beitritts? In: Andreas Khol u. a. (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991. Wien 1992. S. 365.
- ²⁹ Vgl. Christian Laireiter: Länderbeteiligung und EG-Beitritt unter besonderer Berücksichtigung des Landes Salzburg. In: Herbert Dachs, Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 1993. Salzburg 1993. S. 80 f.
- ³⁰ Vgl. ÖVP-Landtagsklub: Landtag aktuell. Halbzeitbilanz-extra. Nr. 2-3/ 1991. S. 2.
- ³¹ Vgl. Protokoll der 6. Sitzung des Salzburger Landtages der 4. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 8. Juli 1992. S. 1002 – 1005.
- ³² Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Salzburger Landtages der 3. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 20. Februar 1991. S. 621. Nr. 309 der Beilagen.
- ³³ Vgl. Protokoll der 7. Sitzung des Salzburger Landtages der 3. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 15. Mai 1991. S. 971. Nr. 495 der Beilagen.
- ³⁴ Vgl. Protokoll der 7. Sitzung des Salzburger Landtages der 5. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 7. Juli 1993, S. 1123 f.
- ³⁵ Vgl. Nr. 309 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages, 3. Session der 6. Gesetzgebungsperiode.
- ³⁶ Vgl. Nr. 608 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages, 3. Session der 6. Gesetzgebungsperiode.
- ³⁷ Vgl. Herbert Dachs: „Es wird kein Stein auf dem anderen bleiben...“? In: Herbert Dachs, Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 1995. Salzburg 1995. S. 43.
- ³⁸ Vgl. Gerhard Lindinger: Salzburg auf dem Weg zum „Durchhaus Europas“? In: Herbert Dachs, Roland Floimair (Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 1989. Salzburg 1989. S. 167, S. 172, S. 175 und S. 178.
- ³⁹ Vgl. ÖVP-Landtagsklub: Landtag aktuell. Halbzeitbilanz-extra. Nr. 2-3/1991. S. 4.
- ⁴⁰ Vgl. Nr. 25 der Beilagen, 1. Session, 10. Gesetzgebungsperiode.
- ⁴¹ Vgl. Salzburger Nachrichten, 19. 7. 1989.
- ⁴² Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Salzburger Landtages der 3. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 20. Februar 1991. S. 685.
- ⁴³ Zum Transitvertrag vgl. Richard Hussl: Brennpunkt Transit. In: Forum Politische Bildung (Hg.): Wie viel Europa? Österreich, Europäische Union, Europa. Innsbruck, Wien 2005. S. 31 f.
- ⁴⁴ Vgl. Marlene Zall: Transitverkehrspolitik in Österreich. In: Verkehrsjournal 02/10. <http://www.verkehrsjournal.at/cms.asp?editionId=18&articleId=124&action=artikel> (Abgerufen am 20. 1. 2013).
- ⁴⁵ Vgl. ÖVP-Landtagsklub: Landtag aktuell. Halbzeitbilanz-extra. Nr. 2-3/1991. S. 9.
- ⁴⁶ Vgl. <http://www.salzburg.com/wiki/index.php/WEB-Prozess> (Abgerufen am 25.1. 2013).
- ⁴⁷ Protokoll der 9. Sitzung des Salzburger Landtages der 2. Session der 10. Gesetzgebungsperiode vom 4. Juli 1990. S. 1184.
- ⁴⁸ Vgl. Salzburger Landeszeitung. Nr. 31./1989. S. 5.
- ⁴⁹ Herbert Dachs: Salzburgs Parteien – Zwischen Berg und Tal. In: Herbert Dachs, Christian Dirninger, Roland Floimair (Hg.): Übergänge und Veränderungen. Salzburg vom Ende der 1980er-Jahre bis ins neue Jahrtausend. Wien, Köln, Weimar 2013. S. 132 f.
- ⁵⁰ Vgl. Franz Schausberger: Lokalaugen-schein in Ungarns Parlament. In: Salzburger Volkszeitung. 28. 12. 1989. S. 9

Föderalismus zwischen Bund und Ländern

Martin Purtscher, ehem. Landeshauptmann von Vorarlberg

Salzburg ist ein Gesamtkunstwerk. Hans Katschthaler war es auf seine Art auch: gebildeter Humanist, nüchterner Finanzchef, beliebter Landesvater und auch Buchautor. Dies auch zu einem Thema, das Österreichs Innenpolitik seit Gründung der Republik in Wellenbewegungen beschäftigt - der Föderalismus. Mit Fug und Recht gab er seinem 1998 präsentierten Buch den Titel „Föderalismusstreit zwischen Bund und Ländern in Österreich“. Es war Ausdruck besonderer freundschaftlicher Verbundenheit, dass er das Buch mir widmete. Hier meine Dankadresse von damals:

„Mehr Bundesstaatlichkeit ist das berechnete Anliegen der Föderalisten seit der Republikgründung, die zwar als Bundesstaat konstruiert wurde, jedoch mit stark zentralistischer Prägung. Die Forderung nach Stärkung des Föderalismus gleicht einer Odyssee. Kleinen Zugeständnissen standen und stehen immer wieder Verfassungsänderungen zu Lasten der Länder gegenüber. Die Länder waren es, die 1918 den „Bundesstaat Österreich“ gegründet und 1945 wieder gegründet haben. Und die Landeshauptleute waren es, die im Oktober 1987 die Vollmitgliedschaft Österreichs in der Europäischen



Die Präsentation von Hans Katschthalers Buch „Föderalismusstreit zwischen Bund und Ländern in Österreich“: v.l. Landeshauptmann a.D. Martin Purtscher, Landtagsdirektor Karl Edtstadler, Friederike Lechner, Hans Katschthaler, Friedrich Steinkellner und Landtagspräsident Helmut Schreiner

Gemeinschaft forderten, als die Bundesregierung noch von einem „global approach“ philosophierte, um schließlich eineinhalb Jahre später mit dem berühmten Brief nach Brüssel schließlich doch den Beitrittsantrag zu stellen.

Namhafte Verfassungsrechtler hegten über den bundesstaatlichen Charakter Österreichs Zweifel. Von Vizekanzler Josef Riegler wurde schon in den Achtzigerjahren eine Expertenkommission konstituiert, die einen 549 Seiten starken Abschlussbericht über eine umfassende Neuordnung der Kompetenzverteilung vorlegte. Dies führte nach jahrelangen Verhandlungen 1992 zum Paktum von Perchtoldsdorf. Wir Landeshauptleute sahen die historische Chance, die durch den EU-Beitritt entstehenden Einbußen von Länderkompetenzen durch eine echte Strukturreform zu kompensieren.

Hans Katschthaler hat sich um die Durchsetzung dieses Versprechens in besonderem Maß Verdienste erworben. Meine bittere Erkenntnis aus der wohl größten zeitlichen und emotionalen Anstrengung für die Bundesstaatsreform – neben dem EU-Beitrittsthema: Die zentralistischen Kräfte in der Bürokratie des Bundes und – beim Scheitern des Paktums wurde es evident – die parlamentarischen Klubs der SPÖ, der Liberalen und der Grünen lehnten jegliche Reform zu Gunsten der Länder ab.

Bereits bei der Überreichung des nach zweijährigen Verhandlungen über die Textierung des Paktums gestellten An-

trages an den Nationalrat – von der Bundesregierung beschlossen – zeigte sich die ablehnende Haltung im Präsidium des Nationalrats. Dem dringenden Ersuchen nach Behandlung noch vor der Sommerpause aus der Erwartung, dass nach der im Herbst fälligen Nationalratswahl die Verfassungs-Mehrheit der Koalition nicht mehr gegeben sein dürfte, standen Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer und die Dritte Präsidentin Dr. Heide Schmidt ablehnend gegenüber. Nur der Zweite Nationalratspräsident Robert Lichal unterstützte den Antrag. Die Ausschuss-Behandlung erfolgte erst nach den Nationalrats-Wahlen, wobei die Grünen vereint mit SPÖ und Liberalen die Reform ins Gegenteil kehrten. Die Landeshauptleutekonferenz konnte diesen Entwurf nur einmütig ablehnen.

Die Zentralisten behaupten, dass sich das kleine Österreich den „kostspieligen Bundesstaat“ nicht leisten könne. Die kleinere Schweiz mit fast dreimal so viel Kantonen hat 11 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen bei den Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Gemeinden –, Österreich 21 Prozent, Deutschland 15 Prozent.

Meine triste Erfahrung: Der Bund zeigt nur dann föderalistische Gesprächsbereitschaft, wenn er die Länder unbedingt braucht. So bei der Bundesverfassungsnovelle 1992, als der Bund für Beschlüsse zur europäischen Integration den Ländern und Gemeinden Informations- und Stellungnahme-Rechte sowie Vertretungsmöglichkeiten einräumte, oder

beim Konsultationsmechanismus, als der Bund den Ländern und Gemeinden zur Sicherung der Maastricht-Kriterien Zugeständnisse machen musste. Diese beiden föderalistischen, bescheidenen Lichtblicke der Neunzigerjahre verdanken wir der europäischen Gemeinschaft!

Mehr Föderalismus ist mehr Demokratie, mehr Bürgernähe, mehr Effizienz, mehr Kontrolle. Mehr Föderalismus bedeutet Teilung der Macht, und Teilung ist Mäßigung der Macht. Wie der amerikanische Soziologe Weber treffend analysiert, ist der Nationalstaat von heute für die Probleme der Gegenwart zu klein, für die Probleme der kleinen Einheiten aber zu groß. Der Nationalstaat verliert an Bedeutung durch Einbußen von Souveränitätsrechten an internationale Institutionen.

Die europäische Regional-Bewegung – die Versammlung der Regionen Europas

(VRE) – hat die Forderung nach Verankerung des Subsidiaritätsprinzips – des Grundgedankens des Föderalismus – in den EU-Verträgen sowie nach der Errichtung eines Ausschusses der Regionen erhoben. 1994 wurden diese Appelle mit dem Maastricht-Vertrag erfüllt. Das Subsidiaritätsprinzip findet man heute noch immer nicht in der österreichischen Bundesverfassung!

Hans Katschthaler hat den Leidensweg des österreichischen Föderalismus erlebt. Er war in allen Landeshauptleutenkonferenzen ein föderalistischer Bannerträger, ein glühender Europäer. Er wurde mit mir in Santiago de Compostela in den Vorstand der VRE gewählt, wir haben gemeinsam den „föderalistischen Jakobsweg“ über Jahre gegangen. Hans wurde Vizepräsident im Ausschuss der Regionen und wurde in die Regierungskonferenz 1996 zur Revision des EU-Vertrages berufen.“



Altlandeshauptleutetreffen in Salzburg. (v.l.) Gastgeber Helmut Schreiner (Landtagspräsident Salzburg), Alois Partl (Tirol), Josef Ratzenböck (Oberösterreich), Hans Katschthaler (Salzburg), Siegfried Ludwig (Niederösterreich), Josef Krainer (Steiermark) und Martin Purtscher (Vorarlberg)

Geburtsmatsinee für Landeshauptmann Hans Katschthaler zum 70. Geburtstag 2003, v.l. Josef Krainer, Alois Partl, Hans Katschthaler mit Ehefrau Brigitte, Martin Purtscher und Franz „Ferry“ Sauerzopf



Gestaltungswille und persönliches Engagement für ein Europa der Regionen

Andreas Kiefer

In seiner Antrittsrede vor dem Salzburger Landtag am 3. Mai 1989 bezeichnete Landeshauptmann Hans Katschthaler die Beantwortung der Frage, ob Österreich im Jahr 2000 in die Europäische Gemeinschaft eingebunden sein oder abseits der größten Wirtschaftsgemeinschaft der Welt stehen werde, als „die entscheidende Zukunftsaufgabe unseres Staates.“¹ Er präzisierte, dass es dabei auch um die föderalistischen Aspekte eines künftigen EG-Beitritts gehe. Für ihn standen nicht allein die wirtschaftlichen Aspekte der EG-Mitgliedschaft im Vordergrund. „Den Ländern muss das Recht eingeräumt werden, grenzüberschreitende Politik mitzugestalten“, formulierte der Landeshauptmann wörtlich² und unterstrich damit einen Schwerpunkt seiner Europapolitik, deren Tragweite zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar war.

Der Landeshauptmann verwies auf „Grundvoraussetzungen für einen allfälligen EG-Beitritt“. Aus Sicht der neuen Salzburger Landesregierung, der vier Vertreter der ÖVP, zwei der SPÖ und einer der FPÖ angehörten, lauteten diese:

- Die Aufrechterhaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs.
- Die Sicherstellung, daß es zu keinem „Ausverkauf“ von Grund und Boden kommt.

- Salzburg darf nicht zum Durchhaus des europäischen Transitverkehrs werden.
- Die Struktur der heimischen Landwirtschaft muß durch EG-konforme Regionalförderungen abgesichert werden.
- Der vergleichsweise hohe Standard des österreichischen Umweltschutzes und der hohe soziale Standard der Bevölkerung müssen erhalten bleiben.“³

In der Antrittsrede finden sich weiters Aussagen zur Vorbereitung der Wirtschaft auf den Binnenmarkt, der Wunsch nach Mitfinanzierung der EG am Ausbau der Transit-Eisenbahnstrecken, die Aufforderung an den Bund, an der Universität Salzburg Europarecht zu lehren sowie die Ankündigung, eine Koordinierungsstelle für EG-Fragen beim Amt der Landesregierung einzurichten.

Als Bekenntnis zum Gestaltungswillen und zum Föderalismus bekräftigte Hans Katschthaler, dass das Land Salzburg im Wissen um seine „historischen und gegenwärtigen Leistungen ... mit Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen und Zuversicht einen eigenständigen Platz und Rang in der Vielfalt Österreichs und Europas einnehmen“⁴ werde. Dies entsprach seinem Verständnis von Föderalismus, das die Übernahme von Verantwortung als elementaren Bestandteil der Subsidiarität verstand. Wie ernst diese Verantwortungsbereitschaft gemeint war,

zeigt das Vorhaben, eine Landesabgabe auf den Besuch von Spielbanken einzuführen. Dies wurde aber durch den Bund verhindert.⁵

Neue Dynamik ab Herbst 1989

Wenige Monate nach der Wahl der neuen Salzburger Landesregierung traten grundlegende Veränderungen im europäischen Umfeld und in der Weltpolitik ein. Der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch des Kommunismus, die Wiedervereinigung Deutschlands, der Weg vieler ost- und mitteleuropäischer Staaten in die Demokratie, kriegsrische Auseinander-

setzungen am Balkan, das Ansuchen Österreichs um Aufnahme in die EG sowie die politische Einigung über den Europäischen Wirtschaftsraum EWR prägten die Jahre 1989, 1990 und 1991. All das führte zu neuen Sichtweisen und zu einer neuen Dynamik in der österreichischen Politik – auch in der Landespolitik.

Das ursprüngliche Arbeitsprogramm der Landesregierung vom Mai 1989 wurde nach wenigen Jahren grundlegend um diese europäische Dimension erweitert. Für die zweite Hälfte der Regierungsperiode von Oktober 1991 bis März 1994 formulierte Hans Katschthaler als Ziel,



Staatspräsident Vaclav Havel hielt 1990 die Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele. Im Bild der Empfang am Flughafen, links im Bild der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Landeshauptmann Hans Katschthaler

im Zuge der europäischen Integration „die Eigenart und Eigenständigkeit Salzburgs zu erhalten ... die Beziehungen zu unseren Nachbarn in Europa auszubauen und vor allem uns in die Friedens- und Freiheitsgesellschaft Europas einzufügen“⁶. Dabei konnte die Landesregierung auf zahlreichen Weichenstellungen der ersten zweieinhalb Jahre aufbauen.

Das Klima in der Landesregierung in der ersten Halbzeit der Legislaturperiode ist als äußerst konstruktiv zu bezeichnen. Vom 3. Mai 1989 bis November 1991 trat die Landesregierung zu 38 Regierungssitzungen zusammen und fasste 1.515 Beschlüsse, davon 1.492 einstimmig. Die bevorstehende Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs am 12. Juni 1994 spielte auch im Landtagswahlkampf 1994 eine Rolle und Hans Katschthaler bezog klar Position. Die Antrittsrede zu seiner zweiten Amtszeit als Landeshauptmann am 2. Mai 1994 stellte Hans Katschthaler unter das Motto „Salzburg zum Qualitätszentrum der Regionen Europas entwickeln“⁷.

Vorbereitung auf den EU-Beitritt – Mitwirkungsrechte

Die europäischen Aktivitäten der Länder – siehe dazu gleich – ergänzten die innerstaatlichen Verhandlungen um die Mitwirkungsrechte der Länder an der Europapolitik des Bundes.⁸ Die Länder hatten 1987 – auf Initiative von Landeshauptmann Wilfried Haslauer – sowie 1990 in Resolutionen der Landeshauptleutekonferenzen vom 8. Juni und vom

23. November 1990 verfassungsrechtlich verankerte Mitwirkungsrechte in Fragen der europäischen Integration gefordert. Bundesstaatsreform und EU-Beitritt sollten im Gleichklang erfolgen, forderte Hans Katschthaler als Vorsitzender der Landeshauptmännerkonferenz nach einer Sitzung des Kleinen Komitees am 20. Dezember 1993.⁹

In einem „Memorandum des Landes Salzburg an die Bundesregierung“, überreicht am 22. Mai 1991 an Bundeskanzler Franz Vranitzky und Vizekanzler Josef Riegler, unterstützte Hans Katschthaler diese Positionen und führte aus, dass die „Verantwortlichen an der Spitze der Europäischen Gemeinschaft und in den Nationalregierungen“ erkennen müssten, dass „der fortschreitende Integrationsprozess in jeder seiner Phasen eine demokratische Legitimierung und Absicherung benötigt, welche auch die Ebene der Länder und Regionen umfassen muss. ... Hier hat die Region ihre Aufgabe und Berechtigung nach dem Grundsatz der Subsidiarität“¹⁰. Die Länderforderungen wurde durch die Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1992¹¹ sowie zwei Vereinbarungen nach Art. 15a B-VG¹² weitestgehend umgesetzt. Die Bundesstaatsreform selbst blieb jedoch nur Stückwerk¹³.

Integrationsrat und Mitwirkung des Landtages

Um allen politischen Kräften des Landes Zugang zu Informationen über den Verhandlungsstand über den Beitritt Öster-



Besuch im Bürgerbüro anlässlich der Eröffnung des „Euro-Info-Point“

reichs zur Europäischen Union zu ermöglichen, richtete Salzburg im Mai 1991 als erstes Bundesland einen Integrationsrat ein. Die konstituierende Sitzung fand am 13. Juni 1991 statt. Die Aufgabe war die Beratung der Landesregierung in allen Fragen der europäischen Integration, die den selbständigen Wirkungsbereich des Landes betrafen. Nach dem EU-Beitritt und nach der Schaffung eines eigenen Europa- und Integrationsausschusses durch den Salzburger Landtag und klaren Informationspflichten der Landesregierung an den Landtag wurde der Integrationsrat nach sieben Sitzungen durch Beschluss der Landesregierung vom 24. März 1995 aufgelöst.

In Salzburg wurde die Mitwirkung des Landtages an der Europapolitik eben-

falls verfassungsrechtlich¹⁴ abgesichert. Landtagspräsident Helmut Schreiner war die treibende Kraft dahinter, wenngleich die Abgeordneten ihre Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten nur in bescheidenem Ausmaß nutzen und die Europapolitik weitestgehend eine Domäne der Exekutive blieb.¹⁵ Anlässlich der Vorlage des Berichtes der Salzburger Landesregierung an den Landtag über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 25. Mai 1994 formulierte Hans Katschthaler die Grundsätze der Europapolitik des Landes Salzburg: „a) Sicherung und Ausbau der innerstaatlichen Mitwirkungsrechte der Länder b) Umfassende Information innerhalb des Landes c) Lobbying für Salzburg in Brüssel d) Stärkung des Regionalismus und Föderalismus auf europäischer Ebene

e) Nutzung der Vorteile des EU-Beitritts
f) Vermeidung von Nachteilen oder nachteiligen Auswirkungen durch den EU-Beitritt.“¹⁶

Der Landeshauptmann informierte den Landtag regelmäßig über seine europäischen Aktivitäten und die Arbeit der anderen Ressorts sowie wichtige Entwicklungen auf Bundes- und europäischer Ebene. Im Februar 1994 erhielt der Landtag einen Bericht über den Beitritt Österreichs zum Europäischen Wirtschaftsraum. Ein Zwischenbericht „Salzburg in der Europäischen Union – Information für die Mitglieder des Salzburger Landtags“ vom September 1995 und ein Bericht über den Ausschuss der Regionen vor dem Europa- und Integrationsausschuss des Salzburger Landtages am 18. Oktober 1995 folgten.¹⁷

Vorbereitung der Landesverwaltung

Der Landeshauptmann richtete in seinem Ressortbereich eine Koordinationsstelle für die Europapolitik und die regionale Außenpolitik sowie die grenzüberschreitenden Aktivitäten des Landes ein. Dies war als inhaltliche Ergänzung zu den protokollarischen Aufgaben der Präsidialabteilung des Amtes der Landesregierung konzipiert und entwickelte sich vom „Büro für internationale Beziehungen“ in der Präsidialabteilung zu einer eigenen Fachabteilung in der Landesamtsdirektion ab 1. Jänner 1996. In allen Abteilungen des Amtes der Landesregierung wurden Europabeauftragte eingerichtet. Sie setzten sich speziell mit

europarechtlichen Fragen auseinander und ihnen wurde eine spezielle Aus- und Fortbildung im Bereich der europäischen Integration angeboten.

Im Legislativ- und Verfassungsdienst wurde eine Fachreferentenstelle für die rechtlichen Integrationsangelegenheiten eingerichtet, die u.a. die Anpassungserfordernisse im Landesrecht feststellt und die Information des Landtages vorbereitet. Am 6. April 1995 wurde der Euro-Info-Point im Bürgerbüro des Landes Salzburg in der Kaigasse eröffnet. Gemeinsam mit dem Landespressebüro übernahm das Bürgerbüro die Europainformation für die Salzburger Bevölkerung und die Schulen.

Verbindungsbüro Brüssel

Das Land Salzburg eröffnete als erstes österreichisches Bundesland am 2. April 1992 ein Verbindungsbüro zu den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Hans Katschthaler hatte sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, zusätzlich zu den Informationen des Außenministeriums und der Verbindungsstelle der Bundesländer konkrete für das Land Salzburg und seine spezifischen Anliegen relevante Informationen zu erhalten und Kontakte zu Entscheidungsträgern aufzubauen. Dem Salzburger Beispiel folgten in den weiteren Jahren mit Ausnahme von Vorarlberg, das näher bei Brüssel liegt als bei Wien, alle anderen Länder. Bis zum EU-Beitritt 1995 wurde das Büro von Volkmar Hierner auf der Basis eines Werkvertrages geführt. Mit

dem EU-Beitritt entstanden neue Mitwirkungsmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten und das Büro wurde als Landesdienststelle mit Landesbediensteten geführt.

Angewandte Politikberatung

Als wissenschaftliche Unterfütterung dieser neuen Aktivitäten, die ab 1990 die Mitarbeit in regionalistischen internationalen Verbänden begann und nach der Schaffung des Ausschusses der Regionen der EU und des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates auch eine institutionelle Dimension erfuhr, richtete das Land Salzburg am 8. November 1990 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismusforschung

ein Seminar über die Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen in der Salzburger Residenz aus.

Das XIII Landessymposium am 28. November 1992 über „Die Regionen im größeren Europa“¹⁸ vertiefte diesen neuen Politikbereich.

Der Landeshauptmann setzte eine Arbeitsgruppe der Salzburg Kommission zu Fragen der regionalen Außenpolitik ein, die Vorschläge für Aktivitäten Salzburgs in diesem neuen, wachsenden Politikbereich erstattete. Ein konkretes Produkt dieser Beratungstätigkeit war die Herausgabe der Publikation „Die regionale Außenpolitik des Landes Salzburg“¹⁹, die bereits vor ihrer offiziellen Präsentation durch Außenminister Alois



Debatte zur „regionalen Außenpolitik“: v.l. Außenminister Alois Mock, Brigitte und Hans Katschthaler, Bundespräsident Thomas und Edith Klestil



Im Bild v.l. Daniele Santer-Binot, Vizekanzler Erhard Busek, das Ehepaar Katschthaler und Jacques Santer; von 1995 bis 1999 Präsident der Europäischen Kommission

Mock und Landeshauptmann Hans Katschthaler einiges Aufsehen erregt hatte. Der Begriff „Regionale Außenpolitik“ war zu diesem Zeitpunkt noch umstritten, da alle Bereiche der Außenpolitik in Diplomatentreisen als Domäne des Bundes – oder zumindest des Außenministeriums – verstanden wurden. Der Föderalist Alois Mock war der Einladung nach Salzburg ins Schloss Leopoldskron bewusst gefolgt und plädierte für aktive Außenbeziehungen der Länder. Im Zuge der EU-Mitgliedschaft wurden außenpolitische Aktivitäten der Länder²⁰ immer selbstverständlicher Teil einer neuen europäischen Innenpolitik. Diese Neuorientierung in der Außenpo-

litik mit einer ‚klassischen‘ internationalen und einer neuen europäischen Dimension manifestierte sich schließlich im Jahr 2007 – wenn auch erst mehr als zehn Jahre später – in der Umbenennung des Außenministeriums in „Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“.

Regionale Außenpolitik, multilaterale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Auf der Grundlage seines föderalistischen Selbstverständnisses mit Gestaltungswillen und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen ohne

bloßer Trittbrettfahrer oder Nutznießer des Engagements anderer sein zu wollen, schlug Hans Katschthaler der Landesregierung vor, der Versammlung der Regionen Europas (VRE)²¹ beizutreten. Es war dies die wichtigste föderalistische Bewegung von Regionen und Ländern gegenüber den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften und des Europarates. Der Beschluss der Landesregierung erfolgte im Mai 1990 und war der Startschuss zu einem wertvollen Lern- und Vernetzungsprozess für Politik und Verwaltung auf europäischer Ebene.

Anlässlich der ersten Teilnahme an der Hauptversammlung der VRE in Straßburg am 6. Dezember 1990 unterstrich Hans Katschthaler, dass es darum gehe, ein Europa der Menschen und nicht ein Europa der Märkte zu bauen. Das Europa der Zukunft solle ein Europa der Regionen sein. „Wenn es gelingt, die Enge nationalstaatlichen Denkens zu überwinden und die Gefahren eines neuen Zentralismus und Bürokratismus zu bannen, bietet sich in dieser Vision die Möglichkeit, sowohl die Meinungsbildungs- und Entscheidungsmechanismen in der Europäischen Gemeinschaft für den Bürger durchschaubarer zu machen und andererseits das fruchtbringende Miteinander der europäischen Völker zu initiieren, das die eigene Identität bewahrt“, so der Landeshauptmann.²²

Das Engagement in europäischen Foren stellte einen Meilenstein in der Öffnung nach Europa und im Aufbau von Kom-

petenz und Kontakten für die Politik und die Verwaltung dar. Der von den deutschen Ländern geprägte Begriff der „Europafähigkeit der Landesverwaltung“ wurde auch in Salzburg aufgenommen.

Bis dahin war das Land in erster Linie in der ARGE ALP und der ARGE Alpen Adria in der Nachbarschaft sowie in der Entwicklungszusammenarbeit tätig gewesen und empfing zahlreiche internationale Gäste²³. Bilaterale Aktivitäten konzentrierten sich hauptsächlich auf konkrete Themen, vor allem in den dramatischen Jahren nach 1989 und dem Zerfall des Ostblocks. Als Beispiele seien die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Salzburg – Slowenien durch Landeshauptmann Katschthaler und Ministerpräsident Lojze Peterle am 26. Juli 1991, die Bereitstellung von 14 Rettungsautos für Kroatien (16. Oktober 1991), sowie die Osteuropakooperation mit Polen, Rumänien, Litauen und Russland erwähnt.

Institutionelle Fragen in europäischen Foren

Unter dem Einfluss Bayerns und Südtirols beschäftigte sich die ARGE ALP in den ausgehenden 1990er Jahren neben den traditionellen Themen der Nachbarschaftspolitik verstärkt mit Anliegen der Regionen an die europäischen Institutionen. Im Zusammenhang mit der Regierungskonferenz, die 1992 zum Vertrag von Maastricht führen sollte, wurden diese Themen dann auch in die VRE eingebracht, die als gesamteuropäisches



Hans Katschthaler mit Ministerpräsident Max Streibl und Ministerpräsident Gerhard Schröder nach der 5. Konferenz „Europa der Regionen“ in Braunschweig

Forum der Regionen fungierte. Hans Katschthaler arbeitete in beiden Gremien aktiv mit und forcierte auch auf der Verwaltungsebene die internationale Vernetzung und den Aufbau von Kompetenz.

In der Phase der Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft in der EG legten die Länder immer mehr Wert auf die Stärkung ihrer institutionellen Rolle und ihrer Mitwirkungsrechte in der EG und im Europarat sowie auf die Beteiligung an der nationalen Willensbildung und die Einbeziehung von Ländervertretern in die jeweiligen nationalen Delegationen. Die Länder verfolgten die Verhandlungen um den Vertrag von Maastricht, durch den das Subsidiaritätsprinzip im EU-Primärrecht verankert und der Ausschuss der Regionen geschaffen wurde. Weiters forder-

ten sie die Schaffung einer Regionalkammer im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, der in der Folge durch den Wiener Gipfel 1994 eingerichtet wurde und unterstützten die Versammlung der Regionen Europas bei diesen Zielen. Die VRE als Vertreterin der Regionen und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), dem unter anderem der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund angehören, bildeten die stärkste – auch weil überparteiliche – Lobby für diese Themen auf europäischer Ebene.

Anlässlich eines Besuches von Jordi Puig, Präsident der Generalitat von Katalonien und Präsident der Versammlung der Regionen Europas in Salzburg am 14. August 1993 erläuterte Hans Katschthaler die strategische Bedeutung des in-

ternationalen Vernetzens: „Salzburg und die österreichischen Länder nutzen die VRE als Gesprächsforum auch für die speziellen österreichischen Anliegen im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur EG. Es gilt, Verständnis für die Wünsche Österreichs bei den politischen Führern der Regionen zu finden, die ihrerseits wichtige Meinungsbildungsfunktionen in den jeweiligen Staaten haben.“²⁴

Salzburg war innen- und außenpolitisch sehr aktiv: Zum einen multilateral in der Landeshauptmänner- und der Landtagspräsidentenkonferenz, vertreten durch Hans Katschthaler als Vizepräsident der Versammlung der Regionen Europas und in der vom bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl 1989 eingerichteten informellen Konferenz „Europa der Regionen“ sowie zum anderen auch bilateral. Alle Länder nahmen an der vierten Konferenz „Europa der Regionen“ am 7. und 8. Mai 1991 in Linz teil und nutzten die Aufbruchstimmung in der EG für die Einführung des Subsidiaritätsprinzips und die Schaffung des Ausschusses der Regionen für ihre Forderungen nach Mitwirkungsrechten an den Bund. Nach dem Erreichen der wichtigsten Anliegen im Vertrag von Maastricht stellte die Konferenz nach ihrer 5. Tagung am 13. Mai 1992 in Braunschweig unter Vorsitz von Ministerpräsident Gerhard Schröder ihre Aktivitäten ein.

Europäische Verkehrspolitik

Am 14. August 1989 verabschiedeten die Landeshauptleute von Tirol, Südtirol

und Salzburg eine „Transiterklärung“ und im April 1991 wurde das „Salzburger Transitmemorandum“ angenommen. Es umfasste jeweils 13 Forderungen Salzburgs an die Europäische Gemeinschaft und die Republik Österreich, vor allem die Forderung nach absoluter Gleichbehandlung aller durch Österreich führenden Transitrouten. Dies wurde schließlich im Frühjahr 1991 erreicht.

Als am 21. Oktober 1991 eine Einigung zwischen Österreich und der EG über den Transitvertrag erzielt werden konnte, die alle wesentlichen Forderungen des Landes erfüllt, war das auch auf die Mitwirkung Salzburgs zurück zu führen. So war Hans Katschthaler u.a. am 9. April 1991 in Bonn mit dem deutschen Verkehrsminister Günther Krause zusammengetroffen. Auch war einer der von der Landeshauptleutekonferenz nominierten Ländervertreter für die Teilnahme in der österreichischen Delegation bei den Beitrittsverhandlungen.

Das Halbkreisdenken überwinden: die EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein

Nach seiner Wiederwahl vom 2. Mai 1994 und der positiven Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs vom 12. Juni 1994 lud Landeshauptmann Katschthaler den Gemeindereferenten der Landesregierung Othmar Raus und den Vorsitzenden der Flachgauer Bürgermeisterkonferenz Matthias Hemetsberger zu einer Studienreise in die EUREGIO im deutsch-niederländi-

schen Grenzgebiet. Ein vom Büroleiter des Landeshauptmann erarbeitetes Konzept²⁵ war die Grundlage für die erste grenzüberschreitende bayerisch-salzburgische Bürgermeisterkonferenz am 14. September 1994 in Wals-Siezenheim. Die Bürgermeister unterstützten das Projekt, um die Vorteile der EU-Mitgliedschaft in der unmittelbaren Nachbarschaft und spürbar für die Bürgerinnen und Bürger zu nutzen und sichtbar zu machen. Sie gaben grünes Licht für die Gründung der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, die am 22. Mai 1995 in Bad Reichenhall erfolgte.²⁶

International Salzburg Association

Landeshauptmann Hans Katschthaler übernahm auch die Präsidentschaft der von seinem Amtsvorgänger Wilfried Haslauer 1982 gegründeten „Internatio-



Einsatz beim Ausschuss der Regionen 1995: Hans Katschthaler und Andreas Kiefer u.a. mit Jos Chabert (links), dem Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei

nal Salzburg Association (ISA)“, der Plattform von Freunden und Förderern aus aller Welt, die sich Stadt und Land Salzburg besonders verbunden fühlen. Ziel der ISA ist die Forcierung des klassischen Mäzenatentums. Katschthaler nützte auch die ISA zur Festigung und zum Ausbau der internationalen Position Salzburgs und seiner Integration. Er war Ehrenpräsident der ISA nach seinem Ausscheiden als Landeshauptmann.

Hans Katschthaler – Architekt der Reputation Salzburgs in Europa

Hans Katschthaler war Vizepräsident des Ausschusses der Regionen (AdR) von 20. April 1995 bis 20. März 1996, arbeitete im Präsidium, in der Sonderkommission „Institutionelle Angelegenheiten“ und in der Fachkommission 7, Europa der Bürger, Forschung, Kultur, Jugend, Verbraucher mit. Die österreichische Delegation wählte ihn auf Vorschlag von Vorarlbergs Landeshauptmann Martin Purtscher am 20. April 1995 zu ihrem Delegationsleiter. Die unter seiner Verantwortung ausgearbeiteten arbeitsteiligen Berichterstattungspflichten der Länder und der kommunalen Spitzenverbände über die einzelnen AdR-Gremien sind bis heute in Kraft.²⁷

Das konsequente inhaltliche Engagement und die persönliche politische Präsenz von Landeshauptmann Katschthaler in der ARGE ALP, in der Versammlung der Regionen Europas sowie nach dem EU-Beitritt auch im Ausschuss der Regionen und der regelmäßige Kontakt mit Mit-

gliedern der Bundesregierung prägten das Image Salzburgs von politischer Vision und persönlicher Einsatzbereitschaft, von Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sowie von administrativer Kompetenz und Kapazität in Europafragen. Mit auf diesem guten Ruf gründeten die in späteren Jahren übernommenen Aufgaben und Funktionen wie der Vorsitz von Landtagspräsident Helmut Schreiner in der Konferenz der Europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen (CALRE)²⁸ im Jahr 1998, die Vorsitzführung von Landeshauptmann Franz Schausberger in der Konferenz der Präsidenten von Regionen

mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG)²⁹ 2003 und in der Fachkommission für konstitutionelle Fragen (CONST) des Ausschusses der Regionen 2004 – 2006 sowie in der interregionalen Gruppe „Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen“ im Ausschuss der Regionen.

Aktive Salzburger Vertreter in internationalen Gremien wurden im Lauf der Jahre zu Berichterstattern bestellt und präsentierten anerkannte Stellungnahmen und Berichte: Franz Schausberger³⁰ als Salzburger Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU sowie Michael



Hans Katschthaler im Gespräch mit Franz Fischler, ab 1995 EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Neureiter³¹, Bernd Petrisch³² und Gudrun Mosler-Törnström³³ im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates³⁴.

Nicht kurzfristiger konkreter Nutzen sondern langfristige politische Ziele begleitet von einer wohl überlegten Strategie und unterstützt von verlässlichen politischen Partnern wie Helmut Schreiner, Martin Purtscher oder Alois Mock kennzeichnen das Wirken von Hans Katschthaler als bundestreuen regionalistischen Föderalisten und Europäer. Mit der Schaffung des Landes-Europabüros hatte er auch für die konsequente Wahrnehmung und Umsetzung dieser Agenden auf Verwaltungsebene Sorge getragen.

Und so war es denn auch die Europapolitik, die Hans Katschthaler in seiner Rede anlässlich seines Ausscheidens aus der Landesregierung am 16. April 1996 vor dem Salzburger Landtag als „wirklich wichtig“ für seine Amtszeit be-

zeichnete: „Von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wurde ich nach der Bekanntgabe meines Rücktrittes gefragt, was für mich die wesentlichen Ergebnisse meiner Tätigkeit als langjähriges Regierungsmitglied und vor allem als Landeshauptmann waren. Darauf könnte ich viele Antworten geben.

Was aber war wirklich wichtig? In meine Amtszeit als Landeshauptmann fiel der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Das Land Salzburg war dabei ein wesentlicher Motor, hat sich rechtzeitig auf den EU-Beitritt vorbereitet und ich habe mich auch selbst in europäischen Gremien voll engagiert. Obwohl große Teile unserer Bürgerschaft diesen Jahrtausendschritt der Politik derzeit noch eher unsympathisch erleben und alles Schlechte der EU zugeschoben wird, besteht das wesentliche dieser großen Tat in der Sicherung des Friedens.“³⁵

Anmerkungen

¹ Antrittsrede vor dem Salzburger Landtag, „Verhandlungen des Salzburger Landtages der 1. Session der 10 (14.) Gesetzgebungsperiode 1989;“ 1. Sitzung vom Mittwoch, 3. Mai 1989, Seite 49; N.B.: Die Zitate folgen der Schreibweise in den Originaldokumenten vor der Einführung der neuen deutschen Rechtschreibung.

² Antrittsrede, Seite 49.

³ Ebd.

⁴ Ebd., Seite 50.

⁵ Das Land Salzburg plante, von Spielbankenbesuchern eine Abgabe in Höhe von 30 Schilling einzuheben und den Ertrag von rund zehn Millionen Schilling jährlich für die Eingliederung behinderter Menschen zu verwenden. Während der Begutachtungsphase des Salzburger Gesetzesentwurfes wurde durch einen Initiativantrag im Parlament ein neuer Paragraph 31 im Glücksspielgesetz eingeführt, der es Ländern und Gemeinden nicht mehr ermöglicht, Abgaben von Spielbanken, Konzessionären oder Casinobesuchern einzuheben. Landes-

hauptmann Katschthaler bezeichnete die Vorgangsweise des Bundes in Schreiben an Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer und Bundesratspräsident Ludwig Bieringer als „in höchstem Maße antiföderalistisch“. Einerseits seien die Länder bereit, vermehrt Verantwortung auf der Abgabenseite zu übernehmen, andererseits unterbinde der Bund ein solches Vorgehen unter Ausnutzung seiner finanzverfassungsrechtlichen Machtposition. Bundesfinanzinteressen konnten im vorliegenden Fall nicht ausschlaggebend sein, da durch die beabsichtigte Abgabe nicht Spielbanken-Konzessionäre, sondern deren Besucher belastet worden wären. Aufgrund der Besucherstruktur wären Einnahmerückgänge für den staatlichen Monopolbetrieb durch die Einführung der Abgabe nicht zu erwarten gewesen, argumentierte das Land. Vgl. Salzburger Landeskorespondenz, Nr. 222, 17. November 1993, Seite 1 ff.

⁶ Halbzeitbilanz der Salzburger Landesregierung unter Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler, Mai 1989 – November 1991. Broschüre im Besitz des Verfassers.

⁷ Redemanuskript im Besitz des Verfassers.

⁸ Siehe dazu ausführlich: Kiefer, Andreas: „Salzburg – Aktives Mitgestalten in Europa. 2007: Zwischenbilanz nach 13 Jahren EU-Mitgliedschaft“. In: Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft (Hrsg.): Salzburg. Geschichte & Politik. 17. Jahrgang, Heft 3/4, Juli – Dezember 2007. Salzburg, 2007, Seiten 145-279 und Kiefer, Andreas: „Aktivitäten der Länder in europäischen Institutionen, Verbänden und Netzwerken“. In: Hammer, Stefan / Bussjäger, Peter (Hrsg.): Außenbeziehungen im Bundesstaat, Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus,

Band 105. Wien, 2007, Seiten 69-85.

⁹ Siehe Kiefer, Andreas: „Die Bundesstaatsreform im Jahr 1993. Von der ‚Politischen Vereinbarung über die Neuordnung des Bundesstaates‘ zu konkreten Verfassungsentwürfen des Bundes und der Länder“. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993. Wien, München 1994, Seiten 413 – 439, hier Seite 431.

¹⁰ Vorwort zum Memorandum des Landes Salzburg an die Bundesregierung vom 21. 5. 1991. Broschüre im Besitz des Verfassers.

¹¹ BGBl. Nr. 276/1992.

¹² Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration, BGBl. Nr. 775/1992 vom 9. Dezember 1992 und Vereinbarung zwischen den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die gemeinsame Willensbildung der Länder in Angelegenheiten der europäischen Integration vom 12. März 1992, veröffentlicht in den Landesgesetzblättern z.B. Wien Nr. 29/1992, Salzburg Nr. 51/1993.

¹³ Seine Rolle als Landeshauptmann in der Bundesstaatsreform mit den europäischen Aspekten und der ständigen Propagierung der ernsthaften Anwendung des Subsidiaritätsprinzips beschreibt Hans Katschthaler im Detail in: Katschthaler, Hans: Portio statt Pars: Der Föderalismusstreit zwischen Bund und Ländern in Österreich 1945-1997. Wien, 1998.

¹⁴ Landesverfassungsgesetz über die Mitwirkung des Landes Salzburg im Rahmen der europäischen Integration, LGBl. Nr. 50/1993.

¹⁵ Siehe Ritter, Michael: „Einfluss der Regionen in der EU – am Beispiel Salzburg“.

- In: Dachs, Herbert und Floimair, Roland (Hrsg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 2003. Schriftenreihe des Landespressebüros, Serie Sonderpublikationen, Nr. 180. Salzburg, 2004, Seite 55 und Unterberger, Michael: „Die Mitwirkung von Landtagen an der EU-Politik. Ein eher ernüchterndes Bild“. In: Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft (Hrsg.) Salzburg. Geschichte & Politik. 21. Jahrgang, Heft 1/2, Nov. 2011. Salzburg, 2011. Seiten 71-89.
- ¹⁶ Redemanuskript, im Besitz des Verfassers.
- ¹⁷ Die meisten dieser Berichte wurden nach ihrer Vorstellung im Landtag in der Schriftenreihe des Landes-Europabüros veröffentlicht. Siehe Publikationsverzeichnis des Landes-Europabüros: <http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/euservice/eu-publicationen.htm> (überprüft am 13.1.2013).
- ¹⁸ Floimair, Roland (Hrsg.): Die Regionen im größeren Europa. Serie Salzburg Diskussionen Nr. 18, Salzburg, 1993.
- ¹⁹ Floimair, Roland (Hrsg.): Die regionale Außenpolitik des Landes Salzburg, Schriftenreihe des Landespressebüros. Serie Salzburg Dokumentationen Nr. 108. Salzburg, 1993.
- ²⁰ Kiefer, Andreas: „European and external relations of the Austrian Länder with a specific reference to Land Salzburg“. In: Amaral, Carlos E. Pacheco (Hrsg.): Regional Autonomy and International Relations. New Dimensions of Multilateral Governance. Paris, 2011. Seiten 155-193 und: Kiefer, Andreas: „Republic of Austria“. In: Michelmann, Hans (Hrsg.): Foreign Relations in Federal Countries, Volume V of the series ‚A Global Dialogue on Federalism‘ of the Forum of Federations. Montreal & Kingston, London, Ithaka, 2009, Seiten 66-90. Abrufbar unter: http://www.forumfed.org/libdocs/Glo-bal_Dialogue/Book_5/GDV5_chap_3.pdf
- ²¹ Siehe <http://www.aer.eu> (überprüft am 13. Jänner 2013).
- ²² Kiefer, Andreas: „Salzburgs Mitwirkung in europäischen Regionalinstitutionen“. In: Floimair, Roland (Hrsg.): Die regionale Außenpolitik des Landes Salzburg, Schriftenreihe des Landespressebüros. Serie Salzburg Dokumentationen Nr. 108. Salzburg, 1993, Seite 163.
- ²³ Siehe an mehreren Stellen in: Floimair, Roland (Hrsg.): Die regionale Außenpolitik des Landes Salzburg, Schriftenreihe des Landespressebüros. Serie Salzburg Dokumentationen Nr. 108. Salzburg, 1993.
- ²⁴ Dokument im Besitz des Verfassers.
- ²⁵ Broschüre im Besitz des Verfassers.
- ² Siehe <http://www.euregio-salzburg.eu> (überprüft am 13. Jänner 2013).
- ²⁷ Siehe auch: Staudigl, Fritz / Bürger, Harald: „Die österreichische Delegation im Ausschuss der Regionen der EU.“ In: Rosner, Andreas und Bußjäger, Peter (Hrsg.): Im Dienste der Länder – im Interesse des Gesamtstaates: Festschrift 60 Jahre Verbindungsstelle der Bundesländer. Wien, 2011, Seiten 205-248, hier Seite 238.
- ²⁸ Siehe Kiefer, Andreas: „Gesetzgebende Regionalparlamente und ihr europäischer Verband: die CALRE“. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2006. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Baden-Baden, 2006, Seiten 606–629.
- ²⁹ Siehe Kiefer, Andreas: „Informelle effektive interregionale Regierungszusammenarbeit: REG LEG—die Konferenz der Präsidenten von Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen und ihre Beiträge zur europäischen Verfassungsdiskussion 2000 bis 2003“. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Baden-Baden, 2004, Seiten 398-412 und Kiefer, Andreas: „Der Verfassungsvertrag für Europa und die Vorbereitung auf seine Anwendung: Initiativen von REG LEG im Jahr 2004“. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2005. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Baden-Baden, 2005, Seiten 607 – 619.
- ³⁰ Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Thema „Die Teilnahme der Vertreter der Regionalregierungen an den Arbeiten des Rates der Europäischen Union und die Beteiligung des AdR an den informellen Ratstagungen“, Amtsblatt Nr. C 107 vom 3. 5. 2002, Seiten 5 – 8; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zu dem Vertrag über eine Verfassung für Europa, ABl. C 71 vom 22.3. 2005, Seiten 1 – 6; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Thema Phase des Nachdenkens: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union, ABl. C 81 vom 4.4. 2006, Seiten 32-36; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Erweiterungspaket 2005 2005/ELAR/001 und zur Mitteilung der Kommission: Der westliche Balkan auf dem Weg in die EU: Konsolidierung der Stabilität und Steigerung des Wohlstands, ABl. C 51 vom 6.3. 2007, Seiten 16-22; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Erweiterungspaket 2006 — Aufnahmefähigkeit, ABl. C 197 vom 24.8. 2007, Seiten 7-11; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Erweiterungspaket 2006 — Angehende Kandida-
- tenländer, ABl. C 197 vom 24.8. 2007; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Thema Die Wiederaufnahme des Reformprozesses der Europäischen Union im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 21. / 22.6. 2007, ABl. C 197 vom 24.8. 2007, Seiten 30-36; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen: „Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2010-2011“, ABl. C 259 vom 2.9. 2011; Stellungnahme des Ausschusses der Regionen: „Dezentralisierung in der Europäischen Union und der Platz der lokalen und regionalen Selbstverwaltung in der Politikgestaltung und –umsetzung der EU“, Dokument CIVEX-V-034 vom 14.2. 2013.
- ³¹ Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in ländlichen Gebieten, ein zentraler Faktor in der Politik der territorialen Kohäsion, Entschließung 252 (2008) und CPR(14)8REP vom 13.3. 2008.
- ³² Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen: Hin zu einem Mehrebenen-Regierungssystem, Bericht CPR(17)2 und Empfehlung 278 (2009) vom 13. Oktober 2009.
- ³³ Kommunale und regionale Demokratie in Litauen. Bericht CPL(22)3 und Empfehlung 321 (2012) vom 22. März 2012 und kommunale und regionale Demokratie in Aserbaidschan. Bericht CG(23)12 und Empfehlung 326 (2012) vom 17. Oktober 2012.
- ³⁴ Vor den drei genannten Landtagsabgeordneten waren kurz Landeshauptmann Hans Katschthaler und in Folge Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Buchleitner und Landesrätin bzw. Landeshauptmann-Stellvertreterin Gabriele Burgstaller Salzburger Vertreter im Kongress.
- ³⁵ <http://www.salzburg.gv.at/lpi-meldung?nachrid=16605> (überprüft am 19. Jänner 2013).

Eintreten für Überzeugung nicht scheuen! Mitglied katholischer Verbindungen und Grabesritter

Alfred Berghammer

Hans Katschthaler war Zeit seines Lebens gläubiger Katholik, der sich nie scheute, auch in aller Öffentlichkeit für seine Überzeugung einzutreten. So übten die katholischen Korporationen auf ihn von der Mittelschule an eine starke Faszination aus. Denn gerade farbentragende katholische Studenten stehen mit Begeisterung in der Öffentlichkeit für ihre Ideale ein, wofür besonders Band und Mütze Zeugnis ablegen.

Hohensalzburg St. Johann im Pongau,

Die erste studentische Heimat war die Katholische österreichische Studentenverbindung Hohensalzburg zu St. Johann im Pongau im MKV (Mittelschüler Kartell-Verband), wo er am 24.5.1949, also mit 16 Jahren, als Fuchs recipiert wurde. Die Nachkriegszeit war für katholische Studentenverbindungen noch kein sehr fruchtbarer Boden. Es galt daher damals, die Kräfte der Salzburger Mittelschulverbindungen zu konzentrieren. Hans Katschthaler wurde deshalb 1950 zur Burschung gemeinsam mit den anderen Aktiven der Hohensalzburg in die K.ö.St.V. Almgau zu Salzburg übernommen. Hohensalzburg St.Johann sistierte ihren aktiven Betrieb. Während seiner Ausbildungszeit an der Bundeslehrerbildungsanstalt in Salzburg bis 1953 war er Almgau ein treues Mitglied.

Es war bestimmt keine leichte Entscheidung für die nicht mit materiellen Gütern gesegneten Eltern, auch ihrem zweiten Sohn, Hans Katschthaler, der sich nach erfolgreichem Abschluss der Lehrerbildungsanstalt als Lehrer im Großarlal seine ersten beruflichen Sporen verdiente, ein Studium zu ermöglichen. Doch sie taten es unter Opfern, und so fand sich Hans im Jahre 1954 in Innsbruck ein, um dort Geographie und Geschichte, Pädagogik und Philosophie zu studieren.

Alpinia Innsbruck...

Er war ja durch seine Mitgliedschaft bei den MKV-Verbindungen Hohensalzburg und Almgau mit studentischen Korporationen vertraut, und so zog es ihn auch an seinem Studienort Innsbruck zu einer ihm zusagenden Verbindung im ÖCV (Österreichischer Cartellverband). Zufälligerweise traf er dort auf Pater Berthold Mayr vulgo Alpha, einen Marianhiller Missionar (nunmehr OStR. Konsistorialrat.i.R. Dr.), der ihn für die Katholische Österreichische Hochschulverbindung Alpinia interessieren konnte. Ein wichtiger Grund für diese Wahl war, dass diese Verbindung unter großen Gefahren 1940 im Widerstand zu den damaligen Machthabern gegründet wurde. 1955 erfolgte die Rezeption Hans Katschthalers mit dem Verbindungsna-

men Romeo und damit sein aktiver Einstieg in das Verbindungsleben einer Hochschulverbindung. Trotz intensiven Studiums fand er Zeit und Engagement, Alpinia als Fuchsmajor, Senior und Senior des Innsbrucker Cartellverbandes zu dienen.

So wurden schon in der Studienzeit seine Führungsqualitäten offenbar, und in seiner souveränen und ruhigen Art zeigte er, dass er für höhere Aufgaben bestens geeignet war. So scheute er auch schon damals vor umstrittenen Entscheidungen nicht zurück, die ihm nach seiner Überzeugung aber geboten erschienen. Ein Beispiel dafür ist unter seinem Seniorat die Verleihung des Ehrenbandes der Alpinia 1957 in Sighartstein an den ehemaligen Bundes-

kanzler und KZ-Häftling Kurt Schuschnigg. Auch der engagierte Einsatz für „seine“ Alpinia und den ICV (Innsbrucker Cartellverband) beeinträchtigte den Studienerfolg nicht. So schrammte er nur ganz knapp an einer Promotion „sub auspiciis praesidentis“ vorbei, weil ihm ein Professor, der nicht an diese Ehrung dachte, bei einer Prüfung statt einer Auszeichnung nur ein „sehr gut“ zuerkannte.

Mit seiner Promotion 1959 kehrte Dr. Hans Katschthaler nach Salzburg zurück und begann seine Lehrtätigkeit an Höheren Schulen, der Pädagogischen Akademie und der Universität Salzburg. Auch nach seinem 1974 begonnenen politischen Aufstieg bis zum Landeshauptmann blieb Landeshauptmann Senator Hofrat Prof. Mag. Dr. Hans Katschthaler



Maiandacht des Alpinia-Zirkels Salzburg in Maria Plain

„seinen“ Studentenverbindungen, besonders aber der Alpinia, treu und verbunden. Alpinier waren sein Freundeskreis, und den Salzburger Zirkel der Mitglieder dieser Innsbrucker Verbindung versäumte er nur, wenn er wirklich verhindert war. Hans Katschtaler und die KÖHV Alpinia blieben sich bis zuletzt treu.

... und Rupertina Salzburg

In die Innsbrucker Zeit bei Alpinia reichen auch die Freundschaften zu den Gründern der K.Ö.H.V. Rupertina zu Salzburg. Es war deshalb auch selbstverständlich, dass Romeo seit der Gründung eng mit dieser Gemeinschaft verbunden war. Bereits am 18. September 1965 hat er das Band Rupertinae erhalten. In dieser Zeit gehörte er auch dem Philisterchargenkabinett an. Auch in der Zeit seiner politischen Tätigkeit war Bundesbruder Romeo am Verbindungsleben sehr interessiert und stand der Verbindung immer wieder für wissenschaftliche Abende und Diskussionen zur Verfügung. Brauchte Rupertina einen Fürsprecher, so konnte sie stets auf Bundesbruder Romeo vertrauen. Als Dank für die ständige Unterstützung wurde Bundesbruder Romeo am 13. Oktober 2006 zum Dr. cer. promoviert.

Auch außerhalb seiner „alten Liebe“ Alpinia und seiner „neuen Liebe“ zur Rupertina förderte Hans Katschthaler das katholische Farbstudententum nach Kräften. Deshalb erhielt er am 26. Mai 1984 das Ehrenband der K.Ö.H.V. Rheno Juvavia zu Salzburg und am 17.

Oktober 1987 das der K.S.H.V. Lodronia, ebenfalls zu Salzburg, sowie am 30. Juni 1990 das der MKV-Verbindung K.ö.St.V. Sighartstein zu Neumarkt. Aber auch anderen Salzburger Verbindungen stand er zur Verfügung, wie etwa der K.ö.St.V. Illyria zu Hallein bei einem Stiftungsfest als Festredner.

Ritter des Heiligen Grabs zu Jerusalem

Im Jahre 1973 erreichte Hans Katschthaler der Ruf, Ritter des Heiligen Grabs zu Jerusalem zu werden. Diese Gemeinschaft ist ein päpstlicher Orden in der katholischen Kirche mit einem vom Papst eingesetzten Kardinal als Großmeister. Seine Wurzeln hat der Orden im Chorherrenorden vom Heiligen Grab, der aus dem 1099 gegründeten Domkapitel des Patriarchates von Jerusalem unter Gottfried von Bouillon hervorging. Im Mittelalter wurden immer wieder besondere Persönlichkeiten in Jerusalem am Heiligen Grab zu Rittern geschlagen. Diesen Rittern waren die Ob-sorge für die Heiligen Stätten und der Schutz der Pilger übertragen.

1868 wurde der Orden von Papst Pius IX reorganisiert und als päpstlicher Ritterorden neu definiert. Die beiden wesentlichen Zielsetzungen des Ordens sind: Erstens die Unterstützung und Förderung der Christen im Heiligen Land als lebendige Bausteine unseres Glaubens in der Heimat Christi und zweitens die christliche Berufung, als Gemeinschaft in unserer Gesellschaft zu leben und dabei stets mehr zu tun, als an üblicher Pflichterfüllung erwartet wird, und sich



Hans Katschthaler im Ordensmantel der Ritter des Heiligen Grabs zu Jerusalem

dabei doch des eigenen Ungenügens bewusst zu bleiben.

Beide Zielsetzungen entsprachen der persönlichen Einstellung Hans Katschthalers. So hat er der Einladung, diesem altherwürdigen Ritterorden beizutreten, freudig Folge geleistet und wurde bei der Investitur 1974 in Salzburg zum Ritter geschlagen. Gerne nahm er mit seiner Gattin Brigitte auch an den Veranstaltungen der Komturei Salzburg teil, war aber auch jederzeit gewillt, neben finanziellen Opfern auch persönliche Beiträge für die Gemeinschaft zu erbringen. So sind den Mitgliedern der Komturei Salzburg noch

seine großartige Laudatio zu einem besonderen Geburtstag von Apostolischem Protonotar Prälat Dr. Johannes Neuhardt oder sein „Pinzgarisch“ Abend, der bei den Zuhörern einen Lachsturm nach dem anderen auslöste, in bester Erinnerung. Bescheidenheit und Demut lebte er in vorbildlicher Weise auch in der Gemeinschaft der Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem. So wurde ihm beispielsweise vorgeschlagen, ihn zur Rangerhöhung zum Komtur bei der Ordensleitung im Vatikan einzugeben. Hans Katschthaler lehnte dies mit der Begründung ab, der Rang des Ritters sei für ihn ausreichend.

Die katholischen Studentenverbindungen K.Ö.H.V. Alpinia zu Innsbruck, K.Ö.H.V. Rupertina, K.Ö.H.V. Rheno-Juvavia, K.S.H.V. Lodronia, K.Ö.St.V. Almgau zu Salzburg, K.Ö.St.V. Hohensalzburg zu St.Johann, K.Ö.St.V. Sighartstein zu Neumarkt und die Komturei Salzburg des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem haben mit

Hans Katschthaler einen väterlichen Freund verloren, der uns in seiner geschwisterlichen Liebe und aufrechten Gesinnung immer ein Vorbild war. Er wird unser Leben lang nicht nur in unserer Erinnerung, sondern in unserem Herzen bleiben, und wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit ihm im himmlischen Jerusalem.



Hans Katschthaler präsentiert die Ausstellung „Befreit und Besetzt. Salzburg 1945 bis 1955“. V.l. Engelbert Washietl, Josef Sampl, Hans Katschthaler, Ingrid Bauer und Reinhold Wagnleitner

FÜR BILDUNG, KULTUR UND NATUR

Immer den ganzen Menschen – Hirn, Herz und Hand – im Auge

Othmar Karas

„Wir Menschen denken rund 60.000 Gedanken pro Tag. Davon sind erschreckenderweise nur 3% aufbauende, hilfreiche Gedanken, die uns selbst oder anderen nützen. 25% unserer Gedanken gelten Vorstellungen, die uns selbst oder anderen schaden. Und der große Rest? 72% unserer Gedanken können als vergeudete Energie gewertet werden, weil sie flüchtig oder unbedeutend waren... Gedanken sind Energie. Sie stecken am Anfang allen Seins. Bevor sich etwas verwirklichen kann, muss es als Idee da sein.“¹ Wer? Der Gedanke! Dieser kann nicht unabhängig vom ganzen Menschen, der ihn entwickelt, formuliert und ausspricht, bewertet werden.

Die Bildung/Erziehung/Beurteilung des ganzen Menschen, „lernen mit Hirn, Herz und Hand“², war Hans Katschthaler wichtig, und dies verbinde ich mit ihm und seinen bildungspolitischen Visionen. Es gab keinen Aufsatz, keine Rede ohne einen Bezug zu Pestalozzi. Pestalozzi lesen, heißt Hans Katschthaler verstehen, begreifen, kennenlernen: „Die Natur hat die höheren Anlagen des Menschen wie mit einer Schale umhüllt; zerschlägst du diese Schale, ehe sie sich von selbst öffnet, so enthüllst du eine unreife Perle und vernichtest den Schatz des Lebens, den du deinem Kind hättest

erhalten sollen.“³ Es ging ihm immer um die Beziehung zwischen Kind, Eltern und Lehrer als Erzieher und Pädagogen. „Die Ausbildung der sittlichen, geistigen und physischen Kräfte muss eine harmonische sein, denn jede Störung des Gleichgewichts der Kräfte wirkt verderblich.“⁴ Hans Katschthaler hatte immer den ganzen Menschen im Auge. Auch wir sollten den ganzen Menschen in Erinnerung bewahren.

Gelernt habe ich viel von Hans Katschthaler, nicht nur Pestalozzi entdeckt. Zugänge zu ihm habe ich mehrere – das Bild von ihm hat die Vielfalt der Zugänge nicht verändert, sondern verfestigt.

Der Bruder meines Vaters, Hofrat Dr. Edwin Karas, war Jahrzehnte Landes- schulinspektor von Salzburg und daher Begleiter, Unterstützer, Experte von Hans Katschthaler. Er hatte ihm den Präsidenten des Landesschulrats angeboten; mein Onkel lehnte ab, weil er Pädagoge bleiben und nicht Politiker werden wollte.

„Wiener Außenstelle“ des ÖVP-Bildungssprechers

Alois Mock bestellte Hans Katschthaler 1979 zum Bildungssprecher der ÖVP



Der 50. Geburtstag Hans Katschthalers 1983 mit seinem Team im Büro am Mozartplatz. Links Othmar Karas, Wiener Mitarbeiter des ÖVP-Bildungssprechers

und damit zum „Schattenminister“ von Fred Sinowatz. Mich hatte Alois Mock von der Union Höherer Schüler (UHS), heute Österreichische Schülerunion, deren Bundesobmann ich von 1976 bis 1979 sein durfte, 1979 in die Bundesparteileitung der ÖVP geholt, als politischen Referenten für Bildung, Jugend, Sport und Sicherheit. Als solcher war ich dem Bildungssprecher Dr. Hans Katschthaler direkt zugeteilt und wurde wegen seiner Salzburger Verpflichtungen zu seiner „Wiener Außenstelle“.

Die Themen von damals sind die gleichen wie heute: Ganztags- und Gesamtschule, Lehrplanreform - Mut zur Lücke, Lehreraus- und -weiterbildung, Bildungspolitik versus Standesvertretung... Regelmäßig fanden die Treffen der Präsidenten der Landeslehrerräte im Chiemseehof, die vorbereitenden Sitzungen am

Mozartplatz in Salzburg oder sogar im Privathaus in Anif und der Fachausschuss Bildung in Wien statt. Meine ersten „Salzburger Festspiele“ im Festspielhaus und in Hellbrunn habe ich Hans Katschthaler zu verdanken. In Bruck an der Glocknerstraße lernte ich seinen Bruder, der dort Direktor war, kennen.

1990 wollte Hans Katschthaler, dass ich das Bundesministerium für Landesverteidigung nach Dr. Robert Lichal übernehme. Er kam nicht zu Wort, weil eine Debatte über die personelle Besetzung des Ressorts im ÖVP-Bundesparteivorstand unterbunden wurde.

Jede Begegnung, privat oder offiziell – egal wo – war immer geprägt von Vertrauen, Respekt, Herzlichkeit, Verständnis und Wertschätzung – den ganzen

Menschen kennend und achtend. Hans Katschthaler war immer Humanist und Pädagoge, nie parteipolitisch, sondern grundsatzpolitisch handelnd. Er hat aus meiner Sicht nie andere verletzt, sondern sich immer mit ihnen auseinandergesetzt. In den letzten Jahren haben wir uns seltener gesehen, öfter miteinander telefoniert, und seine handgeschriebenen, mehrseitigen Antworten auf die Weihnachtskarte meiner Familie habe ich mir aufgehoben.

Prof. Mag. Dr. Hans Katschthaler lässt sich wohl mit einer vom Salzburger Journalisten Clemens Hutter formulierten Beschreibung am besten charakterisieren: „ein ehrlicher Makler und kein schlitzohriger, wendiger, schlagfertiger Instinktpolitiker und schon gar kein medienwirksamer Volkstribun“.⁵

Über 20 Jahre lang gehörte der gebürtige Pinzgauer der Salzburger Landesregierung und österreichischen Politiklandschaft an. Hans Katschthaler hat Zeit seines Lebens zahlreiche politische Funktionen inne gehabt. Der gelernte Lehrer, Erzieher und studierte Historiker, der unter anderem auch an der Philosophischen Fakultät der Universität Salzburg lehrte, begann seine politische Laufbahn im Jahr 1974 als Landesrat für Schul- und Bildungsangelegenheiten in Salzburg. 1977 wurde er Stellvertreter von Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer.

Am 12. Juli 1979 wurde er vom ÖVP-Bundesparteivorstand zum Bildungssprecher der ÖVP bestellt. Erstmals wurde damit einem nicht dem Nationalrat angehörenden Politiker diese Aufgabe



Der Bildungsreferent im Gespräch mit Tennengauer Lehrerinnen und Lehrern



zugeteilt. Katschthaler blieb in dieser Funktion bis 1983. Nach der Wahlniederlage der ÖVP bei den Landtagswahlen 1989 in Salzburg übernahm Katschthaler das Amt des Landeshauptmannes von Salzburg bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1996. Erzieher, Bildungspolitiker, Lehrer blieb er bis zum Tod.

Bildung – zentraler Bestandteil des Lebens

Katschthaler zählte unter anderem den Föderalismus und die Europäische Integration zu seinen politischen Lieblingsthemen. Das Thema Bildung war dem Geschichte- und Geographielehrer aber stets das größte Anliegen und zentraler Bestandteil seines Lebens. In seinen zahlreichen Funktionen, als Salzburger Landesrat für Schul- und Bildungsange-

legenheiten, Präsident des Landesschulrates und später als Bildungssprecher der ÖVP auf Bundesebene, konnte er seine bildungspolitischen Visionen mit voller Leidenschaft und Begeisterung einbringen und umsetzen. Die 7. Schulorganisationsgesetznovelle vom 30. Juni 1982, das größte Reformwerk seit 1962, an dem er maßgeblich beteiligt war, zählt wohl zu seinen größten Erfolgen als Bildungssprecher. Für ihn war eines klar: „das bildungspolitische Ziel müsse stets der mündige, ganzheitlich gebildete Mensch sein“.⁶

Bis zuletzt, 50 Jahre nach der großen Schulreform 1962, brachte er sich regelmäßig in aktuellen bildungspolitischen Fragestellungen und Diskussionen ein. So auch zur Pisa-Studie und anderen zentralen Themen wie Gesamtschule und

Ganztagsschule. Er war ein Gegner all jener, die das Konzept der Gesamtschule als Hebel für die Lösung sämtlicher Schulprobleme und als Verwirklichung von Gerechtigkeit propagierten. Seit jeher vertrat er die Ansicht, dass die Gesamtschule im Grundschulbereich zwar richtig sei und in diesem Bereich auch immer vorhanden gewesen ist, aber eine generelle Vereinheitlichung schlichtweg kontraproduktiv wäre. Mit der Einführung einer Gesamtschule würden sich beispielsweise die Probleme falscher Bildungswegs-Entscheidungen wohl nur verschieben, aber nicht lösen lassen.

Freie Schulwahl im Interesse der Freiheit!

Katschthaler wusste stets, wie man der Idee einer Gesamtschule Einhalt bietet und wie der Wesensnatur des Menschen am besten entsprochen werden kann. „Eine freie Schulwahl ist im Interesse der Freiheit so viel wert, dass das Risiko einer falschen Einzelentscheidung geringer erachtet wird als das Übel, über den Entscheidungsverlust auch nicht mehr falsch entscheiden zu können, wenn man überhaupt keine Wahlmöglichkeit mehr hat“, so Katschthaler zur Gesamtschule. Der Aktion „Eintopf – Nein danke!“ stand er aus Überzeugung nahe!

Beim Thema Ganztagsschulen blieb er stets seinem Grundsatz treu: „So viele Ganztagsschulen wie notwendig, so viel Halbtagsunterricht wie möglich – nicht allen das Gleiche, vielmehr jedem das Seine“.⁷ Katschthaler war der Ansicht,

dass die jeweiligen Schulen im Rahmen ihrer Autonomie über das notwendige Maß an Ganztagsklassen verantwortungsvoll zu entscheiden haben. Für ihn galt: „Je flexibler eine Schule vorgeht, desto schneller wird sie zum Ziel kommen. Eine komplexe Ganztagschulorganisation scheitert an den finanziellen Erfordernissen, oder es wird das Notwendige so stark verzögert, dass alle darunter leiden“.⁸ Fakt ist: Ganztägige Bildungs- und Betreuungsformen sind aus individuellen und gesellschaftlichen Gründen unverzichtbar geworden. Meine Aktion „Zwangs - Tags - Schule - Nein danke!“ unterstützte er.

Für ihn ging es bei einer österreichischen Schulreform aber nicht um einen revolutionären Ansatz, sondern vielmehr um eine evolutionäre Weiterentwicklung und um Optimierungen. Dass Österreich im internationalen Vergleich mehr Geld in das Bildungssystem investiert und weniger an guten Ergebnissen erzielt, sollte Anlass für eine „innere Schulreform“ sein, die vorrangig das Innenleben der Schule und deren Verwaltungsstrukturen betreffen. Zwangsläufig müsse daher eine Straffung über den Abbau der gemischten und doppelten Verwaltungsebenen erfolgen.

Bildung – Schlüssel in der globalisierten Welt

Als glühender Europäer und Pädagoge wusste er, dass die Konkurrenzfähigkeit und Leistungsbereitschaft nicht nur eines Staates, sondern Europas zuneh-

mend vom allgemeinen Bildungsniveau und Spitzenleistungen bestimmt wird. Sie sind in unserer globalisierten Welt der Schlüssel für mehr Wettbewerbsfähigkeit und für sozialen Fortschritt. Wir alle sind daher darauf angewiesen, zu einer qualitativ hochwertigen Bildung beizutragen, die die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten fördert und europäische Projekte initiiert.

Auf nationaler Ebene sollte die schulische Infrastruktur so gestaltet werden, dass sie eine grenzüberschreitende, interdisziplinäre und multiperspektivische Anschauungsweise vermittelt. In den nationalen Bildungseinrichtungen muss ebenso der Grundstein für verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne unserer europäischen Werte liegen.

Weiterbildung für alle Altersschichten

Katschthaler betonte auch stets, dass das europäische Bildungssystem, in Vielfalt geeint, nicht nur bei den jüngsten Bürgern ansetzen darf. Im Gegenteil, der Schwerpunkt muss auf einem generationenübergreifenden, alle Altersschichten ansprechenden Modell liegen. Denn: Bald wird ein Drittel der Europäer über 60 sein. Katschthaler wusste wie kein anderer, dass man auf die völlig neuen Anforderungen an das europäische Bildungssystem reagieren muss. Die EU bietet eine Reihe von Bildungs-, Fortbildungs-, Jugendaustausch- und Förderungsprogrammen sowie jede Menge Praktikums- und Jobmöglichkeiten, von denen frühere Generationen in Europa

nur hätten träumen können.

Ich hatte die Ehre, nicht nur über 35 Jahre vertrauensvoll mit Hans Katschthaler befreundet gewesen zu sein, sondern auch dessen Mitarbeiter in Wien während seiner Zeit als Bildungssprecher der ÖVP und als Präsident des Salzburger Landesschulrates sein zu dürfen. Er war eine höchst bescheidene, geradlinige, tiefgehende Persönlichkeit und in all seinen Funktionen Humanist. Er war immer Grundsatzpolitiker – nie dumpfer Parteipolitiker. Er war so, wie er Bildung verstand: Immer den ganzen Menschen im Blick. Es ging ihm immer um die Aus- und Weiterbildung von Hand, Herz und Hirn. Bildung ist unser wichtigstes Rohmaterial und der Garant für den Erfolg. Wenn die Europäische Union und mit ihr die Mitgliedsstaaten weiterhin eine der wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaften sein möchte, dann sind mehr Investitionen in Bildung und Forschung, Aus- und Weiterbildung unverzichtbar.

Markus Hengstschläger schlägt in die gleiche Kerbe, wenn er meint: „Europa wird von einem Trend zur Eingliederung beherrscht. Das erzeugt Durchschnitt auf breiter Basis. In der Wissenschaft brauchen wir aber beispielsweise eben Menschen, die nicht ‚more of the same‘ schaffen, sondern ganz neue Wege gehen. Das braucht Individualität und fördert sie auch. Und genau das sollte die große Stärke Europas sein: Unsere Stärke liegt im Humankapital.“⁹ Nicht nur deshalb bleibt Hans Katschthaler Vorbild, Wegweiser und Mutmacher.



Die Eröffnung der Fachhochschule Salzburg in Puch/Urstein im Oktober 2005: v.l. Geschäftsführer Raimund Ribitsch, Landeshauptmannstv. Wilfried Haslauer, Hans Katschthaler, Landesrätin Doraja Eberle, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Rektor Erhard Busek

Hans Katschthaler fehlt mir, und er geht nicht nur mir ab. Er war Mensch, Lehrer, Pädagoge, Erzieher, Historiker, Reiseleiter, Ehemann, Verantwortungsträger, Freund, Vorgesetzter, Referent, ... in einer Person. Er vermittelte Bildung mit Hirn, Herz und Hand - immer den ganzen Menschen im Auge und selbst ganz Mensch.

Anmerkungen

¹ Diese Gedanken entnahm ich am 3. Februar 2013 dem Folder „Die Steirerhof Gute-Nacht-Geschichte - Aphorismen aus dem Original - Leitspruch - Kalender“, der auf unserem Zimmer im Steirerhof, Bad Waltersdorf, lag. Eingeleitet wurde er mit einem Zitat von Friedrich Heer „Schlecht Denken macht schlecht“

² Johann Heinrich Pestalozzi (* 12. Januar 1746 in Zürich; † 17. Februar 1827 in Brugg, Kanton Aargau) war ein Schweizer Pädagoge. Er machte sich auch als Philanthrop, Schul- und Sozialreformer, Philosoph sowie Politiker einen Namen

³ Johann Heinrich Pestalozzi

⁴ Johann Heinrich Pestalozzi

⁵ <http://derstandard.at/1341526786580/1933-2012-Salzbürger-Altlandeshauptmann-Hans-Katschthaler-gestorben> (18.01.2013)

⁶ Katschthaler Hans, „Bildungspolitik in Österreich 1979 – 1983“, S702

⁷ Katschthaler Hans, Gastkommentar Die Presse „Vielfalt, Flexibilität und Reformen in der Schule“, 07.02.2005, S14

⁸ Katschthaler Hans, Gastkommentar Die Presse „Vielfalt, Flexibilität und Reformen in der Schule“, 07.02.2005, S14

⁹ Hengstschläger Markus, in Succeed 01/2013

Engagement für den Dialog mit den Ostkirchen

Dietmar W. Winkler, Pro Oriente Salzburg

„Herr Professor! Sie sitzen in meiner Schulklasse,“ waren die Worte, die Hans Katschthaler 2006 ausrief, als er das erste Mal mein Büro am Fachbereich Bibelwissenschaft und Kirchengeschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät nächst der Kollegienkirche betrat. Ich war erst wenige Monaten davor aus den USA an die Universität Salzburg berufen worden. Mein vermutlich zugleich verwunderter wie orientierungsloser Blick war Anlass genug für den promovierten Historiker und Alt-Landeshauptmann, den Kirchenhistoriker und Neo-Salzbürger tiefgründig aufzuklären. Hinzu kamen sogleich einige Anekdoten aus seiner Zeit am Akademischen Gymnasium, das sich vor der Übersiedelung auf den Rainberg eben in den Räumen der Alten Universität befand. Wir hatten damals den Salzburger Arbeitsbericht für das von Kardinal Christoph Schönborn geleitete Kuratorium der Stiftung Pro Oriente in Wien vorzubereiten.

Vielleicht zeigt diese erste gemeinsame Arbeitssitzung zu Zweit paradigmatisch auf, wie ich Hans Katschthaler von Anfang an erfahren konnte: profundes Allgemeinwissen, intellektuelle Kapazität, köstlicher Humor und ebensolche Erzählgabe, zugleich bodenständig wie weltgewandt. Letzteres war schon sprachlich erkennbar, wenn man die Spanne zwischen einem pinzgauerisch vorgetragenen Geschichtchen und der

öffentlichen rhetorischen Eloquenz betrachtet. Der Tätigkeit als Vorsitzender der Sektion Salzburg von Pro Oriente stellte er sich mit großem Verantwortungsbewusstsein und mit einer für mich beruhigenden Wahrhaftigkeit, auf die ich mich zuverlässig berufen konnte.

Die Arbeit der Stiftung Pro Oriente

Pro Oriente wurde 1964 von Kardinal Franz König gegründet, noch zwei Wochen vor der Verabschiedung des Dekrets für den Ökumenismus „Unitatis redintegratio“ auf dem Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65), mit dem sich die katholische Kirche dem Dialog mit den anderen christlichen Kirchen öffnete. Herangetragen wurde die Idee an den Kardinal von katholischen Intellektuellen, um das Interesse katholischer Kreise für den Osten Europas zu wecken, der politisch vollständig isoliert war, und dessen orthodoxe Kirchen im Westen so gut wie unbekannt waren. Es war vor allem das Herausgeberteam der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ – Otto Mauer, Otto Schulmeister, Karlheinz Schmidhüs und Anton Böhm. Person und Bekanntheit Kardinal Königs haben von Anfang an die positive Entwicklung von Pro Oriente begünstigt: einerseits sein hoher kirchlicher Rang als Kardinal, als bedeutender Konzilsvater sowie sein internationales Ansehen als Religionswissenschaftler und als Partner im Dialog mit den Atheisten.

Als Paten der Gründung wirkten in der Phase der Vorbereitung der frühere Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, der auch die ersten fünf Jahre den Vorsitz der Stiftung innehatte (1964-1969), sowie der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Franz Curt Fetzer, und der spätere Böhler-Generaldirektor Adolf Bayer. Über zwanzig Jahre, von 1969-1989, war der im Dezember 1994 verstorbene ehemalige Unterrichtsminister Theodor Piffl-Perčević Präsident. Ihm folgten 1989-1993 der Altbundespräsident der Republik Österreich, Rudolf Kirchschläger, und Alfred Stirnemann (1993-1998), der die Stiftung schon seit ihrer Gründung als Generalsekretär geleitet und maßgebend geprägt hatte. Nach dessen überraschenden Tod leitete der ehemalige Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek, Dr. Johann Marte, interimistisch die Stiftung, bevor Kardinal Christoph Schönborn 2001 ein dreiköpfiges Präsidium bestehend aus Maria Anna Baronin Mayr-Melnhof, EU-Kommissar Dr. Franz Fischler und Johann Marte einsetzte. Letzterer ist seit 2005 wiederum alleiniger Präsident.

Die Aufgabe von Pro Oriente ist es, die ökumenischen Beziehungen und den Dialog zwischen der römisch-katholischen Kirche und den Ostkirchen zu pflegen und zu fördern, die ökumenische Gesinnung in Österreich zu vertiefen und ökumenische Aktivitäten zwischen den Christen zu unterstützen. Wien hat sich als Ort für diese Aufgabe in mehrfacher Weise als vorteilhaft herausge-

stellt: einerseits wegen der geographischen und auch politisch-neutralen Lage Österreichs und andererseits wegen der über Jahrhunderte bestehenden Beziehungen zu Ost- und Südosteuropa sowie zur Levante. Kardinal Franz König schrieb rückblickend: „Es war von providentieller Bedeutung, daß Pro Oriente als diözesane Einrichtung – und daher zunächst von Rom unabhängig – den Blick richtete auf die nichtkatholischen Kirchengemeinschaften jenseits des damaligen Eisernen Vorhangs, das heißt des sogenannten Ostblocks. Dieser Kirchenbereich war für Rom zunächst schwierig und lag daher im Windschatten des römischen Interesses. Pro Oriente aber konnte – und dies ist sein Verdienst – dem römischen Sekretariat zur Förderung der christlichen Einheit in den späteren Jahren wertvolle Kontakte mit den altorientalischen Kirchen bringen und viele Vorarbeiten leisten. Gegenüber Wien bestand von seiten des Gesprächspartners und seiner jeweiligen politischen Situation weitaus weniger Mißtrauen als gegenüber Rom, dem Zentrum der katholischen Kirche. So kamen im Laufe der Zeit Metropolitane und Patriarchen aus dem Gebiet der syrischen, koptischen, äthiopischen und armenischen Kirche. Dazu kamen dann die Wiener Gespräche mit den Kirchen der byzantinischen Tradition – zunächst wieder mit den Kirchen des Ostblocks aus Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und Polen.“¹

Zunächst suchte und fand Pro Oriente den Kontakt mit den orthodoxen Kir-

chen der byzantinischen Tradition, die bis auf jene in Griechenland und in Finnland alle in Ländern unter kommunistischer Diktatur oder mit starker muslimischer Mehrheit lebten. Nach 1971 begann man den Dialog mit den orientalischem-orthodoxen Kirchen, und 1993 wurde das Gespräch mit der Assyrischen Kirche des Ostens aufgenommen.

Heutige Schwerpunkte

So zeigt Pro Oriente heute ein starkes Engagement im (Süd-)Osten Europas und im Nahen Osten. Der Orient ist nun ein Arbeitsgebiet, das von Salzburg aus betreut wird, ab 1994 geleitet von Univ.-Prof. DDr. Peter Hofrichter und seit 2005 von mir als seinem Nachfolger.

Auf vielen Gebieten leistete Pro Oriente Pionierarbeit für den Dialog mit den Ostkirchen, da die Konferenzen und Symposien auf inoffizieller Ebene stattgefunden haben und stattfinden. Hier können Visionen geäußert und Hypothesen aufgestellt werden, die ein offizieller Dialog nicht zulässt. Die Teilnehmer lernen verschiedene Standpunkte und verschiedene theologische Argumentationsmuster kennen, und es entstehen vertrauensbildende persönliche Kontakte, mitunter herzliche Freundschaften. So können nicht nur die theologisch-historischen Resultate offiziell rezipiert werden, sondern diese Form der ökumenischen Arbeit trägt insgesamt auch klimatisch Wesentliches zu den zwischenkirchlichen Beziehungen bei. Ergebnisse von Dialogunternehmungen werden

ebenso publiziert und liegen unter anderem in Deutsch, Englisch, Arabisch, Malayalam, Rumänisch und Russisch vor.

Ein wichtiger Aspekt ist auch die Besuchsdiplomatie. Kontinuierlich werden orthodoxe Hierarchen und Kirchen von Pro Oriente Delegationen in ihren Ländern besucht, um über die Lage vor Ort informiert zu werden, aber auch um mit den anderen Kirchen über Fortschritte und Schwierigkeiten der ökumenischen Beziehungen einen Meinungs austausch zu haben. So haben viele ostkirchliche Kirchenoberhäupter in den letzten fünfzig Jahren ihren Weg nach Wien, aber auch nach Salzburg gefunden.²

Über den spezifisch theologischen Charakter hinaus bezieht Pro Oriente auch historische, soziokulturelle und politische Aspekte in die interkonfessionellen Gespräche ein. Beispielsweise untersuchte der von Salzburg aus betreute Arbeitsschwerpunkt zu den Kirchen im Nahen Osten mit international hochkarätiger Teilnahme das Christentum im Kontext des Islam und reflektierte ebenso die Umbrüche in der arabischen Welt.³ Oder die Stiftung reagierte 1996 auch auf die kriegerischen Auseinandersetzungen am Balkan mit irednischen Initiativen und einer eigenen Kommission für südosteuropäische Geschichte, die sich seither um die Versöhnung der Völker und Religionen dieser Region bemüht.⁴ Pro Oriente baut mit ihrer „ökumenischen Arbeit Brücken für ein größeres Europa“, stellte Kardinal König fest. Dies ist ein denkerischer Ansatz, der einem Menschen vom

Format Hans Katschthalers bestens entsprach. Zweifelsohne könnte er von seiner Geisteshaltung her ebenso in die Reihe jener katholischen Intellektuellen eingereiht werden, die Pro Oriente seinerzeit gründeten.

Hans Katschthaler und Pro Oriente Salzburg

Die Sektion Salzburg der Stiftung wurde von Erzbischof Dr. Karl Berg am 7. Oktober 1985 zur Förderung der Aufgaben der Stiftung im Bereich der Erzdiözese Salzburg errichtet.⁵ Die Idee des damaligen Präsidenten, Alfred Stirnemann, war es, die Tätigkeit der Stiftung über die Grenzen der Erzdiözese Wien hinaus auch auf andere Diözesen in Österreich zu erstrecken, um die Anliegen der Stiftung intensiver wahrzunehmen.

Salzburg war die erste der drei Sektionen der Gesamtstiftung; ihr folgten 1987 Graz und Linz. Die Organe der Sektionen sind das Komitee, dessen Vorsitzender der jeweils zuständige Ortsbischof ist, der Arbeitsausschuss und der für das Rechnungswesen zuständige Finanzausschuss.

Erster Vorsitzender der Salzburger Sektion war 1985 – 1990 Landeshauptmann a.D. Dipl.Ing. DDr. Hans Lechner, dem bis 1994 Bundesrat Dr. Helmut Frauscher folgte. Den Arbeitsausschuss leitete in dieser Zeit (1985 – 1993) Pfr. Mag. Rupert Reindl, den Finanzausschuss bis 1988 Franz Alfred Graf Hartig. Für die folgenden 25 Jahre, 1985 – 2010, stand der Generaldirektor des Raiffeisenver-

bandes, DDr. Manfred Holztrattner, dem Finanzausschuss vor, den seither Dr. Hannes Leitinger leitet. Zwölf Jahre lang, 1994 – 2006, war Univ.-Prof. DDr. Peter L. Hofrichter Leiter des Arbeitsausschusses, ich durfte ihm 2007 nachfolgen. Ab 1994 übernahm Maria Anna Baronin Mayr-Melnhof den Vorsitz der Sektion Salzburg, und 2002 ernannte Erzbischof Dr. Georg Eder Hans Katschthaler zum Vorsitzenden der Sektion.

Aufgrund der historischen Bezüge – Karanthenmission unter Bischof Virgil und Aufenthalt des Slawenapostels Method in Salzburg – war die Sektion zunächst für die Beziehungen zur slawischen Orthodoxie zuständig. Neben einer Vielzahl an Ökumenischen Akademien und Vorträgen markieren dies v.a. drei große Symposien: zunächst „Salzburg und die Slawenmission – zum 1100. Todestag des hl. Methodius“ (1985)⁶ und „1000 Jahre Christentum bei den Ostslawen – Geschichte und Gegenwart“ (1988).⁷ Schließlich konnte das Symposium „Religion und Kirchen im Alten Österreich – Folgen damaliger Politik für Mitteleuropa heute“⁸ bereits auf die Sympathie und Unterstützung des damaligen Landeshauptmanns Hans Katschthaler zurückgreifen. Der Kongress stand im Zeichen des Zerfalls Jugoslawiens, aber auch der Situation in Rumänien und der Ukraine.

Der Landespolitiker Katschthaler hat diese Ansätze Pro Orientes bestens verstanden, ja, sie entsprachen seinem europäischen Denken. So kam auch die

große Tagung zum 20jährigen Bestehen von Pro Oriente Salzburg „Auf der Suche nach der Seele Europas“ (2005), dem damaligen Vorsitzenden entgegen. Bei der Eröffnung im dicht gefüllten Saal des Raiffeisenverbandes Salzburg zeigte sich Katschthalers Fähigkeit, den weiten Horizont auch entsprechend herunterzubringen. Die mit der gewohnten Souveränität vorgetragenen Grußworte beendete er mit: „Ökumene muss oben und unten leben und gewollt sein, sonst kann es keine Einheit geben. Der Heilige Geist braucht zur erhofften ‚Landung‘ auch die Sehnsucht einer breiten Basis, die sich mit dem Wollen höchster kirchlicher Verantwortungsträger und deren theologischen Fachleute trifft.“⁹

Hans Katschthaler kam zu den Veranstaltungen keineswegs nur, wenn er als verantwortungsvoller Vorsitzender die Sektion repräsentieren musste. Er kam aus Interesse an Theologie, Geschichte und Dialog, er wollte über die Situation im Osten informiert sein und sich weiterbilden. Da konnte man schon einmal von ihm hören: „Da habe ich bei Rahner gelesen...“ oder: „...aber der Ratzinger liest sich jetzt auch nicht leicht.“ In seiner Autobiographie schrieb er zu seiner Tätigkeit und den Aufgaben von Pro Oriente Salzburg: Über „Vortragsveranstaltungen, über wissenschaftliche Symposien, Stipendien, Publikationen und Besuchsreisen werden die ökumenischen Ziele zu erreichen versucht. Ein



Hans Katschthaler beim Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel Bartholomaios I.



Hans Katschthaler bei der Weihe der neuen rumänisch-orthodoxen Holzkirche in Salzburg-Schallmoos durch den rumänisch-orthodoxen Patriarchen Daniel I. Ciobotea (rechts). Am Mikrofon Erzpriester Dumitru Viezuianu, rechts neben ihm der Metropolit für Deutschland, Zentral- und Nordeuropa, Serafim Joanta

besonderes Zeichen der praktischen Ökumene in Salzburg ist die Hilfe von St. Peter und der Erzdiözese Salzburg für den Bau der rumänisch-orthodoxen Holzkirche in Salzburg. Dazu konnte über meine Vermittlung und Antragstellung der entscheidende Beitrag von Euro 100.000 durch die Stiftung Propter Homines in Vaduz/Liechtenstein geleistet werden.“¹⁰ Hier konnte Hans Katschthaler seine Tätigkeiten in zwei Stiftungen, Pro Oriente und Propter Homines, synergetisch und fruchtbringend miteinander verbinden.

Die von Pro Oriente Salzburg unternommenen ökumenischen Besuchsreisen dienen der Ost-West-Begegnung, dem ökumenischen Austausch, dem

theologischen, politischen und kulturellen Gespräch sowie der wechselseitigen Vertrauensbildung. Als Vorsitzender war Hans Katschthaler bei drei solcher Salzburger Reisen, an deren Spitze Erzbischof Dr. Alois Kothgasser stand, beteiligt. 2006, nur zwei Wochen nach dem historischen Besuch von Papst Benedikt XVI. in der Türkei, erwiderte eine Pro Oriente Delegation aus Salzburg und Innsbruck mit den Bischöfen Alois Kothgasser und Manfred Scheuer den Besuch des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., und fuhr nach Istanbul. Zwei Jahre davor war der Ökumenische Patriarch in Salzburg gewesen, das er auch von diversen Ferienaufenthalten auf Einladung der Familie Pappas kennt. Man wurde in

Privataudienz empfangen, feierte die sonntägliche griechisch-orthodoxe Liturgie unter Assistenz des Patriarchen mit und war zu einem privaten Mittagessen in einem Restaurant am Bosporus eingeladen. Die Gespräche umkreisten die Themen des ökumenischen und interreligiösen Dialogs sowie das Verhältnis der Türkei zu Europa.

Die nächste ökumenische Reise führte nach Moskau, wo sich die einmalige Gelegenheit ergab, als Ehrengäste des russisch-orthodoxen Patriarchen Aleksji II. Ostern mitzufeiern. Man besuchte unter anderem die Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus in Butovo, sozial-karitative Einrichtungen und das weltberühmte Kloster von Sergiev Posad. Unbestrittener Höhepunkt blieb die Liturgie der Osternacht mit dem Patriarchen in der Christus-Erlöser-Kirche und die anschließende einstündige Audienz, die Aleksji II. den Gästen aus Salzburg gewährte – wobei Hans Katschthaler bei der Heimfahrt angesichts der beeindruckenden Länge des Gottesdienstes nicht vergaß, augenzwinkernd anzumerken, dass er sich nun sicher war, alle seine Sünden abgebußt zu haben.

Auf der Pro Oriente-Reise nach Armenien 2010 stand die reiche Kulturlandschaft, die kaukasische Tradition mit ihren Klöstern und die vom Völkermord

1915 geprägte jüngere Geschichte Armeniens im Mittelpunkt. Hans Katschthaler legte mit dem Erzbischof als Leiter der Pro Oriente Delegation unter anderem einen Kranz bei der Genozid-Gedenkstätte Zizernakabert bei Jerewan nieder. Ebenso war die Delegation in das Zentrum der armenisch-apostolischen Kirche Edschmiatsin zur Mitfeier des Festes der Kreuzerhöhung eingeladen.

Erzbischof Dr. Alois Kothgasser erinnerte sich mit den Worten: „Die ökumenischen Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und den orthodoxen und altorientalischen Kirchen zu pflegen, die ökumenische Gesinnung unter den christlichen Kirchen und Gemeinschaften zu fördern und ökumenische Initiativen zu unterstützen, war ihm (Hans Katschthaler) ein Herzensanliegen. Dreimal war ich mit ihm unterwegs mit einer Pro-Orient-Delegation: in Istanbul beim Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios, dann beim russisch-orthodoxen Osterfest mit Patriarch Aleksji II. und schließlich in Armenien – unvergesslich!“¹¹ Dem ist nichts hinzuzufügen. Höchstens, dass wir auf diesen Reisen nicht selten Tränen lachen mussten, wenn Hans Katschthaler eine Anekdote nach der anderen aus seinem reichen Schatz erzählte und etwa den legendären Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer nachahmte.

Anmerkungen

- ¹ Franz Kardinal König, Die Ökumene heute, in: Rudolf Kirchschräger/Alfred Stirnemann (Hg.), Ein Laboratorium für die Einheit (Pro Oriente Bd. 13). Innsbruck-Wien 1991, 44.
- ² Vgl. auch Gottfried Glaßner OSB, Ostkirchenarbeit und ostkirchliche Initiativen im Vorfeld der Gründung der Salzburger Sektion der Stiftung Pro Oriente, in: Peter L. Hofrichter (Hg.), Ostkirchliches Christentum in Salzburg. Salzburg 2006, 67-84.
- ³ Vgl. Dietmar W. Winkler (ed.), Syriac Churches Encountering Islam. Past Experiences and Future Perspectives (Pro Oriente Studies in Syriac Tradition 1). Piscataway, New Jersey 2010; Dietmar W. Winkler (ed.), Syriac Christianity in the Middle East and India today: Contributions and Challenges (Pro Oriente Studies in Syriac Tradition 2). Piscataway, New Jersey 2013.
- ⁴ Vgl. Alois Mosser (Hg.), „Gottes erwählte Völker“: Erwählungsvorstellungen und kollektive Selbstfindung in der Geschichte (Pro Oriente Schriftenreihe der Kommission für südosteuropäische Geschichte 1). Frankfurt u.a. 2001; Andreas Moritsch/Alois Mosser (Hg.), den Anderen im Blick. Stereotypen im ehemaligen Jugoslawien (Pro Oriente Schriftenreihe der Kommission für südosteuropäische Geschichte 2). Frankfurt u.a. 2002; Alois Mosser

(Hg.), Politische Kultur in Südosteuropa. Identitäten Loyalitäten, Solidaritäten (Pro Oriente Schriftenreihe der Kommission für südosteuropäische Geschichte 3). Frankfurt u.a. 2006.

- ⁵ Vgl. Peter L. Hofrichter, Pro Oriente in Salzburg, in: Ders. (Hg.), Ostkirchliches Christentum in Salzburg. Salzburg 2006, 85-96.
- ⁶ Vgl. Theodor Piffel-Perčević/Alfred Stirnemann (Hg.), Der Heilige Method, Salzburg und die Slawenmission (Pro Oriente Bd. 11). Innsbruck-Wien 1987.
- ⁷ Vgl. Alfred Stirnemann/Gerhard Wilflinger (Hg.), 1000 Jahre Christliche Rus'. Zwischen Perestrojka und Ende der Sowjetunion (Pro Oriente Bd. 15). Innsbruck-Wien 1993, 17-122.
- ⁸ Vgl. Alfred Stirnemann/Gerhard Wilflinger (Hg.), Religion und Kirchen im Alten Österreich (Pro Oriente Bd. 18). Innsbruck-Wien 1996.
- ⁹ Hans Katschthaler, Ansprache beim Festakt, in: Peter Hofrichter (Hg.), Auf der Suche nach der Seele Europas (Pro Oriente Bd. 30). Innsbruck-Wien 2007, 17.
- ¹⁰ Hans Katschthaler, Eine Autobiografie. Mit einem Interview von Clemens M. Hutter. Salzburg-Wien-München 2008, 306.
- ¹¹ Erzbischof Dr. Alois Kothgasser, Predigt beim Requiem für Alt-LH Dr. Hans Katschthaler am 13. Juli 2012 im Dom zu Salzburg.



Der langjährige Generalsekretär der Salzburger Kulturvereinigung, Senatsrat Dr. Heinz Erich Klier, mit ihrem Präsidenten Hans Katschthaler

Qualität und Vielfalt in der Kultur

Heinz Erich Klier

Es war eine gute Zeit für die Salzburger Kulturvereinigung (SKV), die Zeit mit Dr. Hans Katschthaler, zunächst als Vizepräsident (1988 – 1995) und sodann als Präsident von 1996 bis zu seinem Tod am 5. Juli 2012.

Ich hatte ihn für das Präsidium von Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer erbeten, denn Katschthaler erschien mir aus zwei Gründen als vorzüglicher Nachfolger für den aus Gesundheitsgründen aus dem Präsidium ausgeschiedenen KR Ludwig Steindl: Erstens, weil er kein Parteisoldat war, denn Landeshauptmann Dr. Hans Lechner hatte ihn von der Schule – Katschthaler war vor seiner politischen Laufbahn Direktor einer Salzburger Mittelschule – weggeholt, und zweitens, weil ihm das Finanzressort des Landes unterstand. Meine Hoffnung, durch ihn vom Land besser unterstützt zu werden, erfüllte sich allerdings nicht, denn es entsprach nicht seinem Ethos, sich dafür zu verwenden. Nun, seine Kollegen im Präsidium HR Dr. Matthias Partick, Altbürgermeister Heinrich Salfenauer und Dr. Walter Jentsch, sowie ich als Generalsekretär respektierten seine Haltung, zumal er sich strikt an unsere Vorgabe hielt „wir machen Kultur, aber keinesfalls Politik“. Anders ausgedrückt: Bei allen Entscheidungen des Präsidiums, dem leitenden Organ der SKV, dürfen politische Gründe nie ins Spiel gebracht werden. Das steht expressis verbis zwar nicht in den Statu-

ten, doch wurde dies seit der Gründung der SKV im Jahr 1947 von den Präsidenten Landeshauptmann Ing. Albert Hochleitner, Landesamtsdirektor Dr. Rudolf Hanifle, Festspielpräsident Josef Kaut und Hofrat Dr. Matthias Partick jeweils so gehalten.

Da auch die Stadt Salzburg und der Bund in diesen Jahren uns nur sehr zögerlich unterstützten, hielt ich mich also weiterhin an das Wort „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott“. Das scheint auf Hans Katschthaler großen Eindruck gemacht zu haben, denn von da an unterstützte er meine Pläne jeweils sehr nachhaltig. So auch das zweitägige Gastspiel der Dresdner Semperoper selbst auf die Gefahr hin, dass wir das angepeilte finanzielle Ziel „pari Aussteigen“ nicht erreichen. Allein die Dresdner waren mit der Oper „Salome“ von Richard Strauss in einer ausgezeichneten Inszenierung von Joachim Herz nach Salzburg gekommen. Wenn man weiß, dass die meisten Strauss-Opern einschließlich der „Salome“ in Dresden uraufgeführt worden sind, dann versteht man selbst nachträglich den Triumph, den das Ensemble der Semperoper und die Dresdner Staatskapelle gefeiert haben. Da stimmte einfach alles: Von König Herodes bis zum letzten Komparsen, vom Bühnenbild bis zu den Kostümen, ja sogar die Kasse der Kulturvereinigung, denn beide Vorstellungen im Großen Festspielhaus waren ausverkauft.

Dieses Ereignis und viele weitere Gastspiele deutscher Orchester, Dirigenten und Solisten waren wohl Anlass dafür, dass ich am 16. Mai 1989 das mir vom Bundespräsident Weizsäcker für die Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Salzburg verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhielt. Der in Salzburg unvergessene Redakteur Gerhard Neureiter hat diese Verleihung in den Salzburger Nachrichten u.a. so festgehalten „Falls nach der Auseinandersetzung zwischen den Berliner Philharmonikern und Herbert von Karajan die Pfingstkonzerte in Salzburg ausfallen sollten, sei die SKV bereit und imstande, diese Konzerte mit den Berliner Philharmonikern zu veranstalten, sagte am Dienstag der Generalsekretär der Kulturvereinigung, Senatsrat Dr. Heinz Erich Klier, anlässlich der Überreichung eines hohen Ordens der Bundesrepublik.

LH Dr. Hans Katschthaler, der mit seiner Gattin zu dieser Verleihung gekommen war, gratulierte mir nicht nur zu dieser Auszeichnung sondern auch zu meinem Mut, die SKV bei dieser Gelegenheit als Retter in der Not ins Spiel gebracht zu haben. Er trat überhaupt für eine intensive Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen Salzburg und Deutschland ein und begrüßte es daher sehr, dass die SKV mit ihrem Straßentheater nicht nur in Freilassing und Reichenhall, sondern auch in München, Düsseldorf und Duisburg gastierte, zumal die Vorstellung auf dem Gelände der Bundesgartenschau in

der bayerischen Landeshauptstadt von 6000 Ludwig Thoma-Freunden regelrecht gestürmt wurde und sich zu einem vorher nie erreichten Triumph gestaltete.

Das Straßentheater der SKV,

von Oscar Fritz Schuh in die Wege geleitet und 1970 von mir realisiert, förderte Hans Katschthaler auf seine Art sehr, so dass wir gar bald damit nicht nur die Stadt und deren Umgebung, sondern alle Gauen des Landes Salzburg bespielten. In einem Festspielsommer konnte Hans Katschthaler in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann (1989-1996) unter den Zuschauern übrigens zwei Staatspräsidenten begrüßen, nämlich Václav Havel und Thomas Klestil, die sehr angetan waren „Vom Spiel von Liebe und Zufall“, einer Komödie von Marivaux in der deutschen Fassung von H. C. Artmann. Noch vor diesem denkwürdigen Ereignis hatte Hans Katschthaler die Freude, am 24. Juli 1990 die Ausstellung „Zwanzig Jahre Salzburger Straßentheater“ zu eröffnen, die den vielen Freunden dieser Einrichtung der SKV in Wort und Bild ein Wiedersehen mit so beliebten Schauspielern wie Waltraud Haas, Elfriede Ott, Dolores Schmidinger und Jane Tilden sowie Alfred Böhm, Leo Braune, Werner Friedl, Hugo Lindinger, Gunter Philipp und Dietmar Schönherr sowie mit O. F. Schuh und dessen Gattin Ursula vermittelte. Klaus Gmeiner inszenierte 1990 übrigens wieder die Posse „Frühere Verhältnisse“ von Nestroy, mit der Professor Schuh 1970 das Straßentheater der Kulturvereini-



Das Straßentheater der Salzburger Kulturvereinigung machte 2008 u.a. in Elisabethen Station.

gung aus der Taufe gehoben hatte, und erntete damit einen Riesenerfolg, denn Dolores Schmidinger entpuppte sich in der Rolle der Peppi Amsel als eine vorzügliche Nachfolgerin von Elfriede Ott.

Nach den Kulturtagen im Herbst 1996 resignierte unser Präsident Hofrat Dr. Partick, den der Tod seiner lieben Frau doch sehr getroffen hatte. Bei der fälligen Generalversammlung im Dezember wurde Dr. Hans Katschthaler, der am 22. Februar d.J. überraschend seinen Rücktritt als Landeshauptmann bekannt gegeben hatte, einstimmig zu Particks Nachfolger und dieser zum Ehrenpräsidenten der SKV gewählt. Neu in das Präsidium zog auf Vorschlag von Hans Katschthaler unser langjähriger Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Professor Hans Hollik ein, der uns noch heute, obwohl er aus Gesundheitsgründen bald wieder in den Vorstand zurückkehrte, in allen Wirtschaftsfragen bestens berät und wie in der Vergangenheit noch immer entscheidend mithilft, dass die

SKV alle auftauchenden finanziellen Probleme zu meistern weiß.

Katschthalers ganze Sorge

galt von nun an dem Theater- und Konzertring sowie den Salzburger Kulturtagen, denn mit diesen Einrichtungen erzielt die Kulturvereinigung auch heute noch eine enorme Breitenwirkung. So konnte sie dem Landestheater mit ihren Theaterringen und Betriebsabonnements von 1950 bis 2012 rund 3 Millionen Besucher zuführen und stieg mit ihren Konzertringen zum führenden Konzertveranstalter Salzburgs auf, der im Laufe von 60 Jahren 3,2 Millionen Musikfreunde für seine Konzerte in der Aula, im Kongresshaus und im Kleinen und Großen Festspielhaus gewinnen konnte.

Etwas skeptisch beurteilte Hans Katschthaler zunächst die Neujahrskonzerte der SKV, die ich 1997 mit der „Neunten“ von Beethoven ins Leben rief. Ich hatte dafür die Münchner Philharmoniker mit

ihrem Chor und ein vorzüglich aufeinander abgestimmtes Solistenquartett eingeladen, die unter der Leitung von Hiroshi Wakasugi mit Beethovens Meisterwerk einen wahren Triumph feiern konnten. Auch Katschthalers Grußworte zum 50jährigen Bestandsjubiläum der SKV, mit denen er den Abend eröffnet hatte, verhallten nicht ungehört, denn die Stadt Salzburg nahm dieses Jubiläum und meinen 70. Geburtstag zum Anlass, mir ihren Ring zu verleihen. Die Kulturvereinigung gab anschließend an diese Ehrung einen Empfang, bei dem Dr. Hans Katschthaler die Gelegenheit wahrnahm, nicht nur unseren Subventionären, also Stadt, Land, Bund und Tourismusförderungsfonds, für die jährliche Förderung zu danken, sondern auch unseren Mäzenen für ihre fallweise Hilfe.

Im Sinne von Hans Katschthaler seien hier unsere damaligen Mäzene (in alphabetischer Reihenfolge) angeführt: Mercedes Benz/Österreich, Miele Ges.m.b.H, Oberbank, Porsche Holding GmbH, Raiffeisenverband, Salzburg AG, Salzburger Sparkasse, Stieglbrauerei und Verbund Gesellschaft Wien, zumal sich leitende Herren dieser Unternehmen, wie KR Peter Leissing, Mag. Hans Schinwald, Dr. Arno Gasteiger, Dr. Heinrich-Dieter Kienner und Dr. Michael Pistauer auch persönlich mit uns verbunden fühlen. Inzwischen sind die Neujahrskonzerte der SKV zu einer ständigen Einrichtung geworden, fanden im Vorjahr zwei Mal und zu Beginn dieses Jahres 2013 sogar drei Mal im Großen Festspielhaus statt.

Als im Oktober 2008 ein gewisser Reinhold Huber sich in einem Leserbrief äußerst abfällig über die Konzerte der SKV ausließ und sich dazu verstieg, sogar die Auflösung der SKV zu verlangen, richtete ich an unseren Präsidenten Dr. Hans Katschthaler die Anfrage, ob ich in einem Leserbrief dazu Stellung nehmen oder vorerst etwaige Reaktionen unserer Mitglieder abwarten sollte. Katschthaler entschied sich für eine sofortige Antwort seinerseits, denn als gelernter Pädagoge reize es ihn, dem Unverstand und der Ignoranz des Herrn Reinhold Huber die gebührende Antwort zu erteilen. So erzürnt hatte ich unseren Präsidenten bisher nicht kennengelernt. Ich erwartete mir eine überaus scharfe Replik auf diesen Leserbrief und war daher fast erstaunt, mit welcher feiner Klinge unser Präsident in dieser Angelegenheit vorging und Herrn Reinhold Huber in die Schranken verwies. Ich bringe Katschthalers Entgegnung dazu im Wortlaut, denn dieser Brief weist ihn besser als alle meine Worte als einen fachlich versierten Menschen und – was mir in diesem Zusammenhang noch wichtiger erscheint – als einen überaus noblen Charakter aus.

Qualität und Vielfalt

Gegenüber Kritik soll man sich offen halten, weil sie geeignet ist, Sachverhalte zu verbessern. Wenn sie aber unqualifiziert ausfällt, gehört sie entschieden zurückgewiesen. Das betrifft auch den Leserbrief von Reinhold Huber (SN vom 23. 10. 2008).

Generalsekretär Heinz Klier weist

immer wieder auf die vergleichsweise mangelnde öffentliche Subvention der Salzburger Kulturvereinigung (SKV) hin, womit er schlicht die Wahrheit sagt. Aber deswegen verliert das Angebot der SKV nicht an Qualität, weil die Eigenwirtschaftlichkeit über ein relativ konstantes Konzertpublikum hoch ist. Derzeit besuchen 4991 Abonnenten die Konzerte, die keinesfalls von minderer Qualität sind. Oder will Herr Huber das von den Dresdner Philharmonikern, den Stuttgarter Philharmonikern, den St. Petersburger Philharmonikern, der Württembergischen Philharmonie, der Nordwestdeutschen Philharmonie oder den Wiener Symphonikern, die 2008 zu Gast waren oder im Jänner 2009 spielen werden, behaupten?

Die nunmehr zehn Jahre existierende Junge Philharmonie Salzburg unter Elisabeth Fuchs, der künftigen künstlerischen Leiterin der SKV, als dilettantischen Klangkörper zu bezeichnen, weist Reinhold Huber als lediglich übel wollenden, nicht fachkundigen Kritiker aus. Elisabeth Fuchs wirkte als Dirigentin bereits bei den Salzburger Festspielen mit, und ihr engagiertes, von jungen Leuten getragenes Orchester wurde anlässlich des Jubiläumskonzertes „Das Buch mit sieben Siegeln“ von der Fachkritik just am gleichen Tag durch Karl Harb („alle Siegel aufgetan“, SN 23.10.2008) höchst lobend hervorgehoben. Zu Hubers empfohlener Überlegung, die SKV als „überlebte Kul-

tureinrichtung“ aufzulösen, weil die Konzerte anderweitig besser unterzubringen seien, erhebt sich die Frage, wer sich dann um die Trakl Forschungs- und Gedenkstätte kümmern sollte, um das Straßentheater, um die sehr nachgefragten populärwissenschaftlichen Vorträge, um die Zusammenarbeit mit dem Landestheater, um die von Elisabeth Fuchs eingeleitete Öffnung der Generalproben für junge Leute mit dem Ziel, das Konzertpublikum von unten her aufzufrischen.

Heinz Klier leistete in über 50 Jahren ein gewaltiges Aufbauwerk in der SKV. Elisabeth Fuchs wird ab 2009 diese unverzichtbare Kultureinrichtung mit neuen Akzenten und großem Engagement in eine gute Zukunft leiten.

Dr. Hans Katschthaler
Präsident der SKV

Überaus angetan war Hans Katschthaler auch von der Arbeit Klaus Gmeiners, der in der Nachfolge von O. F. Schuh das Straßentheater der SKV zu einem festen Begriff in der Festspielzeit gemacht und die Botschaft davon in alle Gauen unseres Landes hinausgetragen hat. Er versäumte es daher nie, dessen Neuinszenierungen im schönen Ambiente der Stieglbrauerei zu besuchen, fuhr ab und zu aber auch hinaus aufs Land um zu sehen, wie diese bei der Bevölkerung in den verschiedenen Orten ankommen. Mit schöner Regelmäßigkeit besuchte Hans Katschthaler auch die Konzerte des Orchesters der SKV, wobei er es nicht versäumte darauf

hinzuweisen, dass in und mit diesem Klangkörper die immer wieder angesprochene Basiskultur in vorbildlicher Weise gefördert wird. Basiskultur leistete die SKV in all den Jahren auch mit Ausstellungen von Werken bildender Künstler aus Vergangenheit und Gegenwart. Besonders erfolgreich war sie dabei mit den Ausstellungen „Anton Kolig und das Salzburger Festspielhaus“, „Moderne Graphik aus Prag“, „Chinesische Tuschemalerei“, „Österreichische Plastik 1900 – 1950“, „Mosaiken aus Ravenna“ sowie mit den Kollektivschau von Albert Birkle, Ernst Fuchs, Hilde Heger, Wilhelm Kaufmann, Arno Lehmann, Anton Mahringer, Georg Rendl, Josef Schulz, Anton Steinhart, Alberto Susat und Karl Weiser, von denen Hans Katschthaler viele auch persönlich eröffnet hat. Er suchte nämlich immer wieder das Gespräch mit Künstlern, denn es war ihm ein Anliegen, die Statuten der SKV mit Leben zu erfüllen.

Intern, nämlich in den Sitzungen des Präsidiums, die er souverän leitete, bevorzugte Hans Katschthaler stets einen kollegialen Ton, wodurch es ihm fast immer gelang, die mitunter divergierenden Ansichten auf einen Nenner zu bringen und die Sitzungen mit einstimmigen Beschlüssen erfolgreich abzuschließen. Dem Langzeit-Generalsekretär, also mir, ist er stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden, und wenn wir einmal nicht einer Meinung waren, dann hat er sich letzten Endes meinen Argumenten nicht verschlossen gezeigt.

Den Menschen Hans Katschthaler haben wir am besten auf unseren leider nicht sehr zahlreichen, dafür aber umso schöneren Betriebsausflügen kennengelernt, denn er verstand es meisterhaft, unsere Sinne zu schärfen, damit wir nicht mehr oder minder achtlos an den Kostbarkeiten unseres Landes vorbeifahren. Er begeisterte uns auch für die Aufgaben und Ziele des Nationalparks, für dieses oder jenes Heimatmuseum und wusste in Rom, wohin wir zum 50. Jahre-Jubiläum der SKV „pilgern“ durften, sowohl das antike als auch das christliche Erbe der ewigen Stadt so nahe zu bringen, als ob Caesar und Papst Julius II. gestern noch gelebt hätten.

Ein Erlebnis war es jedes Mal, auch seinen Ansprachen zu lauschen, wenn er einem seiner Kollegen im Präsidium oder mir zu einem runden Geburtstag gratulierte, denn er tat dies stets in freier Rede und doch wohl überlegt. Mit feinem Witz wusste er die eine oder andere Schwäche des zu Ehrenden kurz zu streifen, dessen Vorzüge und Verdienste dafür jedoch in ein umso helleres Licht zu rücken. Da offenbarte sich uns ein durch und durch gebildeter Mensch, der stets bemüht war, nach dem Motto zu handeln „Halte dich an das Schöne im Leben, denn aus dem Schönen erwächst das Gute im Menschen.“ Als ich ihn an seinem 79. Geburtstag besuchte und er kaum mehr sprechen konnte, verabschiedete er sich mit den Worten „Du bist doch einer der Treuesten in diesem Kreis!“ Dies aus seinem Munde zu hören, empfand ich als eine große Auszeichnung. Auch dafür sei ihm aufrichtig gedankt.

Naturbewusst und ökologisch – auch für das Haus der Natur

Eberhard Stüber

Als ich als Lehrer für Naturgeschichte, Geografie und Psychologie in die Lehrerbildungsanstalt kam, lernte ich im 4. Jahrgang dieser Schule Hans Katschthaler kennen. Man erinnert sich nach so vielen Jahren nicht mehr an alle Schüler, sondern meist nur an jene, die durch ihr Können und ihr besonderes Interesse am Unterricht auffielen oder eher durch unangenehme Verhaltensweisen in Erinnerung sind. Hans Katschthaler war durch seine Intelligenz der Primus des Jahrganges. Er zeigte vielseitiges Interesse, war eher zurückhaltend, nie herausfordernd, stellte aber viele intelligente Fragen, die den Unterricht lebendig machten.

Mein Schüler Hans Katschthaler

Besonders auffallend an ihm war seine Art, möglichst viel aufzuschreiben – und diese Notizen noch dazu platzsparend und gestochen scharf. Es gibt auch ein Foto eines Haus der Natur-Besuchs mit dem gesamten Jahrgang, wo sich nur Hans Katschthaler genaue Notizen machte. Diese besondere Eigenschaft haben Jahre später auch seine Politikerkollegen immer bewundert. Wenn es dann Diskussionen über Entscheidungen früherer Jahre gab, war dies für Katschthaler kein Problem, es stand alles schwarz auf weiß in seinen Aufzeichnungen.

Ein Primus ist in einer Klasse nicht immer der beliebteste Schüler, oft sind sol-

che Schüler abgehoben, unkollegial und richtige Streber. Das war Katschthaler jedoch ganz und gar nicht. Der „Katschi“, wie man ihn nannte, war hilfsbereit, kameradschaftlich, zurückhaltend und zu allen Späßen aufgelegt. Man wählte ihn daher auch immer einstimmig zum „Klassensprecher“ – für einen Schüler immerhin eine Auszeichnung.

Auch im Schülerheim „Salzburger Lehrerhaus“, wo Katschthaler während seiner LBA-Zeit wohnte, war er aufgrund seiner Führung bei der Heimleitung und seiner Kameradschaft bei den Schülern im Heim sehr beliebt. Das Lehrerhaus war nach dem Zweiten Weltkrieg ein ausgeplündertes Haus, das dann nur primitiv mit mehrbettigen Schlaf- und Studiersälen eingerichtet wurde. Auch die Verpflegung war in dieser schwierigen Nachkriegszeit nicht reichlich. Die Schüler kamen durchwegs aus wirtschaftlich schwachen Familien und hatten auch kaum Taschengeld, um sich zusätzlich etwas kaufen zu können. Trotzdem waren alle Schüler damals sehr zufrieden, dass sie durch dieses Heim eine Ausbildung zum Lehrer machen konnten. Katschthaler beschrieb später diese Zeit in einem Jubiläumsheft als „fröhliche Armut“.

Als Biologielehrer bemühte ich mich in diesen Nachkriegsjahren, in denen durch die starke Ankurbelung der Wirtschaft



1969 auf dem Gipfel des Großglockner: v.l. Guntram Nemetz, Ferdinand Pohl, Herbert Knapp und Hans Katschthaler

Naturwerte keinen Stellenwert hatten, meine Schüler für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und den Schutz der Natur zu begeistern. Ich machte damals auch schon auf die großen Gefahren aufmerksam, die uns Menschen durch die Zerstörung unserer Biosphäre in vielerlei Hinsicht drohen. Hans Katschthaler war dabei immer ein aufmerksamer Zuhörer und beteiligte sich auch rege an der Diskussion.

Im Oktober 1952 gelang es mir, mit 25 ausgewählten Schülern aller Jahrgänge der LBA eine Studienfahrt zum Neu-

siedlersee zu organisieren, um die Schüler für die Nationalparkidee zu begeistern. Katschthaler, der damals im 5. Jahrgang war, gehörte zu den ausgewählten Schülern. Die Fahrt in diese damals noch völlig unberührte Landschaft des zukünftigen Nationalparks Neusiedlersee-Seewinkel mit den dortigen Exkursionen und Diskussionen war ein voller Erfolg. Die Schüler waren begeistert und bildeten nachher eine Initiativgruppe für den Schutz der Natur und den zukünftigen Nationalpark Hohe Tauern. Katschthaler hat als späterer Naturschutz- und Nationalpark-Politiker ein-

mal gemeint, dass diese Neusiedlerfahrt für sein späteres Leben sehr prägend war.

1961 wurde Hans Katschthaler nach seinem Studium der Geschichte und Geographie als Lehrer dieser beiden Fächer an die Salzburger Lehrerbildungsanstalt geholt. Ich lernte ihn damals als lieben Kollegen kennen, mit dem man bestens zusammenarbeiten konnte. Er fügte sich aufgrund seines freundlichen Wesens rasch in den Lehrkörper ein und wurde schließlich einstimmig zum Personalvertreter gewählt. Auch bei den Schülern war er durch sein fundiertes Wissen und seine Art, wie er seinen Schülern entgegentrat, sehr beliebt.

Katschthaler war an der Lehrerbildungsanstalt nicht einer, der spektakuläre Neuerungen oder Initiativen setzte, machte aber bei allen besonderen neuen Aktionen mit Begeisterung mit. Zu diesen neuen Aktionen zählten die von mir damals eingeführten jährlichen Gaufahrten, an denen die Schüler aller Jahrgänge und der gesamte Lehrkörper teilnahmen. Das Ziel dieser Gaufahrten war, in vielen Kontakten mit Lehrerpersönlichkeiten die Natur und Kultur unserer Gauen kennenzulernen. Hier war Hans Katschthaler ein unentbehrlicher und begeisternder Motor.

Landesrat für Naturschutz

1974 wurde Hans Katschthaler von Landeshauptmann Dr. Hans Lechner als Landesrat in die Salzburger Landesregierung geholt und unter anderem mit

dem Jugendressort und dem damals sehr konfliktreichen Naturschutzressort betraut. Beide Ressorts passten sehr gut für einen Mann wie Katschthaler, der die Jugendarbeit kannte und von der Wichtigkeit und Bedeutung des Naturschutzes überzeugt war. Er schrieb einmal: „Natur und Landschaft unserer Salzburger Heimat sind ein unersetzliches Gut, das zu bewahren Aufgabe und Herausforderung zugleich ist. Naturschutz ist vor allem Dienst am Leben in allen seinen Formen, gleichzeitig aber auch Erkenntnisquelle als Grundlage für ökologisches, ganzheitliches Denken.“

Katschthaler musste aber bald erkennen, dass in einer Demokratie viele gegensätzliche Interessen zu berücksichtigen sind, dass es vorrangige landespolitische Ziele gibt, und dass er einer Partei mit ihren besonderen Zielsetzungen verpflichtet ist.

Es war auch gerade die Zeit, in der es einen starken Naturschutzbund unter meinem Vorsitz gab, der von der Politik mehr Initiativen zum Schutz der Natur und zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt forderte. Zugleich formierten sich langsam die politisch Grünen mit noch viel radikaleren Forderungen. Diesen Forderungen standen genauso harte Forderungen der Wirtschaft mit schwerwiegenden Eingriffen in die Landschaft gegenüber.

In diesen Auseinandersetzungen klare Entscheidungen zu treffen oder brauchbare Kompromisse zu finden, war oft ein schwieriges Unterfangen. Katschthaler



Eberhard Stüber und Hans Katschthaler bei der Präsentation eines Buchs über den Nationalpark

war aus der heutigen Sicht für diese schwierige Aufgabe in der damaligen Zeit der richtige Mann. Er war ein Konsens-Politiker ohne Feindbilder, der endlose Verhandlungen nicht scheute, um letztlich eine tragbare Lösung zu finden. Ich erinnere mich noch an so manche Naturschutzbeiratssitzung, die endlos dauerte. Sie begann konfliktreich und erbrachte erst nach langen Diskussionen und bei Eintreten starker Ermüdungserscheinungen der „Streithähne“ für den Schutz der Natur akzeptable Lösungen.

Landesumweltschafschaf

1985 wurde von Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer als ein gewisser Ge-

genpol zu den damals radikalen politischen Grünen die Landesumweltschafschaf eingerichtet. Ihre Aufgabe war es, auf die Einhaltung der bestehenden Gesetze im Natur- und Umweltbereich zu achten und die Regierung und Kommunalpolitiker in diesen Fragen zu beraten. Für Katschthaler wurden die politischen Entscheidungen bei verschiedenen Projekten dadurch nicht einfacher.

Ein Beispiel unter vielen war der Wunsch einiger Betreiber im Bereich der Karneralm im Lungau, durch ein hochwertiges Naturgebiet einen Schilift zu bauen, den die Landesumweltschafschaf auch aus wirtschaftlichen Gründen ablehnte. Die Betreiber forderten vom

damaligen Landeshauptmann Katschthaler eine rasche Entscheidung. Katschthaler verwies aber auf die Bedenken der Landesumweltschafschaf, was die Betreiber veranlasste, an Katschthaler die Frage zu stellen: „Bist du der Landeshauptmann oder der Stüber.“ Katschthaler war damals darüber sehr ungehalten und meinte zu mir: „Das muss ich mir im Lungau sagen lassen!“ – doch einige Tage danach war der Groll vergessen – das war eben Hans Katschthaler. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit wurde der Lift, der damals gegen die Empfehlung der Landesumweltschafschaf bewilligt wurde, aus wirtschaftlichen Gründen wieder abgetragen.

Der Nationalpark Hohe Tauern

In den Jahren ab 1974 unter Landeshauptmann Dr. Lechner und später unter Landeshauptmann Dr. Haslauer war es die Aufgabe Katschthalers, auch den geplanten Nationalpark Hohe Tauern vorzubereiten. Eine Aufgabe, die ihm innerlich sicher große Freude bereitete, sich aber als außerordentlich schwierig herausstellte. Einerseits gab es massiven Druck von extremen Naturschützern, endlich einen Nationalpark Hohe Tauern zu errichten, andererseits aber auch einen geschlossenen Widerstand der Anrainergemeinden und Grundbesitzer gegen den Nationalpark und gegen ein sogenanntes – wie sie sagten – „Indianerreservat mit Glassturz“.

Hier war Katschthaler wieder der richtige Mann, der mit einer Eselsgeduld

und mit großer Glaubwürdigkeit eine mühsame Bewusstseinsbildung für den Nationalpark begann. Er nutzte eine Politik der kleinen Schritte. Es war dies aus der heutigen Sicht sicher der richtige Weg, um dieses größte raumpolitische Zukunftsprojekt Österreichs zu verwirklichen. Auch die letzte Hürde für den zukünftigen Nationalpark konnte in Zusammenarbeit zwischen Verbund, Landeshauptmann Katschthaler, der Landesumweltschafschaf und dem Naturschutzbund beseitigt werden. Der Verbund verzichtete auf das Großkraftwerk Oberpinzgau und konnte dafür die mittlere Salzach hydroelektrisch nutzen.

Zusammenfassend

kann man sagen, dass trotz vieler Konflikte im Naturschutz durch die Konsenspolitik von Hans Katschthaler in seiner Ära als Naturschutzressortchef und späterer Landeshauptmann in den Jahren von 1974 bis 1996 viele bedeutende Erfolge zum Schutze der Natur in unserem Land zustande kamen. Man sollte jedoch nie vergessen, dass die Voraussetzungen für die politischen Entscheidungen die Naturschutzverbände mit ihren Pionieren oft mit einem sehr harten Ringen geschaffen haben.

Zu den großen Erfolgen in dieser Zeit gehören meines Erachtens: das Salzburger Naturschutzgesetz von 1977, das Naturschutzgesetz von 1993, das Salzburger Nationalparkgesetz 1983 und das Landesumweltschafschaf-Gesetz 1987. Diese Gesetze waren und sind

wichtige Grundlagen für den Schutz der Natur in unserem Land.

Dazu kam der wichtige Vertragsnaturschutz, eine Grundvoraussetzung für die Errichtung eines Naturgebietsschutzes mit den jeweiligen Grundbesitzern, weiters die Richtlinien für weitere Schierschließungsgebiete und anderes mehr.

Besonders wertvoll sind u.a. die Naturschutzgebiete Blinkingmoor, Hammerauermoor, die „Sieben Möser“ auf der Gerlosplatte, die Oichtenriede, das Tennengebirgsplateau und das Rosaingebiet in den Lungauer Nockbergen sowie das große Landschaftsschutzgebiet Niedere Tauern.

Dazu kamen viele besondere, kostbare, gefährdete Naturjuwelen unter Naturschutz oder als Geschütztes Landschaftsteile, wie z.B. das Rotmoos im Ferleintal, der Seethalersee als größtes Schwingrasenmoor der Ostalpen, der Dürrenecksee am Überling im Lungau mit der seltenen „Kleinen Teichrose“, der Obere Rotgüldenensee mit seiner ökologisch kostbaren Verlandungszone, das Brutgebiet des „Rotsternigen Blaukehlchens“ am Hundsfeld am Tauernpaß und vieles andere. Der größte Erfolg war jedoch der Nationalpark Hohe Tauern, der 1984 in Kraft trat.

Das Haus der Natur

Neben den sehr verantwortungsvollen und nicht immer leichten Aufgaben in der Salzburger Landesregierung hatte

Hans Katschthaler als Vorsitzender des Haus der Natur von 1981 bis 2004 auch eine völlig konfliktfreie, schöne Aufgabe, die ihm, wie er selber immer sagte, viel Freude bereitete. Er stand einer Institution vor, die sich bei der Salzburger Bevölkerung, bei den vielen auswärtigen Besuchern wie auch bei allen politischen Parteien einer großen Wertschätzung erfreute. Nach Umfragen stand das Haus der Natur unter den bedeutendsten Kultureinrichtungen des Landes Salzburg schon damals neben den Festspielen und dem Adventsing an dritter Stelle.

Katschthaler mischte sich nicht in den laufenden Betrieb des Haus der Natur ein, bildete aber, wenn Hilfe benötigt wurde, ein starkes Rückgrat. Als Direktor schätzte ich an ihm ganz besonders, dass er nie irgendeinen politischen Druck ausübte oder versuchte, irgend eine Person als Mitarbeiter in das Haus der Natur zu bringen. Auch bei fachlich gegenteiligen Meinungen im Naturschutz zeigte er vornehme Toleranz.

Für ihn war das Haus der Natur ein ökologisches Gewissen des Landes Salzburg. Dadurch gab es auch zwischen dem Ökologischen Institut unseres Hauses und seinem Naturschutzressort eine gute Zusammenarbeit, ganz besonders bei der notwendigen Bewusstseinsbildung für den Nationalpark Hohe Tauern.

In seiner Zeit als Vorsitzender des Haus der Natur-Kuratoriums fiel auch die Gründung der Landesumweltanwaltschaft am Ökologischen Institut, die Er-

richtung der hochalpinen Forschungsstation im Glocknergebiet in Zusammenarbeit mit der Großglockner-HochalpenstraßenAG und die Gründung des Nationalpark-Institutes am Haus der Natur, die Katschthaler im Besonderen anregte. Es waren dies alles Einrichtungen, die für den Schutz der Natur in Salzburg und den Nationalpark Hohe Tauern von großer Bedeutung waren.

Für Katschthaler war auch die Weiterentwicklung des Haus der Natur als lebendiges Museum mit starker Ausstrahlung ein besonderes Anliegen. Er zeigte sein Interesse dadurch, dass er, wenn es irgendwie möglich war, auch in der Zeit als Landeshauptmann an allen großen Veranstaltungen und Eröffnungen des Haus der Natur teilnahm. Dies war auch für unser Haus eine große Aufwertung. Durch seine Anwesenheit kamen auch viele prominente Gäste aus allen Schichten der Bevölkerung, besonders auch aus der Wirtschaft, mit denen es dann interessante Kontakte gab.

Auch am Museum Haus der Natur gab es während der Ära Katschthaler viele Höhepunkte und Ereignisse, z.B. die Auszeichnung unseres Museums mit dem Österreichischen Museumspreis, den Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek überreichte, oder die Beurteilung des HdN durch den Landesrechnungshof („Effizient und sparsam“) oder durch das Kontrollamt der Stadt Salzburg („Sehr zufrieden – ein sparsames Haus mit großer Eigenleistung“), die 60-Jahrfeier mit Bundespräsident Rudolf Kirch-

schläger, die große Tibetschau mit dem Dalai Lama und Bundespräsident Klestil oder die Eröffnung der großen Meeresschau mit dem weltberühmten Österreichischen Meeresforscher Dr. Hans Hass. Auch die Besuche des amerikanischen Kosmonauten Buzz Aldrin, der durch die Mondlandung weltbekannt wurde, oder die Besuche der sowjetischen Kosmonauten Wladimir Dshanibekow und Alexander Iwatschenko in unserer Weltraumhalle waren besondere Highlights.

Das Hauptverdienst Katschthalers für das Haus der Natur ist jedoch sein indirekter und direkter Beitrag zu den Erweiterungsbauten unseres Museums: Der erste Erweiterungsbau in den Jahren 1979-1983 im Innenhof wurde dadurch möglich, dass sich der neue für Jugendarbeit zuständige Landesrat Dr. Katschthaler 1977 für die Errichtung eines Jugendzentrums unter der Markuskirche einsetzte das nur durch Abtretung der Haus der Natur Kellerräume ermöglicht werden konnte. Land und Stadt Salzburg entschlossen sich im Hinblick auf dieses Projekt, für das Haus der Natur Ersatzräume zu schaffen, und stimmten einem Innenhofausbau zu. Durch diesen Ausbau konnten das Aquarium, der Reptilienzoo, die Weltraumhalle, ein Sonderschauraum, Depots, das kleine Cafe und ein begehbarer Innenhof geschaffen werden.

Der zweite indirekte Beitrag war die Absage an das ungeheuer teure Museumsprojekt der Moderne von Architekt Hans Hollein im Mönchsberg. Es wäre dieses Projekt ein finanzielles Fass ohne Boden



Überreichung der Ehrenmitgliedschaft des Vereins Haus der Natur an Eberhard Stüber und Gerhard Buchleitner im Rahmen einer feierlichen Vollversammlung am 19. Mai 2011. V.l. Hans Katschthaler, Gerhard Buchleitner, Eberhard Stüber und sein Nachfolger Norbert Winding

geworden und hätte jegliche andere Erweiterungsbauteile für Salzburger Museen unmöglich gemacht. Für ein derartiges Museum wären auch die notwendigen Besucherzahlen und das Interesse gar nicht vorhanden gewesen.

Seine direkte Hilfe gab es schließlich für den zweiten großen Erweiterungsbau, bei dem das ehemalige Gebäude des Museums Carolino Augusteum umgebaut und an das Haus der Natur angeschlossen wurde. Hier stand uns Katschthaler bei dem langen Weg bis zur Baubewilligung mit Rat und Tat zur Seite.

Als 2004 durch die neu gewählte Landesregierung Landeshauptmannstellvertreter a.D. Gerhard Buchleitner zum Vorsitzenden des Haus der Natur-Kuratoriums bestellt wurde, zeigte Katschthaler wieder Größe und Verbundenheit

mit dem Haus der Natur. Er blieb im Kuratorium als Vertreter des Landes und meinte bei der ersten Sitzung unter dem Vorsitz Buchleitners: „Demokratie lebt von der ständigen Veränderung.“ Er versprach, gerade in dieser schwierigen Bauphase weiterhin aktiv mitzuarbeiten, und beide Politiker bemühten sich schließlich in bester Zusammenarbeit um Spenden für die Einrichtung des neuen Experimentariums (Science-Center) und die Verwirklichung des „Großen Erweiterungsbaues“.

Hans Katschthaler hat durch sein Können und seine Integrität die Landespolitik erfolgreich mitgeprägt. Im Umgang mit seinen politischen Gegnern und den vielen Wünschen der Bürger zeigte er stets Verständnis und menschliche Größe. Wir verneigen uns in Ehrfurcht und Dankbarkeit.

Die ökologische Großtat Nationalpark Hohe Tauern

Roland Floimair

Österreich gilt – neben der Schweiz – als das klassische Hochgebirgsland Europas. Einen wesentlichen Teil dieses Rufes verdanken Österreich und das Land Salzburg den Ostalpen mit den berühmten Gipfeln der Hohen Tauern. 805 km² dieses Gebietes hat das Land Salzburg zum Nationalpark erklärt und damit unter den höchsten Grad des Naturschutzes gestellt. Das sind immerhin 12 Prozent der Landesfläche; vor dem Hintergrund, dass mehr als die Hälfte unseres Landes ökonomisch nicht nutzbares Gebirge ausmacht, eine ökologische Großtat. Vater des Nationalparks, der damit auch das Haupterbe seiner Politikertätigkeit ist, ist Dr. Hans Katschthaler, von 1974 bis zu seinem Ausscheiden aus der Landespolitik 1996 größtenteils ressortzuständig.

Der Nationalpark Hohe Tauern

umfasst 13 Gemeinden und 13 Täler, beinahe die gesamte Nordabdachung dieses Gebirgszuges. Allein der Salzburger Anteil zählt damit zu den größten Nationalparks Mitteleuropas, mit den Schutzgebieten in Kärnten und Tirol zu den größten Europas (1836 km²). Über 120 Dreitausender, die größte vergletscherte Fläche der Ostalpen, der höchste Wasserfall, lauten nur einige der Superlative im Salzburger Anteil.

Wer im Nationalpark von den Tälern bis auf die höchsten Gipfel wandert, durch-

quert Höhenstufen, die allen Klimazonen von Mitteleuropa bis in die Arktis entsprechen. Alle wichtigen alpinen Ökosysteme sind im größten Nationalpark der Alpen großflächig und ungestört zu finden. Darüber hinaus ragen 266 Gipfel über 3000 m empor, 1200 km² der Nationalparkfläche entfallen auf unberührte Naturlandschaft.

Das Schutzgebiet wird von 250 Gletschern auf 130 km² mit Eis bedeckt. Es beinhaltet 550 Seen, 279 Bäche, 20 große Wasserfälle und zehn Klammern. Mehr als ein Drittel aller Pflanzenarten sowie mehr als die Hälfte aller Amphibien, Reptilien, Vögel und Säugetiere, die in Österreich vorkommen, leben hier. Die faszinierende Abwechslung der bizarren Hochalpgipfel und -regionen mit ihrer seltenen Tier- und Pflanzenwelt bis hin zur von Bauernhand sorgvoll geschaffenen und gepflegten naturnahen Kulturlandschaft in der Außenzone machen den Reiz dieses Schutzgebietes aus.

Salzburg hatte eine viel schwierigere Ausgangssituation

als etwa die USA, aus denen die Nationalparkidee stammt. Dort wurden sie durchwegs auf öffentlichem Besitz verwirklicht. Die 80.400 Hektar in Salzburg verteilen sich dagegen auf 60 Prozent private Eigentümer, zu 10 Prozent auf Naturschutzorganisationen und

zu 30 Prozent auf die Republik Österreich (Bundesforste).

Wäre die 1909 aufgetauchte Idee bereits damals verwirklicht worden (Landeshauptmann-Stellvertreter August Prinzinger), wäre es das erste derartige Schutzgebiet in Europa gewesen. Von den raumordnungsrechtlichen und naturschutzlichen Vorkehrungen in den Jahren 1950 bis 1971, über die Zeit hoheitlichen Vorgehens zwischen 1971 und 1974 (Katschthaler nannte sie die „Zeit der Grünen-Tisch-Strategie“), die Phase der Mitbestimmung zwischen 1974 und 1981, die Zeit der Entstehung tragfähiger Strukturen zwischen 1981 und 1983, die Beschlussfassung des Gesetzes am 19. Oktober 1983 und die intensive Arbeit im und um den Nationalpark Hohe Tauern bis in die heutige Zeit spannt sich der Bogen über ein halbes Jahrhundert. Die wesentlichen 22 Jahre davon hat großteils Hans Katschthaler bestritten.

Am Anfang

stand die Vereinbarung von Heiligenblut vom 21. Oktober 1971, in der sich die Länder Salzburg, Kärnten und Tirol die Verwirklichung dieses länderübergreifenden Nationalparks zum Ziel setzten mit der Absicht „die Hohen Tauern als einen besonders eindrucksvollen und formenreichen Teil der österreichischen Alpen in ihrer Schönheit und Ursprünglichkeit als Beispiel einer für Österreich repräsentativen Landschaft und zum Wohle der Bevölkerung, zum Nutzen der Wissenschaft und zur För-

derung der Wirtschaft für alle Zukunft zu erhalten.....“.

Darin steckte für Katschthaler nicht nur ein Schutzgedanke für ein wertvolles Biotop. Auch die Bildungsaufgabe war Kern von Katschthalers Nationalparkvision. Verständnis für diese Naturschönheiten zu erzielen, indem man die Natur sich frei entfalten lasse. Das bedeutet aber gleichzeitig Besucherbetreuung und Besucherlenkung, um die Natur nicht zu schädigen, Nationalparkinformationsstellen in den Nationalparkgemeinden. Museen mit unterschiedlichen auf das Gebiet bezogenen Schwerpunkten, interaktive Besucher- und Bildungseinrichtungen (Lehrwege, Ausstellungen, Bildungshäuser etc.) sollen das Wissen um ökologische, sozio-kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge rund um das Schutzgebiet vertiefen. Neben dem Nationalparkzentrum in Mittersill sind vor allem das Haus „Könige der Lüfte“ (Rauris) sowie die Ausstellungen „Geheimnisse des Bergwaldes“ (Hüttschlag), „Smaragde und Kristalle“ (Bramberg), der Ausstellungspavillon „Nationalpark Leben unter Wasser“ (Ferleiten) und auch die Nationalparkwerkstatt in Hollersbach zu nennen. All das macht den Nationalpark zu einer Erfolgsgeschichte.

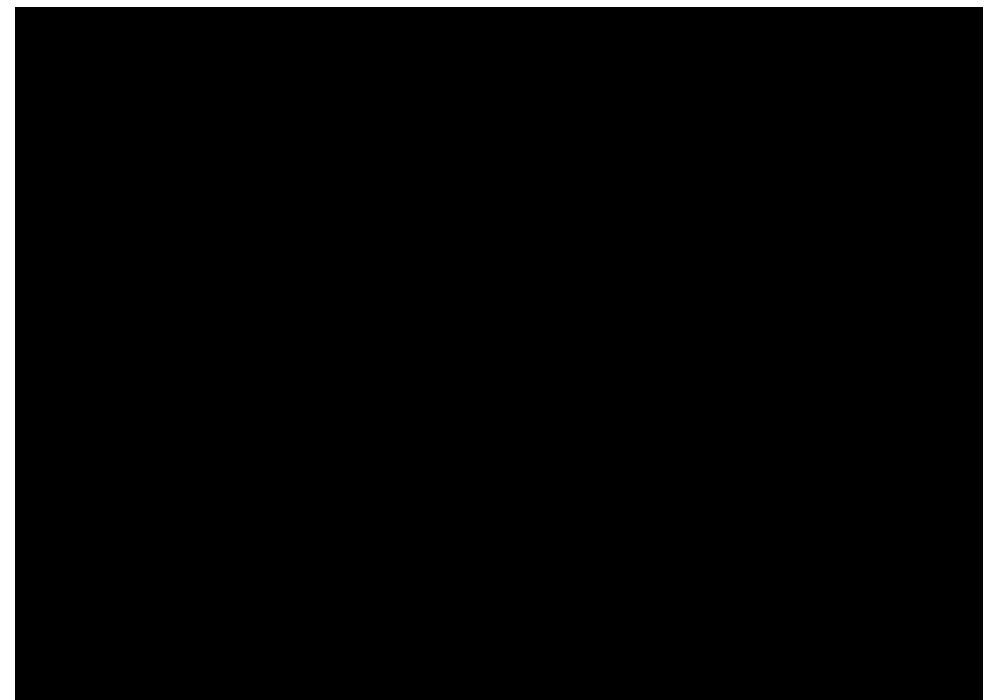
Die Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur

stand bei allen seinen Überlegungen immer im Vordergrund. „Das über Generationen währende Leben hat uns wech-

selseitig verbunden, aufeinander angewiesen und voneinander abhängig gemacht.“ Das Leben des Menschen sei ein Leben in, mit und aus der Natur. Daraus ergeben sich Verpflichtungen, die sich vom Schenkenden, der Natur, an den Denkenden, den Menschen, richten. Der Mensch brauche die Natur für sein leibliches, geistiges und seelisches Leben und für sein gesamtes Wohlbefinden. Katschthaler verstand die Landschaft als „Psychotop“, als Seelenort, als Gegend auch für die Seele, die jeder Mensch brauche. Der durch die Schutzbemühungen vor Beeinträchtigung und Zerstörung bewahrte Raum ermögliche dem Menschen Identifikation (= seeli-

sche Bindung) mit der Heimat, im Sinne von eingebettet, eingefasst sein, dass er „nicht aus der Mitte gerate“.

In Salzburg wurde das Nationalparkgesetz von Hans Katschthaler mustergültig vorbereitet und mit allen Betroffenen in der Nationalparkregion diskutiert. Schwierige Veranstaltungen und heftige Diskussionen prägten die Zeit der Nationalparkwerdung, in denen der 1974 in die Landesregierung berufene junge Landesrat auch oft recht massiv angegriffen wurde. So bot man ihm etwa einmal eine Fahrkarte in einen ostafrikanischen Nationalpark an; allerdings mit dem Zusatz, dass es sich dabei nur um



Die ÖVP-Fahrt „Wir besuchen unseren Nationalpark“ in den Oberpinzgau im Herbst 1983 bei der Ankunft am Bahnhof in Neukirchen am Großvenediger. Im Bild rechts Hans Katschthaler

eine Hinfahrkarte handle. Es war, wie er später einmal formulierte, eine harte Zeit des Ringens und Überzeugens in Gasthäusern und Bauernstuben, mit emotional geführten Diskussionen bis spät in die Nacht, mit Misstrauen, Zutrauen und später Vertrauen – vom gesprächslosen hoheitlichen Naturschutz zum partnerschaftlichen Miteinander. Schließlich wurde ein Konsens gefunden, der sich Wort für Wort im Salzburger Nationalparkgesetz wiederfindet.

Harte Zeit des Ringens und Überzeugens

Die Befürchtungen des „Glassturzes über die Landschaft“, des „Zu-Tode-Schützens der Nationalparkgemeinden“, waren im Oberpinzgau am stärksten. Katschthaler begann daher schon 1975 systematisch in allen künftigen Nationalparkgemeinden mit Informationsveranstaltungen, Gesprächen, Diskussionen und vertrauensbildenden Maßnahmen, um das völlig gestörte Gesprächsklima zu verändern. Vor seiner Zeit als Nationalparkreferent war mit Aussagen extremer Ökologen, wieder, im künftigen Park könne der Mensch bestenfalls noch geduldet werden, der Nationalparkidee extrem geschadet worden. Das war eine Kampfansage an die Menschen in der Region. Daher war es sein Bestreben, in alle Gemeinden zu kommen, Grundbesitzer, Verfügungsberechtigte, Gemeindepolitiker und Interessierte zu Gesprächen einzuladen. Diese Gespräche waren, als einer, der vielen beiwohnte kann ich es bezeugen, meist hart, gele-

gentlich an der Grenze des Erträglichen, aber zuletzt erfolgreich.

Das Schreckgespenst des „Zu-Tode-Schützens“ konnte nur über eine offene und ehrliche Gesprächsführung überwunden werden. Im Widerstreit mit den Oberpinzgauer Gemeinden setzte Katschthaler aber sein gewaltiges Repertoire an Dialekt, Hochsprache, Argumentations- und Überredungskunst, Scherz und Ernst, Sanftmut und überraschender Grobheit ein. „Die Niedersilber haben sich einen Schiefer im Hintern eingezogen“ war da überraschenderweise von ihm zu hören, ein Ausspruch, der ihm noch lange nachhing und den er vor dem Hintergrund der zunächst ablehnenden Haltung der Gemeinde und dann bei sich abzeichnendem Erfolg und deren Aufnahmebegehren tätigte.

Für den Erfolg mit ausschlaggebend

war seine Bereitschaft zu einer geforderten Mitbestimmung und Mitwirkung der Gemeinden und Grundbesitzer in den zu bildenden Nationalparkgremien und seine Einladung zu Mitdenken und Mitgestalten. „Mir war es angenehm, dass sich die Gemeinden zu einer Interessengemeinschaft und die Grundbesitzer zu einer Schutzgemeinschaft zusammenschlossen, denn mit deren Organen ließ sich effizienter und schneller vorankommen“, meinte er später in seiner Autobiografie. „Als dann der Entwurf für ein Nationalparkgesetz vorlag, zog ich mit diesem durch die Nationalparkgemeinden und ging mit den jeweils An-



Preisübergabe des Glockner-Ökofonds der Großglockner-Hochalpenstraße an die Preisträger

wesenden Paragraph für Paragraph durch.“

Bei den folgenden Beratungen im Salzburger Landtag legte er daher größten Wert auf die Beibehaltung jener Formulierungen, die er mit den Leuten vor Ort erarbeitet hatte. „Auf eine solche Weise ist bislang noch kein anderes Gesetz zustande gekommen“ war sein Resümee mit dem Nachsatz: „Deshalb hält es wohl auch so gut“.

Mit dem Zeitpunkt der Beschlussfassung des Gesetzes begann erst die eigentliche Aufbauarbeit. Es galt, die Versprechungen einzulösen und Probleme zu lösen. Vorrangigstes Ziel war für Katschthaler dabei die Einstellung, der Bevölkerung

in Bezug auf die eigene Tradition, Position und Recht die zu akzeptierende Sorge um die Ungewissheit über die Zukunft durch vertrauensbildende Öffentlichkeitsarbeit zu nehmen. Es galt aber auch, Landnutzungskonflikte in Bezug auf Wald, Weide, Jagd- und Wildstandsregulierung, Fischerei, Mineralienabbau, Fremdenverkehr, Forschung, Freizeitaktivitäten und Vorfelddwirkungen zu lösen, zu koordinieren und zu gestalten.

Der Abschnitt von 1990 bis zu Katschthalers Ausscheiden aus der Politik wurde eingeleitet durch eine Meinungsbefragung bei der Bevölkerung in der Nationalparkregion. Er wollte wissen, ob die Erwartungen der örtlichen Bevölkerung an den Nationalpark und die bis-

herige Entwicklungs- und Aufbauarbeit erfüllt werden konnten, und ob und welche Anliegen noch zu erfüllen sind. 90 Prozent der Bevölkerung haben sich für den Nationalpark Hohe Tauern ausgesprochen. Zuvor waren noch 80 Prozent dagegen gewesen. Eine Auszeichnung für den von ihm vorgegebenen Weg des Ökorealismus, des Weges der Partnerschaft mit der Bevölkerung.

Was wurde durch die Erlassung des Nationalparkgesetzes erreicht?

Nutzungswünsche wurden abgelehnt. Für Salzburg hatte der Nationalpark Vorrang vor der energiewirtschaftlichen Nutzung der Gletscherbäche, vor der Erschließung von Gletscherschigebieten sowie vor der Freigabe der höher gelegenen Tauerntäler für Verkehrserschließung. Ein möglicher Landnutzungskonflikt, nämlich jener intensiver landwirtschaftlicher Nutzung der Almflächen, konnte im Einvernehmen mit den Betroffenen gelöst werden. Eine Wildstandsregulierung nach wildökologischen Grundsätzen, angesichts der außergewöhnlichen Größe des Schutzgebietes besonders schwierig, konnte erreicht werden. Vorzugsgebiete für den Naturschutz in der Kernzone und in Sonderschutzgebieten konnten ausgewiesen werden. Die Sicherung der traditionellen Pflege der Kulturlandschaft, der Erhaltung von Pflanzenarten als Genreserve für bodenständige Haustierrassen, für

naturwissenschaftliche Bildung und stille Erholung in der Außenzone zählen ebenfalls zu den Erfolgen.

Auf dem Weg der Verwirklichung des „politischen Lebenswerkes“ (Clemens M. Hutter) von Hans Katschthaler vertrat er immer den Standpunkt, dass die Akzeptanz des Nationalparks durch die Bevölkerung zunächst noch wichtiger sei als die internationale Anerkennung. Er formulierte es so: Zuerst „Insa“ Nationalpark, dann der internationale Nationalpark. Eine Haltung, die ihm vor allem bei Ökologen nicht überall Freunde eintrug, aber bei der Bevölkerung Vertrauen einbrachte.

Dabei war die nationale Anerkennung des Nationalparks Hohe Tauern gewiss leichter zu erreichen, war es doch der erste Nationalpark in Österreich. Und doch gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Bund schwierig, weil der nicht immer verstehen wollte, dass die Nationalparkkompetenz eine solche der Länder ist. Durch die Etablierung eines Nationalparkrates als eines Gremiums des Zusammenwirkens der Länder Salzburg, Tirol und Kärnten mit dem Bund verbesserte sich die Partnerschaft erheblich. Ein Verein der Freunde half mit, ökologische Projekte zu finanzieren.

Mit der Errichtung des Nationalparkzentrums in Mittersill, meint er in seiner Autobiografie, wurde deutlich sichtbar,



Hans Katschthaler, seit Mai 1984 wieder Nationalparkreferent, bei einer Wanderung mit Altbundeskanzler Josef Klaus und Bürgermeister Otto Kaiserer in das Rauriser Hüttwinkltal im Jahr 1985

welche weit über Salzburg hinausreichende Bedeutung dieses Schutzgebiet hat - und wie sehr die Menschen Anteil nehmen, ins Zentrum „kommen, den Rucksack packen und mit Kind und Kegel in den Nationalpark wandern, der ja den Menschen nicht ausschließt, sondern zum Erleben der unberührten Natur einlädt und damit zur Erholung und zum Wohlbefinden der Menschen beiträgt“.

Den Nationalpark nicht nur zu schaffen, sondern zu akzeptieren, war in Salzburg ein Weg des Gespräches, der Überzeugung der Bewusstseinsbildung, zu der auch die Nationalparkkollegien und die Kulturinitiative Tauriska, Schatzkammer Hohe Tauern, Wertvolles beigetragen haben.

Vertrautheit mit Natürlichem

Kein Geringerer als Konrad Lorenz bezeichnete es als vordringlichste Erziehungsaufgabe, Vertrautheit mit Natürlichem zu schaffen, Schönheiten der Natur den Menschen näherzubringen. Dieser Diskussions- und Erlebnisprozess ließ bei den im Nationalparkgebiet Heimischen das Bewusstsein für dieses Wertvolle wachsen. So sind etwa die Nationalparke der USA nach Überzeugung von US-Politikern der „wichtigste Beitrag der Vereinigten Staaten zur Weltkultur“.

Für Hans Katschthaler war der Nationalpark Hohe Tauern eine Antwort auf die Bedrohung unseres Lebensraumes, eine nahezu unerschöpfliche Schatzkammer, eine Insel im Lebensraum der

Menschen, die von Verschmutzungen und Entwertung nahezu unberührt geblieben ist. Vieles von dem, was von der alpinen Ur- und Kulturlandschaft anderswo unwiederbringlich verloren ging, ist hier noch lebendig und unversehrt.

Die Schutzaufgabe Nationalpark hat Wirkung auf den Raum, vor allem aber auch Rückwirkungen auf den Menschen, fasste er anderenorts einmal zusammen. Die geschützte Natur sei eine ganz wichtige Möglichkeit, wieder in die eigene Mitte zu kommen oder in ihr zu bleiben. Wir müssten alle Naturschützer sein. Das sei nur möglich, wenn wir zweiäugig blieben und nicht vor Begeisterung einäugig, teilheitlich, extrem, unduldsam, unökologisch werden. Grün sei eine Sache von Hirn, Herz und Hand. Was wir brauchten, sei Vorsicht, Rücksicht und Umsicht. Schützen und Nützen gehörten zusammen. Ökologie und Ökonomie seien nur scheinbare Gegensätze. Längerfristig bedingen sie einander in einer unerbittlichen Nachhaltigkeit, weil die Erde kein schrankenlos ausbeutbares Reservoir sei.

In den langen Jahren der Diskussion um den Nationalpark konnten sicherlich nicht sämtliche Widersprüche zwischen menschlichem Nutzungswahn und „wirtschaftlicher Sinnlosigkeit des Naturschutzes“ ausgeräumt werden. Aber die 20 Jahre beispielhafter Aufklärungsarbeit unter Hans Katschthaler trugen schon bald Früchte: In einer Umfrage Anfang 1991 bekannten sich, wie erwähnt, fast 90 Prozent der Befragten zu

dieser Naturschutzidee. Die Einheimischen hatten verstanden, dass es nicht nur darum geht, den Menschen vor der Übermacht der Natur, sondern auch die Natur vor der technischen Übermacht der Menschen zu schützen.

Hans Katschthaler war stolz auf die Art und Weise, wie er, wie Salzburg einen Nationalpark geschaffen hat, und über die österreichweite und internationale Beachtung dafür. Katschthaler und seine Mitarbeiter im Nationalpark hatten maßgeblichen Anteil, dass die IUCN ihre Nationalparkkriterien der europäischen Realität angepasst hat und diese mittlerweile weltweit Gültigkeit haben. Seinen Nachfolgern hat er noch den Auftrag mitgegeben, bis zum 20. Jahrestag des Nationalparkgesetzes, also 2004, die internationale Anerkennung für den Nationalpark Hohe Tauern zu erreichen, die 2006 endgültig erfolgte. Damit wurde er in die Familie der ganz großen Nationalparke wie Yellowstone, Yosemite oder Grand Canyon etc. aufgenommen.

Katschthaler war ein Mann des Abwägens,

des Einerseits und Andererseits, schrieb SN-Chefredakteur Manfred Perterer nach seinem Tod. Kein Mann des Boulevards, der nur schwarz und weiß kennt, sondern die vielen Graustufen des Lebens. Zuvor war er ein Mensch unter Menschen. Mit seinem Tod wurde dank der Medienberichterstattung einer breiten Öffentlichkeit klar, welche Rarität Hans Katschthaler war, würdigte ihn sein langjähriger publizistischer Weggefährte Eberhard Zwink in einem jüngst erschienenen Buch über die neunziger Jahre in Salzburg.

Als ehrlicher Makler und nicht als schlitzohriger, wendiger, schlagfertiger Instinktpolitiker und schon gar nicht als medienwirksamer Volkstribun (Clemens M. Hutter) erwies er sich auch in seiner Nationalparkpolitik. Nachhaltigkeit war sein politisches Credo. Daher war ihm die Bewahrung der Schöpfung ein zentrales Anliegen, das ökologische Gewissen tief in seinem Denken und Handeln verankert.

DIE REGIERUNGSARBEIT HANS KATSCHTHALERS

Ressortinitiativen Hans Katschthalers als Mitglied der Salzburger Landesregierung 1974 – 1996

Andreas Kiefer



Der Landeshauptmann bei einem Schulbesuch

Schule und Bildung (Mai 1974 bis April 1996)

- Bildungsreferent der Landesregierung seit 1974, Mitgestaltung aller landesgesetzlichen Maßnahmen im schulischen Bereich
- Abschaffung des bis 1974 üblichen Parteipaktes bei der Besetzung von Schulleiterposten
- Transparenz bei Anstellungen und Verleihung von schulfesten Leiterstellen durch Einführung der Anstellungskonferenzen unter Beiziehung aller Fraktionen der Personalvertretung

- Objektivierung bei der Bestellung von Schulleitern
- Schulbau, Schulorganisation:
 - Erarbeitung und Vollziehung der Schulbauprogramme ab 1974 (Schulbauprogramm 3, 4, 5, 6); Bau von zahlreichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen und Turnhallen
 - Sanierung der Bundesschulen in Salzburg
 - Bau der Landessonderschule St. Anton in Bruck
 - Schaffung von Schwerpunktschulen (zum Beispiel Musik-, Fremdenverkehrs-, Schihauptschulen)

- Mitfinanzierung des Landes bei Neubauten bzw. Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen von Privatschulen: zum Beispiel Werkschulheim Felbertal, Waldorfschule
- Berufsschulangelegenheiten:
 - Erarbeitung und Vollziehung des Berufsschulkonzeptes 1990
 - Errichtung der Berufsschule in St. Johann
 - Berufsschulbau-Prioritätenprogramm
 - Errichtung einer Berufsschule für Tischler, Säger und Tapezierer sowie einer Fachschule für Holztechnik samt Schülerheim in Kuchl (110 Millionen Schilling)
 - Errichtung der gastgewerblichen Berufsschule in Obertrum (95 Millionen Schilling)
 - Diverse Sanierungs- und Erweiterungsbauten an Berufsschulen Salzburg, Tamsweg, Zell am See
- Herausgabe des „Salzburger Bildungsberaters“
- Integrative Betreuung von ausländischen Kindern durch Begleitlehrer, Führung bunter Klassen,
- Montessori-Klassen in Volksschulen, Hauptschulen und in AHS-Oberstufe
- Forcierung der Integration behinderter Kinder
- Förderung von gehörbehinderten Berufsschülern durch Gebärdendolmetscher im Unterricht
- Schwerpunkt Begabtenförderung: Schulversuche technische Hauptschule, musisch-kreative Hauptschule, Kurse in AHS und BHS, Förderung des Leistungssports (Schulsportmodell)
- Maßgebliche Mitwirkung an der

Schulpolitik auf Bundesebene als Bildungssprecher der ÖVP (1979 – 1983), 6. und 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle (ausführliche Darstellung im Österreichischen Jahrbuch für Politik 1983), Bildungsaussagen für das Salzburger Programm der ÖVP, Arbeitsschwerpunkt: innere Schulreform.

Erwachsenenbildung (Mai 1974 bis April 1996)

- Schaffung des Förderungspreises für Erwachsenenbildung (erstmalige Vergabe 1975), Neuausrichtung 1995: Förderungspreis und Würdigungspreis
- Gründung des Hauses der Erwachsenenbildung (Haus Corso)
- Aufstellung des Landesbüchereiplans 1985, Fortsetzung durch „Modell Weiterbildung Salzburg 1996- 2000“
- Verstärkte Förderung der Erwachsenenbildung: seit 1990 Verdoppelung der Mittel
- Verstärkung des Kontaktes und der Information zwischen Bildungspolitik und Schulbehörden sowie zwischen Eltern und Lehrern durch die Herausgabe der Informationsreihen „Lehrerkontakt“ und „Elternkontakt“
- Gestaltung der Erwachsenenbildung als Präsident des Verbandes der Bildungswerke Österreichs (bis 1989) und Präsident des Salzburger Bildungswerkes (ab 1989)
- Neuorganisation der Salzburger Volkshochschule
- Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft Salzburger Erwachsenenbildung
- Bildungshilfen für Rumänien und Li-

tauen, Übermittlung von Material für Kindergärten, Schulen und Universitäten

- Primäre Suchtprävention (Schule, Elternbildung, Einsetzung einer Arbeitsgruppe)
- Förderung regionaler und örtlicher Kultur- und Bildungszentren (z.B. Bildungszentrum Saalfelden: 16.9.1994)

Kindergartenwesen (Mai 1974 bis April 1989 und Mai 1994 bis April 1996)

- Vorbereitung und Abwicklung der Kindergartenbauprogramme zwischen 1974 und 1989, Schaffung eines flächendeckenden Kindergartennetzes im Land Salzburg
- Übernahme der Verwaltung von zwei

landeseigenen Kindergärten, des Derra-Kindergartens und des Landeskindergartens in der Schanzlgasse

- Einrichtung des Zentrums für Kindergartenpädagogik
- Schaffung eines modernen Kindergartenrechts

Jugendförderung (Mai 1974 bis April 1989)

- Schaffung des Jugendförderungsgesetzes sowie andere gesetzliche Maßnahmen zwischen 1974 und 1989
- Aktionen zur internationalen Begegnung von Jugendlichen (Jugendaustausch, Besuchsprogramme)
- Veranstaltungen zur Förderung kultureller Aktivitäten der Jugend: Jugend-



Besuch des Kindergartens in der Kleingemeinde Thomatal

singen, Theater der Jugend, Kinder- und Jugendfilmtage, Redewettbewerbe

- Verbesserung der Förderungsmaßnahmen (Lern- und Ausbildungsbeihilfen) für Lehrlinge, Schüler und Studenten
- Subventionierung von Lehrlings-, Schüler- und Studentenheimen zur Sicherung der Unterbringung Salzburger Jugendlicher.

Salzburger Musikschulwerk (Mai 1974 bis April 1989)

- Schaffung einer gesicherten Vereinsbasis
- Vorsitz im Kuratorium des Salzburger Musikschulwerkes: Umstellung auf ein neues Vereinsstatut (am 12. Juli 1982 von der Vollversammlung beschlossen). Auf der Grundlage dieser neuen Satzungen wurde eine Reform des Salzburger Musikschulwesens in Gang gesetzt.
- Um eine flächendeckende Versorgung der musikinteressierten Bevölkerung mit qualifiziertem Unterricht zu gewährleisten, wurde das Land Salzburg in Musikschulsprengel aufgeteilt, denen jeweils ein Leiter vorsteht.
- Beim Lehrpersonal wurde auf die fachliche, musikalische als auch pädagogische Qualifikation geachtet. Dies brachte in den folgenden Jahren einen enormen Aufschwung der musikalischen Leistungen und eine Steigerung in der Qualität des Musizierens.
- Bei der inneren Reform der Musikschulen ist insbesondere hervorzuheben: Einführung von Lehrplänen für die einzelnen Fächer, Einführung von Eintrittsprüfungen, welche bei den Bläsern

mit den Leistungsprüfungen des Blasmusikverbandes koordiniert wurden, Durchführung von Musikschullandeswettbewerben sowie Planung und Durchführung des vielbeachteten Projekts „Jugend für Mozart“ anlässlich des Mozartjahres 1991

- Durch die Einführung des Gehaltschemas für Fachlehrer konnte die Abwanderung qualifizierter Lehrkräfte in andere Bundesländer gebremst werden.
- Betrugten die Aufwendungen des Landes Salzburg für das Salzburger Musikschulwerk im Jahr 1978 9,45 Millionen Schilling, so waren es fünf Jahre später im Jahr 1983 bereits 20,783 Millionen Schilling. Weitere fünf Jahre später im Jahr 1988 betrugen diese Gelder bereits 26,361 Millionen Schilling, im Schuljahr 1990/91 erreichten die Förderungen eine Höhe von 34,937 Millionen Schilling.

Hochschulangelegenheiten (Mai 1974 bis Mai 1979 und Mai 1989 bis April 1996)

- Studie für die Unterbringung der Altstadtuniversität
- Unterbringung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in den Räumen des ehemaligen „Alten Borromäums“
- Verwirklichung der Altstadtuniversität und Ersatzbauten: HTBLA, Finanzlandesdirektion, Bundes-Polizeidirektion
- Bau der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Freisaal
- Einführung des Studienversuchs „Computerwissenschaft“ mittels Drittelfinanzierung durch die Kammer für Ar-



Der Landeshauptmann zu Besuch im Mozarteum: Prof. Herbert Kapplmüller und Studenten schildern die Probleme der Akademie für Musik und darstellende Kunst Mozarteum

beiter und Angestellte Salzburg, die Wirtschaftskammer Salzburg und das Land Salzburg im Jahr 1990 und Übernahme der Mietkosten im Techno-Z durch das Land

- Mitfinanzierung zur Einführung des Studienzweigs Ökologie an der Universität Salzburg
- Unterstützung von Hochschullehrgängen:
 - „Rechtsinformatik“
 - „Psychotherapeutisches Propädeutikum“
- Wiederbegründung des Kontaktkomitees zwischen der Universität und dem Land Salzburg
- Gründung der Medizinischen Forschungsgesellschaft
- Einrichtung einer Koordinationsstelle

für Grund- und Grenzfragen der Medizin an der Universität Salzburg (1995)

- Einrichtung eines Arbeitskreises zur Erarbeitung und Umsetzung eines „Salzburger Modells“ der Medizinischen Fakultät
- Finanzierung der Entwicklung von Fachhochschul-Studiengängen in
 - Kuchl („Holztechnik und Holzwirtschaft“),
 - Kleßheim („Tourismus und Ökologie“),
 - Salzburg („Telekommunikationstechnik und -systeme“ bzw. „MultiMediaArt“) sowie Beiträge zur Finanzierung des laufenden Studienbetriebs
- Beschluss über den Ausbau einer Vollfachhochschule am Techno-Z Salzburg

mit rund 1.000 Studierenden bis zum Jahr 2000, wodurch in Salzburg erstmals ein eigenes Technik- und ein Wirtschaftsstudium ermöglicht werden

- Schaffung bzw. Ausbau eigener wissenschaftlicher Institutionen:

- Salzburger Landesinstitut für Volkskunde (1983),
- Österreichisches Forschungszentrum Dürrenberg (1985),
- Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen (1985),
- Österreichisches Institut für Menschenrechte (1987),
- Österreichisches Institut für Rechtspolitik (1989)

- Gründung und Mitfinanzierung des Forschungsinstituts für Salzburger Musikgeschichte

- Einrichtung von Wissenschaftspreisen und Stipendien:

- Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung (1993),
- Preis für Kinder- und Jugendforschung (1995),
- Salzburger Wissenschaftspreis (1995 auf S 100.000, - erhöht),
- Salzburger John-Hopkins-Post- Graduate-Stipendium (1995)

- Seit 1989 kontinuierliche Vergabe von zwei Jahresstipendien (Universität und Mozarteum) an Studierende aus Litauen
- Gemeinsame Einrichtung der Wissenschaftsagentur mit dem Bund als Transferstelle aller im Land Salzburg vorhandenen wissenschaftlichen Ressourcen

- Jährliche, von einem wissenschaftlichen Katalog begleitete Ausstellungen in der Max Reinhardt-Forschungs- und Ge-

denkstätte in Schloss Arenberg bis 1995

- Zusammenführung des Max Reinhardt-Archivs mit dem Archiv der Salzburger Festspiele in den neuen Räumlichkeiten des adaptierten Schüttkastens (1996)

- Unterbringung des Salzburger Literaturarchivs bei den Salzburger Festspielen

- Herausgabe der vom „Komitee für Salzburger Kulturschätze“ angeregten Schriftenreihe „Inventare Salzburger Burgen und Schlösser“ zur Identifizierung ehemals salzburgischen Kulturbesitzes

- Basissubvention für die Dr. Wilfried Haslauer-Bibliothek und Beteiligung an dem Fünf-Jahres-Projekt „Geschichte der Bundesländer“

- Mitfinanzierung des auf zehn Bände angelegten Standardwerkes „Geschichte Österreichs“

- Herausgabe der Schriftenreihe „Salzburger Beiträge zur Volkskunde“

- Durchführung von wissenschaftlichen Kongressen und Symposien

Kultusangelegenheiten

(Mai 1974 bis April 1977 und Mai 1989 bis April 1996)

- Übergabe und Einweihung eines Gedenksteines für die 1732 vertriebenen Protestanten in Savannah, Georgia, USA

- Errichtung von Gedenksteinen für die rund 100 von den Nazis aus dem jüdischen Friedhof verbrachten und seither verschwundenen Grabsteine

- Einladung ehemaliger jüdischer Mitbürger anlässlich „100 Jahre Synagoge, 100 Jahre Friedhof und 125 jüdische Wiederbesiedlung Salzburgs“



Atlanta gedenkt des Georgia-Besuchs von Landeshauptmann Katschthaler als "Salzburg-Austria-Day".

- Starthilfe zur Gründung des Christlich-Jüdischen Komitees zur Fortsetzung des Dialogs und öffentlich zugänglicher Veranstaltungen

- Beteiligung am ersten Symposium auf europäischem Boden über die „Flucht nach Shanghai“, einer der letzten offenen Städte während des Zweiten Weltkriegs

- Veranstaltung eines Symposions in Zusammenarbeit mit der Erzdiözese, der Universität Salzburg und der Stiftung Pro Oriente über die Rolle der orthodoxen und unierten christlichen Kirchen in den ehemals habsburgisch-österreichischen Ländern Ost- und Südosteuropas
- Unterstützung des erstmals auf Salz-

burger Boden stattfindenden Kongresses der Europäischen-Buddhistischen Union

- Zusammenarbeit mit dem Sektenreferat der Erzdiözese

- Laufende Förderung der wissenschaftlichen Arbeit und vieler Publikationen des Katholischen Familienverbandes

Denkmalpflege und Ortsbildschutz (Mai 1974 bis April 1984)

- Zahlreiche Projekte zur Erhaltung des kulturellen Erbes im Land Salzburg (Auswahl):

- Sicherung des „Großen Radhauses“ am Hohen Goldberg in Kolm Sai-

gurn, einer Antriebsvorrichtung für den Golderz-Transport im 19. Jahrhundert.

- Bewahrung des einmaligen gotischen Voglmairhauses in Rauris vor einem zerstörenden Umbau des Dachkörpers und Sanierung des bestehenden Legschindeldaches.
- Sanierung des technischen Denkmals Muck-Klause, einer alten Holztrift-Anlage in Unken.
- Rettung des gotischen Berger-Bauernhauses in Neukirchen vor dem Verfall durch Aufsetzen eines neuen Legschindeldaches und statische Sicherung.
- Unterstützung von Sanierungsarbei-

ten am gotischen Putzhaus an der Taurach-Brücke in Mauterndorf.

- Unterstützung der Revitalisierung des damals seit langem leerstehenden „Kernwirthauses“ zu einem Hotel, ebenfalls in Mauterndorf.
- Sowie Renovierung der Stadtpfarrkirche Zell am See (1975), der Imbergkirche in Salzburg (1975), des Kalvarienberges in Oberndorf (1975), Restaurierungsarbeiten Stift Mattsee (1976), Dacherneuerung Schloß Finstergrün (1976), Revitalisierung von Schloß Goldegg (ca. 1979 bis 1982)
- Abgewendet wurde in diesen Jahren die drohende Zerstörung der histori-



Bundespräsident Kurt Waldheim besucht mit Gattin das Freilichtmuseum Großgmain, begleitet von Landeshauptmann Katschthaler mit Gattin, Landesrat Bertl Göttl (rechts), hinter ihm Direktor Michael Becker und Kulturhofrat Peter Krön.

schen Bergwerkssiedlung „Altböckstein“, die in der Folge sukzessive renoviert werden konnte und schließlich durch eine museale Einrichtung als Montandenkmal Altböckstein bekannt wurde.

- Circa 540 Fälle, darunter zahlreiche Bauernhäuser, Bürgerhäuser und Kirchen erhielten in diesen Jahren für die Sanierung ihrer historisch bedeutsamen Substanz Landesbeiträge. Dazu kommen für Kleindenkmäler beträchtliche Beihilfen zur Bewahrung von historischen Getreidekästen, Mühlen, Backöfen, Marterln, Bildstöcken und Kapellen mit ihren Altären, Skulpturen, Gemälden und sonstigen Einrichtungen in allen Landesteilen.

• Burgensicherungsprogramm

Burgen und Burgruinen sind wichtige Relikte der Geschichte, bedeutungsvoll auch deshalb, weil ihre Architektur mit der Landschaft, Bodengestalt, Wirtschaft und staatlichen Organisation aufs engste verknüpft war. Sie bilden weithin sichtbare optische Haltepunkte und sind Träger von Kontinuität. Heimat wird durch sie mitgeschaffen. Doch selbst massivste Mauern fallen und werden durch die Natur zurückerobert, wenn nicht Pflegemaßnahmen erfolgen. 1974 wurde im Landesbudget erstmals eine Haushaltsstelle „Burgensicherungsprogramm“ geschaffen. In der Folge konnten seither Sicherungs- und Renovierungsmaßnahmen an nachstehenden Objekten mit erheblicher Landesunterstützung durchgeführt werden: Burgruine Kaprun, Burgruine Lichtentann/Henndorf, Burgruine Pass Strub/Lofer, Burgruine

Pichl/Mariapfarr, Plainburg/Großgmain, Burgruine Wartenfels/ Thalgau, Burgruine Radenspach/Niedernsill und Burgruine Weyer/ Bramberg.

• Denkmalhöfe

Im Jahr 1976 wurde die Möglichkeit geschaffen, schutzwürdige bäuerliche Objekte als Denkmalhof zu widmen. Der Aktion lag die Idee zugrunde bau- und volkskundlich interessante Bauernhäuser, deren Eigentümer in Neubauten umzogen, museal zu erhalten. Es war dabei gedacht, diese Häuser entsprechend ihrer alten Wirtschafts- und Wohntradition nur sparsam mit einst im Gebrauch gewesenen Möbeln und Geräten auszustatten, damit sie den heutigen Besuchern ein lebendiges Bild der alten Kultur vermitteln. Das Land leistet hierzu finanzielle Beiträge zum Erwerb eines solchen Objektes durch eine Gemeinde oder Beiträge für die Instandsetzung im Falle etwa einer langjährigen Pacht. Als Denkmalhöfe bestehen die vielbesuchten Objekte Maurerbauernhaus in Zederhaus, Arlerbauernhaus in Abtenau, Gererhof in Annaberg, sowie das zu adaptierende Freumbichlerhaus in Henndorf. Wegen ihres spezifischen Charakters bilden die Denkmalhöfe einen bedeutenden Beitrag für das touristische Angebot der betreffenden Orte beziehungsweise Gaue.

• Ortsbildschutzgesetz 1975

Anlässlich des vom Europarat ausgerufenen Denkmalschutzjahres „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ im Jahr 1975 erschien im Landesgesetzblatt Nr. 1/1975 das Salzburger Ortsbildschutzgesetz. Es verpflichtet die Gemeinden, das Ortsbild nach Kräften zu pflegen

und es in seinem erhaltungswürdigen, für die örtliche Bautradition charakteristischen Gepräge zu bewahren. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit eröffnet, historisch besonders erhaltungswürdige Ortsbilder als Schutzzonen auszuweisen. Solche Ortsbildschutzgebiete bestehen in Radstadt, St.Veit/Pongau, Mautern-dorf, Hallein, Tamsweg, Rauris, Gold-egg. In Analogie zum Salzburger Altstadterhaltungsgesetz ist der Baubehörde hier eine Sachverständigenkommission zur Seite gestellt und es bestehen Förderungsmöglichkeiten. Der Verlust an historischer Bausubstanz konnte so verringert werden.

- Kirchenbauten

In der Zeit von 1974 bis 1977 wurden Landesmittel für die bauliche Instandsetzung zahlreicher Kirchen in Stadt und Land gewährt. In diese Zeit fällt die beginnende Restaurierung der teilweise auf Salzach-Schwemmsand gegründeten und damals statisch gefährdeten ehemaligen Ursulinen- oder Markuskirche in der Gstättengasse, die schließlich circa 33 Millionen Schilling erforderte. Das Land übernahm neben Erzdiözese, Stadt und Bund im Lauf mehrerer Jahre 25 Prozent mit circa acht Millionen Schilling. In den Jahren 1990 bis 1992 wurde der erste Bauabschnitt einer Generalsanierung der evangelischen Christuskirche bei einem Aufwand von circa sieben Millionen Schilling mit circa zwei Millionen Schilling unterstützt und Renovierungsarbeiten an der Synagoge der israelitischen Kultusgemeinde mitgetragen. Von 1991 bis zum Jahr 1995 wurde in Teilraten ein Beitrag von vier Millionen Schilling für

die Sanierung der kulturhistorisch bedeutenden Pfarrkirche Mülln bereitgestellt.

Landesarchiv

(Mai 1974 bis April 1977 und Mai 1989 bis April 1996)

- Einrichtung der Zentralregistratur als Zwischenarchiv (1974)
- Einführung der EDV in der Amtsbibliothek (1975)
- Organisation und Durchführung der Ausstellung „Das Vermessungswesen im Land Salzburg - Wege zur Ordnung des Raumes (1976)“.
- Neuaufrstellung der beiden Bibliotheken nach Formaten für die Erweiterung der EDV-Erfassung (1977)
- Organisation und Durchführung der Ausstellung „Salzburg im Bild gedruckter Karten“ und Herausgabe der Schriftenreihe des Landesarchivs Nr. 6 als Katalog (1988)
- Organisation, Aufbau und Durchführung der Ausstellung „Die alte Stadt im Gebirge, 700 Jahre Stadt Radstadt“ mit Katalog und Festschrift, Abhaltung des 21. österreichischen Archivtages, alles in Radstadt (1989)
- Organisation, Aufbau und Betreuung der Wanderausstellung „Der österreichische Staat als Angriffsziel und Gegner des Nationalsozialismus“ sowie Herausgabe der Schriftenreihe des Landesarchivs Nr. 8. „Neues aus dem Salzburger Landesarchiv“ und Nr. 9 „Die Salzburger Landtafeln (1990)“
- Mit der Kollaudierung des zu einem vollwertigen fünften Stockwerk ausgebauten früheren Dachraumes über dem

Speichertrakt am 11.11.1993 und der neuen Dachkonstruktion des Verwaltungstraktes am 21.12.1994 wurden die äußeren Umbauten (Gesamtkosten 11,8 Mio.S.) und die Neugestaltung der Innenräume abgeschlossen. Die optimale Neuorganisation der Betriebsabläufe im Landesarchiv wurde in Band 10 der hauseigenen Schriftenreihe „Salzburger Landesarchiv – Baudokumentation 1991 – 1995“ zusammenfassend dargestellt.

- In der zweiten Hälfte des Jahres 1995 wurde das gesamte Gebäude durch Verkabelung auf den Anschluss an das Internet vorbereitet.

- In den Vorgang der Abtretung größerer Archivbestände aus dem Salzburger Museum CA an das Archiv der Stadt Salzburg wurde das Salzburger Landesarchiv in der Form einbezogen, dass Archivalien, die nicht die Stadt Salzburg, sondern das Land betrafen, vom Stadtarchiv an das Landesarchiv weitergegeben wurden. Diese umfangreiche Neuerwerbung für das Landesarchiv im Ausmaß von ca. 13 Laufmetern, die u.a. die Stadtrechtsverleihung für Radstadt aus dem Jahr 1289 umfasst, wurde im Juli/Okttober 1994 abgeschlossen.

- Entdeckung und Restaurierung im Salzburger Landesarchiv des einzig bekannten Kupferstiches über den Festzug anlässlich der Domweihe 1628 in der Pfarrkirche von Villa Lagarina (Trient) ließen sich mit dem Geschenk von 66 außerordentlich bemerkenswerten Fotos von Glenn L. Kappelman über den Einmarsch der Amerikaner in Salzburg im Mai 1945 sinnvoll zu der gut besuchten Ausstellung „Einzüge“ von Mai bis Juli

1995 verbinden. Die einmalige Zusammenführung dieser für die Salzburger Landesgeschichte überaus wertvollen Bilddokumente wurde durch einen anspruchsvollen Ausstellungskatalog (Schriftenreihe des Salzburger Landesarchivs 11) bleibend dokumentiert.

Salzburger Festspiele

(Mai 1989 bis April 1996)

- Reform der Festspiele:

Entscheidung über die Führungspersonen der Salzburger Festspiele für die Zeit nach 1990. Am 16. Juli 1989 starb Herbert von Karajan, und damit eröffnete sich eine neue Verantwortung für die Salzburger Festspiele. Ein eigens eingesetztes Vorschlagskomitee suchte internationale Führungspersonlichkeiten. Das Kuratorium bestellte ein künftiges Führungsteam der Salzburger Festspiele aus drei Personen. Die alleinige Verantwortung der neuen Leitung begann ab Herbst 1991 nach dem Mozartjahr.

- Das Programm des Jahres 1992 brachte für die Salzburger Festspiele ein Medien-echo außerordentlichen Ranges, aber auch Diskussionen für und wider den neuen Stil, der vom Mut zum Zeitgenössischen geprägt ist, neue Dirigenten und Namen nach Salzburg bringt und dem Schauspiel einen hohen Rang zumisst. Die Festspielführung ging auch hinaus in die Salzburger Gemeinden, um ihr Programm vorzustellen, und bot ein anderes System des Kartenerwerbs, verbunden mit Abonnement Bestellungen an.

- Gemeinsam mit der Europäischen Union, der Republik Österreich und dem



Hans Katschthaler mit Wilfried Haslauer und Präsidentin Helga Rabl-Stadler bei der Veranstaltung zum 15. Todestag Hans Lechners 2009 in der Salzburg-Kulisse

Land Salzburg haben sich die Salzburger Festspiele, vor allem ihr Intendant Gerard Mortier für das „European Art Forum“ eingesetzt. Dieses Forum, das im Mai 1996 zum ersten Mal stattfinden wird, hat die Aufgabe, jährlich hochrangige internationale Treffen zu kunst- und kulturpolitischen Themen zu veranstalten.

- Mit maßgeblicher Unterstützung der Salzburger Festspiele konnte 1996 der Schüttkasten seiner Bestimmung übergeben werden. In diesem vor allem auch städtebaulich interessanten Gebäudeprojekt werden in Hinkunft neben dem Kartenbüro der Salzburger Festspiele, das Literaturarchiv sowie das Festspielarchiv und das Max Reinhardt-Archiv untergebracht werden.

Salzburger Altstadterhaltung (Mai 1979 bis Mai 1984)

- Novellierung des Altstadterhaltungsgesetzes
- Mit Juli 1982 trat die neue Altstadterhaltungsverordnung in Kraft, der nach dem neuen Altstadtgesetz 1980 besondere Bedeutung zukommt.
- Herausgabe des ersten Posters der Reihe „Das Detail“. Damit wurde ein kleiner Wettbewerb (Altstadtfenster) an Schulen verbunden.
- Vorarbeiten und Erhebungen für die Altstadtuniversität.
- Vorbereitung einer Salzburger Altstadterhaltungsgesetz-Novelle (1985)

Finanzangelegenheiten, Vermögensverwaltung und Landesbeteiligungen (Mai 1984 bis April 1989)

- Finanzangelegenheiten zwischen Bund, Länder und Gemeinden
 - Finanzausgleichsverhandlungen für 1985 und 1989
 - KRAZAF-Vereinbarungen 1985 und 1988: Erste Bemühungen zur Vorbereitung und Erprobung leistungsorientierter Finanzierungssysteme für die öffentlichen Krankenanstalten.
- Budgetpolitik des Landes
 - Konzipierung und Festlegung des finanzpolitischen Zieles, die Neuverschuldung bis zum Jahr 1994 zur Gänze abzubauen. Erreicht mit dem Rechnungsabschluss 1994.
 - Vorbereitung des Beschlusses der Landesregierung vom 24. Juni 1985 über strukturelle Maßnahmen (Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten, Überprüfung aller Aufgaben auf ihre Notwendigkeit, keine automatische Fortschreibung von Budgetansätzen mehr etc.) im Bereich des Landeshaushaltes.
 - Vorbereitung des Beschlusses der Landesregierung vom 28. April 1986 über die Reduzierung des Personalstandes im Bereich des Amtes und der Bezirkshauptmannschaften um zehn Prozent.
 - Mit den getroffenen Maßnahmen wurde die Haushaltsstruktur nachhaltig entscheidend verbessert. Im Gegensatz zur Entwicklung von 1974 bis 1984 nahm im Vergleich zur Ausweitung des Gesamthaushaltes in der Zeit zwischen 1984 und 1994

- * der Personalaufwand um 15 Prozent-Punkte
- * der Schuldenstand um 28,3 Prozent-Punkte und
- * der Schuldendienst 58,4 Prozent-Punkte weniger zu.

Der Schuldenstand stieg zwischen 1989 und 1994 lediglich um 10,3 Prozent gegenüber 30,7 Prozent in den übrigen Bundesländern an. Im Jahr 1994 wurde das 1985 festgelegte Ziel, die Neuverschuldung abzubauen, tatsächlich erreicht.

- Vorbereitung des „Privatisierungsbeschlusses“ des Salzburger Landtages vom 8. Juli 1987, wonach die Landesregierung ermächtigt wird, Landesbeteiligungen unter Bedachtnahme auf bestimmte Grundsätze zu Bedingungen zu veräußern. Die Erlöse aus diesen Verkäufen sind zweckbestimmt für die Förderung der Jugendbeschäftigung, der Wirtschaft und der Regionalpolitik. Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurden bis einschließlich 1989 die Aktien folgender Gesellschaften zur Gänze verkauft: Schmittenhöhebahn AG, Gletscherbahnen Kaprun AG, Österreichische Luftverkehrs-AG (AUA) und Bank für Oberösterreich und Salzburg. Darüberhinaus hat das Land Salzburg seinen Gesellschaftsanteil an der Salzburger Ferngas Ges.m.b.H. zur Gänze abgegeben.

Legislative Angelegenheiten (Mai 1989 bis April 1996)

- Novelle Nationalparkgesetz (1989)
- Salzburger Landeswappengesetz (1989)
- Gesetz über den Unabhängigen Ver-

waltungssenat (1990)

- Nationalpark Hohe Tauern: Erweiterung, Außen- und Kernzonenverordnung (1990)
- Salzburger Umweltfondsgesetz (1990)
- Wohnbauförderungsgesetze (1990)
- Salzburger Raumordnungsgesetz und Grundverkehrsgesetz (1993)
- Parteienförderungsgesetz (1991)
- Salzburger Bezügegesetz, Novelle zum Gemeindeorganebezugesetz, Novelle zur Bürgermeisterentschädigungsverordnung (1992)
- Zapfsäulenabgabegesetz (1992)
- Novelle zum Salzburger Landesumweltanwaltschaftsgesetz (1992), Altstadterhaltungsgesetz (1995)

Umweltschutz

(Mai 1975 bis Mai 1979)

- Aufwertung der Referate von Umweltschutz und Naturschutz zu eigenen Abteilungen
- Einführung und Aufbau verschiedener Umweltmesssysteme für Luft, Lärm und Staub
- Erstellung von Luft-, Staub- und Lärmemissionskatastern
- Auftrag für die Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes
- Schließung kleiner Deponien und Konzentration in drei Anlagen zur Vorbehandlung
- Beschluss der Luftreinhalteverordnung
- Aufbau eines landeseigenen und amt-



Eine Delegation überreicht dem Landeshauptmann eine Unterschriftenrolle gegen Temelin

lichen Untersuchungsdienstes für naturwissenschaftlich-technische Fragen

- Partnerschaftlicher Naturschutz des Gesprächs nach Phase hoheitlichen Plannens

- Naturschutz:

Gesetzliche Bestimmungen

- Salzburger Naturschutzgesetz 1977
- Salzburger Höhlengesetz (1985)
- Naturschutzgesetz-Novelle zum Schutz fließender Gewässer (1986)
- Gesetz über die Salzburger Landesumweltanwaltschaft (1987)
- Sicherung der Trinkwasserversorgung des Salzburger Zentralraumes über den Schutz des Ödlandes im Bereich der nördlichen Kalkalpen (1980)
- Einführung des Naturschutz- und Umweltschutzpreises in allen ungeraden Jahren ab 1983
- Sicherung des Lebensraumes des rotsternigen Blaukehlchens am Obertauern (Hundsfeldmoor) (1984)
- Sicherung von Kleinbiotopen (Tümpel) im Bundesland Salzburg auf freiwilliger Basis durch Abschluss von Verträgen (1984)
- Einrichtung der Landesumweltanwaltschaft für Ökologie und Landschaftsschutz beim Verein „Gesellschaft für darstellende und angewandte Naturkunde - Haus der Natur“ (1985)
- Naturschutzgebiete
 - Fuschlsee (1975)
 - Hammerauer-Moor / Stadt Salzburg (1976)
 - Winklmoos / Unken (1976)
 - Rosanin / Thomatal und Ramingstein (1977)
 - Trumerseen (1979)

- Ursprunger-Moor / Elixhausen (1980)
- Sieben-Möser-Gerlosplatte / Krimml (1981)
- Gerzkopf / Annaberg im Lammertal / St. Martin am Tennengebirge, Eben im Pongau und Filzmoos (1981)
- Sonntagshorn-West / Unken (1982)
- Tennengebirge (1982)
- Oichten-Riede / Dorfbeuern und Nußdorf (1982)
- Kalkhochalpen (1983)
- Landschaftsschutzgebiete
 - Salzburg-Süd (1975)
 - Aigner-Au (1980)
 - Brücker-Zeller-Moos / Bruck an der Glocknerstraße (1980)
 - Bundschuhal-Lungau-Nockgebiet / Ramingstein und Thomatal (1980)
 - Gasteinertal (1980)
 - Hüttshlager-Talschlüsse (1978)
 - Lahntal / Maishofen (1976)
 - Leopoldskroner-Moos (1977)
 - Leopoldskroner-Weiher (1976)
 - Plainberg (1976)
 - Postalm / Abtenau und Strobl (1975)
 - Siezenheimer-Au (1976)
 - Urstein / Hallein und Puch bei Hallein (1976)
 - Obertauern (1981)
 - Zeller-See (1981)
 - Rabenstein-Kellau/Golling, Kuchl und Scheffau (1971)
 - Schafberg-Salzkammergutseen (1981)
 - Irlacher-Au / St. Georgen (1981)
 - Fuschlsee (1981)
 - Twenger-Au (1982)
 - Goldegger See (1983)
 - Niedere Tauern (1986)
 - Trumerseen (1986)
- Verordnungen

- Allgemeine Landschaftsschutzverordnung (1980)
 - Salzbürger Berg- und Naturwachtverordnung (1979)
 - Zwei Novellen zur Tierarten-Schutzverordnung (1980)
 - Naturpark Untersberg (1983)
 - Naturschutzbuchverordnung (1985)
 - Errichtung eines repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten im Land Salzburg ab 1986
 - Renaturierung eines Lammer-Altarmes im Gemeindegebiet von Scheffau 1986 bis 1990
 - Ausweitung der Förderungstätigkeiten
 - Entwässerungsverzicht: auf ökologisch bedeutenden Flächen wurde ein Entwässerungsverzicht auf freiwilliger Basis gegen Leistung einer entsprechenden finanziellen Verzichtsprämie eingeführt.
 - Prämienausweitung: Ausweitung der Mähprämie auf ökologische Flächen in Landschaftsschutzgebieten und Einführung von Prämien für ästhetische Verbesserungen (Holzdächer, Zäune, etc.). Dabei wurde eine entsprechende Aufstockung des Budgets vorgenommen.
- Nationalpark Hohe Tauern
(Mai 1974 bis Mai 1979 und Mai 1984 bis April 1996)**
- Initiativen zur Akzeptanz des Nationalparks in den Gemeinden: Bürgergespräche, Gemeindeversammlungen, Partnerschaften
 - Sonderschutzgebiete: Pifflkar, Wandl, Untersulzbachtal
 - Artikel 15a-Vereinbarung mit dem Bund sowie Kärnten über die Förderung des Nationalparks Hohe Tauern (Juli 1990)
 - Erweiterung des Nationalparks (1991): Teile der Gemeinden Badgastein, Hüttschlag, Muhr
 - Neuorganisation der Nationalparkkooperation zwischen Kärnten, Salzburg und Tirol (Nationalparkrat) (1992)
 - Initiativen zur Förderung und Entwicklung der Nationalparkregion
 - Nationalparkgesetz-Novelle betreffend Kultur und Dorfökologie
 - Almpflegekonzept: österreichweit einzigartiges Konzept für die Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung einer herkömmlichen Bewirtschaftungsform
 - Förderung der Erhaltung des alpinen Wegenetzes
 - Forschungskonzept und Förderung von Forschungsprojekten
 - Einrichtung des Wissenschaftlichen Beirates
 - Einrichtung von Nationalparkinformationsstellen in den Nationalparkgemeinden
 - Erstellung eines Bildungsprogrammes (Nationalpark-Akademie, Nationalpark-Exkursionen, Nationalpark-Vorträge, Nationalpark-Vorträge in Schulen, Nationalpark-Diskussionsveranstaltungen, Klausnerhaus-Wochen, Nationalpark-Diaserie, Betreuung von Bildungsveranstaltungen)
 - Bemühungen um ein Alternativ-Technologie-Zentrum in der Pinzgauer Nationalparkregion
 - Beitritt zur Europäischen Föderation



Die Landeshauptleute Alois Partl, Hans Katschtaler und Jörg Haider präsentieren das unterzeichnete Nationalparkabkommen gemeinsam mit Bundesministerin Marilies Flemming

- Natur- und Nationalparke und zur IUCN
- Initiative zur Koordination einheitlicher Nationalparkrichtlinien für Österreich
 - Vorbereitung des Nationalparks Kalkhochalpen (rund 200 Quadratkilometer)
 - Fertigstellung des Entwicklungs- und Förderungskonzeptes für die Nationalparkregion
 - Organisatorisches und inhaltliches Konzept für die Nationalparkakademie
 - Salzburger Beitrag zu den IUCN-Kriterien und -Definitionen für Nationalparke für Europa im Rahmen der ARGE Alpenländer
 - Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Nationalparkregion Hohe Tauern“
 - Fortführung der Arbeiten zum Nationalpark-Managementplan
 - Förderung zur Erhaltung heimischer

- Haustierrassen (z.B. des Pinzgauer Rindes)
- Einsatz des GPS-Systems (Satellitennavigationssystem) zur Datenerfassung im Nationalpark
 - Wiederansiedlung von Alpensteinböcken im Rauriser Tal
 - Bartgeier-Patenschaft durch den Salzburger Nationalparkfonds
 - Durchführung zahlreicher Lehrerfortbildungsveranstaltungen zum Thema „Ökologische Aspekte der Alpenregion“
 - Präsentation des Besucherinformationssystems (BIS) über den Nationalpark Hohe Tauern
 - Herausgabe der Gemeinschaftspublikation „Tauernblicke“ und Aussendung an alle Haushalte in Kärnten, Salzburg und Tirol

- Mitwirkung an Vorbildaktion ÖAV-ÖBB zur Imageverbesserung des öffentlichen Verkehrs für Bergsteiger
- Herausgabe des 10-Jahresberichtes über den Nationalpark Hohe Tauern „Umdenken“
- „10-Jahre Nationalpark Hohe Tauern - einfach begehen“-Veranstaltungen in den Nationalparkgemeinden
- Vertretung des Resolutionsantrages des Salzburger Nationalparkfonds betreffend IUCN-Richtlinien anlässlich der 19. IUCN-Generalversammlung
- Umsetzung des Entwicklungs- und Förderungskonzeptes für die Nationalparkregion als Grundlage für die Einreichung von EU-Leader II-Förderungsprojekten
- Aufnahme eigenerwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten im Rahmen der Steuer- und gewerberechtlichen Möglichkeiten durch den Salzburger Nationalparkfonds
- Fertigstellung des Nutzungskonzeptes „Nationalparkzentrum“
- Installierung des Besucherinformationssystems in Hüttschlag
- Herausgabe des Naturführers „Inneres Gasteinertal“
- Eröffnung der Nationalparkinformationssstelle in Muhr
- Verbesserung der Verkehrssituation im Nationalpark-Vorfeld
- Bemühungen um Problemlösungen „Befahrungen und Befliegungen“
- Verhandlungen um die den Landesaufwendungen angepassten Bundesmittel für den Nationalpark und Einzahlung der Bundesmittel in den Nationalparkfonds
- Mitarbeit an den „Anleitungen zur Anwendung der IUCN-Managementka-

tegorien in Europa“

- Mitwirkung in der ARGE Nationalparkregion zur Vorlage von EU-Leader II-Projekten
- Abschluss der Arbeiten „Leitbild des Nationalparkrates“
- Überarbeitung und Fortschreibung des Forschungskonzeptes 1986
- Vorarbeiten zur Ausweisung von NATURA 2000-Schutzgebieten
- Erstellung des Teilleitbildes „Wissenschaft und Forschung“ des Nationalparkrates
- Ausarbeitung eines Forschungskonzeptes (Dauerbeobachtungen -Monitoring) Modellprojekt Untersulzbachtal
- Neuauflage Naturführer „Kapruner Tal“
- Errichtung von „Nationalparkecken“ auf Schutzhütten
- Stellungnahme zur Umsetzung des Aktionsplanes der IUCN für Schutzgebiete in Europa „Parke für das Leben“
- Beitrag Salzburgs anlässlich des internationalen Seminars über grenzüberschreitende alpine Schutzgebiete in Neusüd-Wales/Victoria (Australien)
- Mitwirkung am Seminar für Europadiplom-Schutzgebiete (am Beispiel der Krimmler Wasserfälle)

Nationalpark Kalkhochalpen

- Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesforsten und Bayerischen Saalforsten, der Salzburger Jägerschaft, dem Einforstungsverband, den Alpenvereinen und Grundbesitzer- Interessensvertretungen
- Informations-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in den Gemeinden

- Kuchl, Golling, Werfen, Mühlbach, Dienten, Maria Alm, Weißbach, St. Martin und Lofer
- Informationsveranstaltung für den Vorstand des Österreichischen Naturschutzbundes
- Informationsveranstaltung mit der Geschäftsführung des WWF-Österreich
- Überarbeitung des Gesetzesvorentwurfes derart, dass im Nationalpark Kalkhochalpen das Salzburger Jagd- und Fischereigesetz Gültigkeit hat
- Ausarbeitung der Vereinbarung zur Einbindung des Personals der Bayerischen Saalforste und Österreichischen Bundesforste in die Privatwirtschaftsverwaltung

Örtliche Raumordnung (April 1977 bis Mai 1979)

- Mit 1. Mai 1977 Inkrafttreten des neuen Raumordnungsgesetzes 1977 (ROG 1977) mit wesentlich erweiterten Planungsmöglichkeiten für die Gemeinden.
- Das dabei neu eingeführte „Räumliche Entwicklungskonzept“ bewährt sich in der Folge als das bedeutendste Planungsinstrument der Gemeinde. Es wird in den Raumordnungsgesetzen mehrerer Bundesländer in ähnlicher Form nachgearbeitet.
- Einführung der neuen Bestimmungen des ROG 1977 in der Planungspraxis, Erarbeitung von Planungsgrundlagen, Vorbereitung einer ersten Planzeichenverordnung für Flächenwidmungspläne.
- Erste generelle Überarbeitungen von Flächenwidmungsplänen in mehreren Gemeinden aufgrund des ROG 1977.

- Vorbereitungen für die ersten Baulandmodelle zur Sicherung verfügbaren Baulandes im Zusammenhang mit der Agrarbehörde (Einleitung des Modellprojektes Mariapfarr im Jahr 1979).
- Erstellung eines Salzburger Raumordnungskatasters

Maschinenbau, Elektrotechnik und technisches Kraftfahrwesen (Mai 1979 bis Mai 1984)

- Grundlegende Vorarbeiten für die Errichtung der Kfz-Prüfstelle in der Karolingerstraße.

Bau- und Straßenrecht (Mai 1979 bis Mai 1984)

- Novelle Bautechnikgesetz 1981: Verschärfung der Vorschriften über den Wärmeschutz, den Umweltschutz und die Luftreinhaltung

Feuerwehrwesen und Brandverhütung (Mai 1979 bis April 1996)

- Konzept für die Mindestausrüstung der Feuerwehren
- Beschaffungaktionen für Geräte
- Durchführungsverordnung für das Landesfeuerwehrgesetz
- Spezialausrüstung für die Portalfeuerwehren der Tauernautobahn
- Neubau der Landesfeuerweherschule
- Zahlreiche Neubauten von Feuerwehrhäusern in den Gemeinden
- Versicherungsschutz für Feuerwehrleute
- Feuerwehr-Zeugstättenprogramm (vor allem für finanzschwache Gemeinden)



Der Landeshauptmann besucht eine Feuerwehrrübung

- Prioritätenprogramme 1979 – 1984, 1984 – 1989, 1989 – 1994, 1994 – 1999
- Erhalten des Aktivstandes der Feuerwehrmitglieder
- Verstärkte Förderung des Nachwuchses: Feuerwehrjugendgruppen
- Aus- und Fortbildung der aktiven Mannschaften: Schwerpunkt Führungskräfte
- Fortführung des Drehleiterbeschaffungsprogrammes
- Fortführung des Feuerwehrhaus-Bauprogrammes 1995 bis 1998
- Fertigstellung des Relaisfunknetzes der Feuerwehren
- Erhaltung der überörtlichen Ausrichtung für Katastropheneinsätze

Wasserbau (März 1979 bis Mai 1984)

- Ökologisierung des Flussbaues
- Gersbachregulierung - Stadt Salzburg (1979), Hochwasserschutz Seidenausiedlung – Adnet (1980), Alterbachregulierung – Stadt Salzburg (1981), Ennsregulierung Flachau (1982), Murregulierung Lungau, Taurach-Weißpriachregulierung Lungau, Almkanalsanierung, Felberachenregulierung – Mittersill (1981), Salzachregulierung – Bischofshofen (bis 1982)
- Wasserbautechnischer Sachverständigendienst und Wasserwirtschaftliche Planung

- Beginn der Verhandlungen zur grundlegenden Sanierung und zum Ausbau der Abwasserreinigungsanlagen der PWA-Hallein
- Einsetzung eines Konsulententeams für Gestaltungsfragen der Flusskraftwerke an der mittleren Salzach, Akzeptanz für die Kraftwerke
- Beginn des Ausbaues der Kraftwerksskette an der mittleren Salzach im Pongau
- Arbeitsgruppe Wasserwirtschaft und Naturschutz, Koordination zwischen Wasserwirtschaftlicher Planung und Naturschutz
- Renaturierung von Fließgewässern und Tümpeln
- Gesamtuntersuchung Salzach

Hydrographischer Landesdienst (Mai 1979 bis Mai 1984)

- Erlassung des Hydrographiegesetzes 1980 unter Mitwirkung der Länder. Damit wurden die hydrographischen Dienste der Länder auf eine gesetzliche Basis gestellt und die Finanzierung gesichert.
- Beginn des Ausbaues der großen Schreibpegel- und Seilmeßanlagen mit den dazugehörigen Fernmeldeeinrichtungen an den Hauptflüssen des Landes Salzburg im Jahre 1981 zur Verbesserung der Datenerfassung und zur Ergänzung von genauen Hochwasserprognose.

Wirtschaftsförderung (Mai 1979 bis Mai 1984)

- Einführung der betrieblichen Innovationsförderung und Schaffung eines von

Land und Handelskammer gemeinsam finanzierten Innovationsreferates im WiFi: Ab dem Jahr 1980 stellt das Land für einzelbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die vom Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft gefördert werden, zur Erleichterung der Finanzierung dieser risikoträchtigen Vorhaben zusätzlich zur FFF-Förderung Zuschüsse zur Verfügung. Darüber hinaus erhielten die Unternehmen im Wege des Innovationsreferates, das gemeinsam von Land und Handelskammer finanziert wurde, umfassende Beratungsleistungen bei der Durchführung von Innovationsprojekten.

- Sonderförderungsaktion des Salzburger Strukturverbesserungsfonds für Infrastrukturprojekte der Gemeinden: Um vor allem finanzschwachen Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ihre Verkehrs-, Bildungs- und Freizeitinfrastruktur zu modernisieren so wie auszubauen, wurde beim Salzburger Strukturverbesserungsfonds im Jahr 1980 eine Sonderförderungsaktion zur Unterstützung kommunaler Infrastrukturinvestitionen ins Leben gerufen.

- Schwerpunktförderung zur Verbesserung der Salzburger Wirtschaftsstruktur (Zinsenzuschußaktion): Diese zu Jahresbeginn 1980 eingerichtete Förderungsaktion diente zur Unterstützung bedeutender Betriebsansiedlungen sowie zur Erleichterung der Finanzierung von Investitionen bestehender Unternehmen, die geeignet waren, die regionale Wirtschaftsstruktur zu verbessern sowie die Exportchancen der Salzburger Wirtschaft zu intensivieren oder Imports substitutionen zu bewirken.



Zur Eröffnung des neuen Firmensitzes der Mercedes-Benz Generalvertretung in Salzburg wurde seitens des Unternehmens als Ausdruck der Verbundenheit eine 180 Millionen Jahre alte Schieferplatte mit fossilen Ammoniten überreicht.

- Regionale Sonderförderungen für den Lungau und Oberpinzgau: Das Land Salzburg und der Bund haben im Spätherbst 1981 die sogenannte gemeinsame Sonder-Förderungsaktion zur Schaffung von industriellgewerblichen Arbeitsplätzen im Lungau ins Leben gerufen. Mit dieser Sonder-Förderungsaktion wurde die Möglichkeit geschaffen, für industriellgewerbliche Investitionsprojekte, mit denen neue Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, Zuschüsse bereitzustellen. Zu Jahresbeginn 1984 wurde der regionale Geltungsbereich dieser Sonder-Förderungsaktion auf den Oberpinzgau ausgedehnt und für beide peripheren Regionen (Lungau/Oberpinzgau) eine weitere Schwerpunktförderung gemein-

sam mit der Bürges-Förderungsbank vereinbart. Das Wesen dieser zweiten Schwerpunktförderung bestand darin, dass für betriebliche Investitionsprojekte erhöhte Kreditkostenzuschüsse von fünf Prozent pro Jahr bereitgestellt werden konnten.

- Salzburger Betriebsfestigungsgesetz: Zu Jahresmitte 1983 trat das Salzburger Betriebsfestigungsgesetz in Kraft. Dieses Bürgschaftsinstrument wurde für Klein- und Mittelbetriebe, die einen zusätzlichen Kreditbedarf durch die klassischen Besicherungsmöglichkeiten nicht mehr abdecken konnten, geschaffen. Primäres Ziel dieser mit wesentlicher Landesunterstützung eingerichteten Bürgschaftsaktion war, kleinen und mittleren Salz-

burger Unternehmen bei der Existenzsicherung zu helfen und einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung zu leisten.

- Zusatzprämie des Landes zur bundesweiten Prämienaktion Komfortzimmer und Sanitärräume: Ziel dieser Direktzuschußaktion war es den Komfort in den Gästezimmern und in den Personalunterkünften bestehender Betriebe des Gastgewerbes zu verbessern. 1981 erfolgte eine Aufstockung dieser Basis-Prämien durch Zusatzprämien des Landes.

- Betriebsansiedlungsaktivitäten: Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung bescheinigte in seiner Bundesländer-Berichterstattung vom Mai 1984 dem Land Salzburg den relativ größten Erfolg bei Betriebsansiedlungsbemühungen in den vergangenen drei Jahren. Mitentscheidend für diesen Erfolg war auch die bedeutsame Ausweitung der Förderungsgelder des Landes zur Erleichterung der Finanzierung von Grundstücksbeschaffungen für Betriebsansiedlungsprojekte.

- Im Zeitraum 1979 bis 1984 wurden insgesamt 5.910 Wirtschafts- und Fremdenverkehrsprojekte aus dem Wirtschaftsförderungsbudget des Landes durch Zinsenzuschüsse und nicht rückzahlbare Zuschüsse unterstützt. Das durch Zinsenzuschüsse geförderte Kreditvolumen betrug mehr als 3,2 Milliarden Schilling, darüberhinaus wurden Direktzuschüsse von mehr als 81 Millionen Schilling geleistet.

- Betriebsansiedlungen in enger Kooperation mit der Salzburger Betriebsansiedlungs-GesmbH heute: (Tech-In-

vest). Zur Erleichterung der Finanzierung der Beschaffung von Industrie- und Gewerbegrundstücken für Betriebsansiedlungen wurden im Zeitraum 1979 bis 1984 Wirtschaftsförderungsgelder des Landes von mehr als 25 Millionen Schilling bereitgestellt. Diese Förderung betraf im wesentlichen die Übernahme der Finanzierungskosten des für die Grundstücksbeschaffung eingesetzten Fremdkapitals.

Personalangelegenheiten (Mai 1989 bis April 1996)

- Objektivierung von Anstellungen im Landesdienst: öffentliche Ausschreibung und transparente Auswahlverfahren mit Punktereiung.

- Objektivierung bei Führungskräftebestellungen (öffentliche Ausschreibung, Auswahlverfahren)

- Aufgabenreform (Beginn 1990): Überprüfung von mehr als 17.000 Aufgaben der Landesverwaltung auf ihre Notwendigkeit und Intensität, Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen und von Einsparungspotential. Einsparung bisher 182 Dienstposten.

- Personalreform: neue Methoden in der Personalentwicklung: strukturiertes Mitarbeitergespräch, Entwicklungs-Assessment-Center für Nachwuchsführungskräfte

- Bildungsoffensive für Mitarbeiterinnen im Landesdienst: Einrichtung eines Salzburger Landesbildungszentrums in St. Gilgen, Reform der Grundausbildung, Neugestaltung der Fortbildungsmöglichkeiten, Bildungsbedarfserhebung

- Schulungs- und Trainingsprogramme für bestellte und zukünftige Führungskräfte: Managementausbildung für die Landesspitäler, Organisationsentwicklung einzelner Dienststellen
- Umfassende Neuausrichtung der Salzburger Landesverwaltung im Projekt Landesdienst 2000 bzw. Landeskliniken 2000 unter besonderer Bürger-, Patienten- und Produktorientierung nach internationalem Vorbild.
- Maßnahmen zur Straffung des Personalstandes um weitere 10 Prozent bis zum Jahr 1999.

Regionale Außenpolitik – Europapolitik (Mai 1989 bis April 1996)

- Versammlung der Regionen Europas (VRE)
Auf Initiative von Landeshauptmann Dr.

Hans Katschthaler fasste die Salzburger Landesregierung am 18. Juni 1990 einstimmig den Beschluss, der Versammlung der Regionen Europas beizutreten. Salzburg hat sich seither mit besonderem Engagement für die Stärkung der Länderrechte in diesem europäischen Forum eingesetzt. LH Dr. Hans Katschthaler wurde am 3. Juli 1992 und am 3. Dezember 1994 zum Vorstandsmitglied gewählt.

- Konferenz „Europa der Regionen“ Das Land Salzburg wirkte aktiv in dieser über Initiative des Freistaates Bayern im Juni 1989 gegründeten Vereinigung mit. Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler vertrat auch in diesem Gremium mit Nachdruck das Interesse der österreichischen Bundesländer an einer Stärkung der Regionen in den europäischen Verträgen.
- Partnerschaften des Landes



Ein Europa der Regionen im Mittelpunkt der Gespräche: v.l. Landeshauptmannstv. Christoph Leitl, Ministerpräsident Lothar Späth, Landeshauptmann Martin Purtscher und Landeshauptmann Hans Katschthaler

- Mit Litauen:
Aufgrund des Partnerschaftsabkommens des Landes Salzburg mit Litauen aus dem Jahr 1970 spielte das Land Salzburg naturgemäß eine besondere Rolle bei den Bemühungen Litauens um die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates. So unterstützte Salzburg die demokratische litauische Regierung bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen. Die politischen Umwälzungen führten auch zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit, die sich in der Vermittlung von Know-how und einem verstärkten Expertenaustausch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, Kultur und Medizin äußerten. Ein besonderer Schwerpunkt war die humanitäre Hilfe des Landes Salzburg. Trotz schwieriger Bedingungen wurden in der Zeit des politischen Umbruchs zahlreiche Transporte von Hilfsgütern und Medikamenten nach Litauen geliefert. Am 26. August 1991 richtete Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler einen Appell an die österreichische Bundesregierung, die drei baltischen Staaten sofort anzuerkennen. Angesichts der Erlangung der Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Litauens (Anerkennung durch Österreich am 28. August 1991 als souveräner Staat) wird die bisherige Partnerschaft durch eine neue Form der Zusammenarbeit fortgesetzt. Zu diesem Zweck wurde am 25. Februar 1992 eine Salzburgisch-Litauische Gesellschaft gegründet.

All diese Initiativen von Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler führten u.a. dazu, dass im August 1993 ein Generalkonsulat von Litauen in Salzburg eingerichtet wurde. Inzwischen wurde auch eine Botschaft der Republik Litauen in Wien eröffnet.

Die Partnerschaft hat sich in den letzten Jahren in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, Kultur und Medizin besonders entwickelt. Eine dauerhafte Zusammenarbeit und ein kontinuierlicher Austausch anstelle von einmaligen Projekten wird dabei bevorzugt. Es geht vor allem darum, den litauischen Partnern Kontakte mit Experten zu vermitteln und Know-how zur Verfügung zu stellen, egal ob es sich um Krankenhausmanagement, die Einführung einer Krankenversicherung, um Verfassungsfragen oder Aspekte der Schulorganisation handelt.

So konnte beispielsweise im Herbst 1995 mit maßgeblicher Unterstützung aus Salzburg in der Stadt Silute in Litauen eine Gastgewerbeschule eröffnet werden. Diese Schule orientiert sich nicht nur an den Salzburger Lehrplänen, sondern auch die dort verwendeten Unterrichtsmaterialien und die Einrichtung wurden großteils vom Salzburger Landesschulrat organisiert und zur Verfügung gestellt. Die meisten Möglichkeiten zur Kooperation ergeben sich auf kulturellem Gebiet: Ausstellungen und Konzerte im Partnerland oder die Zusammenarbeit von Musikhoch-

schulen und Bibliotheken sind hier als Beispiele zu nennen.

Offiziell gefeiert wurde das Jubiläum „25 Jahre Partnerschaft Salzburg-Litauen“ am 7. November 1995 mit einer Festveranstaltung in der Salzburger Residenz.

• Mit Trient:

Am 6. April 1981 hat die Salzburger Landesregierung beschlossen, eine Partnerschaft zwischen dem Bundesland Salzburg und der autonomen Provinz Trient zu schließen. Am 1. Februar 1988 wurde der Ziel- und Maßnahmenkatalog durch ein Einbarungsprotokoll ergänzt, das ein Arbeitsprogramm auf den Gebieten Fremdenverkehr, Bildung und Forschung sowie Kultur für den Zeitraum um 1988 bis 1993 enthält. Dieses Arbeitsprogramm wird durch vielfältige Aktivitäten belebt.

In Fortführung der im April 1981 beschlossenen Partnerschaft zwischen der autonomen Provinz Trient und dem Land Salzburg wurde am 1. Oktober 1993 zwischen dem damaligen Präsidenten Dr. Gianni Bazzanella und dem Salzburger Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler ein Einbarungsprotokoll unterzeichnet, das in den Bereichen Bildung und Forschung, Jugend sowie Kultur ein ausführliches Arbeitsprogramm enthält.

In Sinne dieses Einbarungsprotokolls fanden in den genannten Bereichen 1994 sowie 1995 umfangreiche Aktivitäten statt. Zu nennen wären hier z.B. Sprachferien-Aufenthalte, Kinderferienwochen, Berufsprakti-

ken sowie Künstler- und Kulturaustausch. Diese Aktivitäten sollen auch in den nächsten Jahren um einige Bereiche erweitert fortgeführt werden.

• Das Übereinkommen Salzburg-Slowenien: Am 22. April 1992 wurde ein Salzburg eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen dem Land Salzburg und der Republik Slowenien unterzeichnet. Damit erhielt die bisher bestehende Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria eine neue und erweiterte Form und berücksichtigte auch den aktuellen völkerrechtlichen Status der Republik Slowenien. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: Die Republik Slowenien und das Bundesland Salzburg begrüßen die bisher bestehende Zusammenarbeit, welche schon seit mehreren Jahren vor allem im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria und deren Kommission auf verschiedenen Gebieten stattfindet. Beide Seiten stellen fest, dass die Möglichkeiten für eine bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Republik Slowenien und dem Bundesland Salzburg noch nicht genügend ausgeschöpft sind. Sie erklären deshalb deutlich ihren Willen und ihre Bereitschaft, ihre Beziehungen in der Zukunft noch intensiver zu entwickeln, und zwar in einer Weise und Form, welche auf der Tatsache beruhen, dass sich der völkerrechtliche Status der Republik Slowenien verändert hat. Konkrete in der gemeinsamen Erklärung näher beschriebene Arbeitsbereiche sind: Wirtschaft, Fremdenverkehr, Kultur, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Technologie, Wissenschaft und Bildung,

Dorferneuerung, Verkehr und soziale Sicherheit, europäische Integration.

• Integrationsrat:

Salzburg richtete als erstes österreichisches Bundesland im Mai 1991 einen Integrationsrat ein. Die konstituierende Sitzung fand am 13. Juni statt. Der Integrationsrat berät die Landesregierung in Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich oder sonstige wichtige Interessen der Länder betreffen und von der europäischen Integration berührt werden. Der Rat wurde nach sieben Sitzungen durch Beschluss der Salzburger Landesregierung (24.3. 1995) aufgelöst. Der Landeshauptmann berichtet regelmäßig in der Regierungssitzung über aktuelle Entwicklungen in Europafragen, dem Landtag werden aufgrund des Landesverfassungsgesetzes über die Mitwirkung des Landes Salzburg im Rahmen der Europäischen Union umfassende Unterlagen zur Verfügung gestellt. Der Landtag richtete 1992 einen eigenen Ausschuss für Europa und Integrationsfragen ein. Aus diesem Grund war die Weiterführung des Rates nicht mehr erforderlich.

• Einrichtung eines Salzburg-Büros in Brüssel: Am 2.4.1992 wurde das erste Regionalbüro eines österreichischen Bundeslandes eröffnet. Das Verbindungsbüro sammelt Salzburg-relevante Informationen, beobachtet Trends und informiert die Landesregierung über aktuelle Entwicklungen. Dem Salzburger Beispiel folgten in den folgenden Jahren weitere sieben Länder.

• Nach der Aufbauarbeit durch Dr. Volkmar Hierner wurde das Verbindungsbüro

als Außenstelle der Fachabteilung Landes-Europabüro als Amtsdienststelle integriert.

• Neuorientierung der Arge Alp als Faktor der europäischen Politik

• Bürgerinformation zum Thema EU: öffentliche Diskussionsreihe, Vorträge, Landessymposion, Parlamentarische Enquete

• Teilnahme an den EU-Beitrittsverhandlungen Österreichs durch LH Dr. Katschthaler (Luxemburg, 5.10. 1993)

• Vorlage des Berichts „Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union aus der Sicht des Landes Salzburg“ mit dem vollen Wortlaut des Beitrittsvertrages an den Salzburger Landtag (25.5.1994)

• Eröffnung des Euro-Info-Points im Bürgerbüro des Amtes am 6. April 1995

• Einrichtung der Fachabteilung „Landes-Europabüro“ als Koordinationsstelle für Europafragen im Land und zur Vertretung des Landes in internationalen Einrichtungen bzw. Gremien der Europäischen Union und des Europarates

• Studienreise einer Salzburger Regierungsdelegation in die EUREGIO-Großnau im deutsch-niederländischen Grenzgebiet

• Erste grenzüberschreitende bayerisch-salzburgische Bürgermeisterkonferenz am 14. September 1994 in Wals-Siezenheim: Vorbereitung zur Gründung der EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land/Traunstein, Gründung am 22.5. 1995 in Bad Reichenhall

• Aktive Mitarbeit im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union: Wahl von LH Dr. Katschthaler zum Vizepräsidenten des Ausschusses der Re-



Begegnung mit Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu im März 1996 im Chiemseehof: v.l. Hans Eder (Intersol), Rigoberta Menchu, Hans Katschthaler und Franz Schausberger

gionen in der Funktionsperiode bis März 1996, Mitarbeit im Präsidium, in der Sonderkommission „Institutionelle Angelegenheiten“, in der Fachkommission 7 (Europa der Bürger, Forschung, Kultur, Jugend, Verbraucher) und im Unterausschuss 7 (Jugend und Sport). Leitung der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen.

- Bericht an den Salzburger Landtag über den Ausschuss der Regionen (Mai 1995)
- Vorlage eines Zwischenberichtes „Salzburg in der Europäischen Union“ an den Salzburger Landtag (Oktober 1995)

- Information an den Landtag über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Integration, die in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen: Übermittlung von rund 260 Dokumenten zwischen 5.7.1993 und 18.3.1996.
- Mitarbeit im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) des Europarates

Entwicklungszusammenarbeit (Mai 1989 bis April 1996)

- Abhaltung entwicklungspolitischer Informationstagungen in allen Bezirken auf Einladung des „Entwicklungspoliti-

schen Beirates der Landesregierung“ und unter Einbeziehung der örtlichen Initiativen, der regionalen Abgeordneten, Bürgermeister, Lehrer und Bildungswerkleiter

- In Übereinstimmung mit einer Empfehlung der Vereinten Nationen und des Weltkirchenrates werden die landeseigenen Einrichtungen aufgefordert, bis zur Abschaffung des Apartheidregimes, keine Waren und Produkte aus Südafrika mehr anzuschaffen.
- Das Land Salzburg verzichtet grundsätzlich auf die Verwendung von Tropenholz bei landeseigenen Gebäuden.
- Als erstes von mittlerweile acht Bundesländern tritt Salzburg im Oktober

1989 dem „Klimabündnis mit den Völkern Amazoniens zum Erhalt der Erdatmosphäre“ bei.

- Zweckwidmung von 15 % der für die Entwicklungspolitik im Landeshaushalt ausgewiesenen Finanzmittel für die Bildungs- und Informationsarbeit im Inland.
- Beginn mittelfristig abgesicherter Regionalkooperationen mit den Regionen San Vicente in El Salvador und Singida in Tanzania.
- Symposium „Entwicklungspolitik der Zukunft - Analysen und Perspektiven für Salzburg“ am 16. März 1996 mit Gastrednerin Rigoberta Menchu, Friedensnobelpreisträgerin aus Guatemala.

Besuch im Landesrechnungszentrum



Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik (Mai 1989 bis April 1996)

- Umgestaltung des Landespressebüros in ein Medien- und Marketingzentrum des Landes Salzburg
- Einführung der Kommunikations-schiene Marketing
- Einrichtung einer Videoproduktion des Landes (bisher insgesamt 48 Produktionen)
- Schaffung eines elektronischen Medienarchives, die auch eine tagesaktuelle Nutzung ermöglicht
- Konzentrierung der Messen- und Ausstellungstätigkeit des Landes im Landespressebüro
- Einführung eines einheitlichen Erscheinungsbildes (CD) für Amt der Landesregierung und der Regierung
- Genehmigung des ersten Privatradios im Land Salzburg (Radio Melody, 1995)
- Ausbau des Nachrichtendienstes des Landes (LK)
- Relaunch und Umfangerweiterung der SLZ/Unser Land
- Inangriffnahme des Projektes Land Salzburg im Internet
- Bemühung um die gemeinsame Einrichtung einer Homepage „Salzburg“

(gemeinsam mit Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Stadt Salzburg, SLT) im Internet

- Durchführung von EU-Informationskampagnen
- Kampagnen zu den Themen; Einführung des Verkehrsverbundes, Salzburg zaubert, Familienförderung, Transitverkehr über Deutsches Eck
- Aktion „Befreit und Besetzt, Salzburg im ersten Nachkriegsjahrzehnt, 1945-1955“
- Herausgabe von Quellenbüchern zur Geschichte Salzburgs (Zeitraum 1918 bis 1970)
- Seit 1974 sind in der Schriftenreihe des Landespressebüros 378 Publikationen erschienen

(Diese Übersicht wurde von Andreas Kiefer anlässlich des Ausscheidens von Hans Katschthaler als Landeshauptmann im April 1996 in einfacher Aufmachung vorgelegt. Die Publikation dieses Buchs anlässlich des 80. Geburtstags des verstorbenen Altlandeshauptmanns bietet eine willkommene Gelegenheit, die Zusammenstellung von Ressortinitiativen in 22 Jahren Zugehörigkeit zur Landesregierung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.)

ANHANG

Die Autoren

Herbert Batliner, Senator Dr., Vaduz, ist u.a. Präsident der Humanitären Liechtensteinischen Stiftung Propter Homines mit Sitz in Vaduz, in deren Stiftungsrat Hans Katschthaler ab 1996 als Mitglied und Vizepräsident tätig war.

Alfred Berghammer, Hofrat Dr., Salzburg, war von 2004 bis 2012 Leitender Komtur des Ritterordens vom Hl. Grab zu Jerusalem für Salzburg und ist Mitglied mehrerer Katholischer Studentenverbindungen.

Heinz Dopsch, Univ.Prof. Dr., Seekirchen, war von 1984 bis 2011 Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Landesgeschichte an der Universität Salzburg und ist verantwortlich für die Redaktion der Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde.

Roland Floimair, Hofrat Dr., Mattsee, war von 1989 bis 2010 Leiter des Landespressebüros. Er ist u.a. Herausgeber von vier Bildbänden zum Nationalpark Hohe Tauern.

Wilfried Haslauer, Dr., Salzburg, ist Sohn des Vorgängers Hans Katschthalers als Landeshauptmann von Salzburg (1977-1989), Wilfried Haslauer sen.. Wilfried Haslauer jun. ist seit 2004 Landeshauptmannstellvertreter und Landesobmann der Salzburger ÖVP.

Othmar Karas, Mag., M.B.L.-HSG, Ybbs an der Donau, war ab 1979 Politischer Referent in der ÖVP-Bundespartei und ab 1983 Abgeordneter zum Nationalrat. 1999 wurde der ÖVP-Generalsekretär Mitglied des Europäischen Parlaments, er ist seit 2011 Leiter der ÖVP-Fraktion und seit 2012 einer der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments.

Andreas Kiefer, Hofrat Dr., Kuchl, war ab 1983 Mitarbeiter und von 1984 bis 1995 Leiter des Büros von Hans Katschthaler. Der Leiter der Fachabteilung „Landes-Europabüro“ ab 1996 wurde 2010 zum Generalsekretär des „Kongresses der Gemeinden und Regionen“ des Europarats gewählt.

Heinz Erich Klier, Senatsrat Dr., Salzburg, wurde anfangs der 1950er Jahre Generalsekretär der 1947 gegründeten Salzburger Kulturvereinigung und übergab 2009 deren künstlerische Leitung an Elisabeth Fuchs. Seither ist Heinz Klier Vizepräsident der SKV.

Martin Purtscher, Dr., Thüringen, war ab 1974 Landtagspräsident von Vorarlberg und von 1987 bis 1997 Landeshauptmann. 1987 erreichte er mit Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz, in dem der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gefordert wurde.

Franz Schausberger, Univ.Do. Prof. Dr., Salzburg, folgte 1989 Helmut Schreiner als Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs Salzburg. 1996 wurde er nach Hans Katschthaler Landeshauptmann von Salzburg und blieb es bis 2004. Heute ist Schausberger Vorstandsvorsitzender des Instituts der Regionen Europas.

Christian Struber, DI (BA), St. Koloman, war in der Zeit von ÖVP-Landesparteiobmann Hans Katschthaler von 1989 bis 1996 als Landesgeschäftsführer der Salzburger ÖVP tätig, von 1992 bis 2008 war er Bürgermeister von St. Koloman. Seit 2005 ist der Geschäftsführer der „Salzburg Wohnbau“ Bezirksobmann der Tennengauer ÖVP.

Eberhard Stüber, Hofrat Dr., Salzburg, gründete 1952 die Österreichische Naturschutzjugend und war von 1976 bis 2009 Direktor des Haus der Natur. Maßgeblich an der Entstehung des Nationalparks Hohe Tauern beteiligt, war er von 1987 bis 1998 als Landesumweltanwalt tätig.

Dietmar W. Winkler, Univ.Prof. Dr., Elsbethen, ist seit 2005 Professor für Patristik und Kirchengeschichte an der Universität Salzburg. Seit 2007 leitet er den Arbeitsausschuss der Sektion Salzburg der Stiftung Pro Oriente, seit 2013 ist er Nachfolger von Hans Katschthaler als deren Vorsitzender.

Fotonachweis

Alfred Berghammer

Haus der Natur

Irma-Maria Huber

Intersol

Andreas Kiefer

Herbert Knapp

Landesmedienzentrum

Landesmedienzentrum/Neumayr

Lechner-Forschungsgesellschaft: alle anderen Fotografien

Michael Neureiter

Pro Oriente Salzburg

Salzburger Kulturvereinigung

Franz Schausberger

Mario Viezuanu

